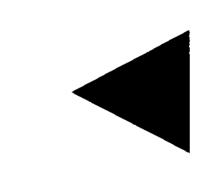
Schwerpunkt: Politische Ökologie – Ökologische Politik ▶ Nahost: Krieg und Frieden ▶ Philippinen: Ende des Mindanao-Konflikts? ▶ Interviews: Assia Djebar und Wole Soyinka ▶ New Age: Biopolitik der Esos und Spiris ▶ Zeitschriften: 20 Jahre »ila«...

E 3477

November 1996
Ausgabe □ 217
Einzelheft
DM 8,–
Abonnement
DM 60,–



▶ blätter des informationszentrums 3. welt



▶ blätter des informationszentrums 3. welt


Titelbild: Sabine Adorf/version

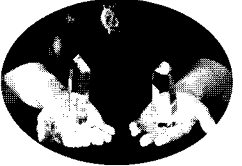
Krieg und Frieden



Schwerpunkt:

Politische Ökologie – ökologische Politik





Kultur

Du bist ja vielleicht stark!
Nicht so stark wie früher. Nicht so stark wie ich war. Früher.
Wann war früher?
Ché Guevara.
Was meinst du mit Ché Guevara?
Früher war Ché Guevara.
Ist früher dasselbe wie Ché Guevara?
Früher war Ché Guevara da.
Ach. *

Hallo ila!

Nun streitest Du, geschätzte **ila**, bereits zwanzig Jahre, respektive **200** Ausgaben lang für die Gerechtigkeit, für die »*Völker, die die Herrschaft der Mumien nicht länger hinzunehmen bereit sind, die neue Wege suchen, um sich aus der Umklammerung von außen diktierter Entwicklungsmodelle zu befreien, die Demokratie und Fortschritt mit eigenen, neuen Inhalten zu füllen trachten*«. Ach, waren das frische, optimistische Töne von Dir aus dem Jahre 1986, als Du Dich über Deine hundertste Nummer freutest.

Als Ausläufer der Aufbruchstimmung Anfang der siebziger Jahre bist Du ja auch geboren worden. Im Oktober 1975 war das, allerdings mit einem kleinen Schandfleck. Ein großer Teil Deines Umfelds rekrutierte sich nämlich aus der »Aktion CLAT Deutschland«, eine Gruppe kritischer Christen (CLAT hieß die Konföderation der lateinamerikanischen Arbeiter). Dagegen ist noch nichts einzuwenden, auch wenn ich nie begreifen werde, wie die Worte 'kritisch' und 'Christ' zusammenpassen können. Zu den Gründungsmitgliedern von CLAT gehörte damals aber auch ein gewisser Norbert Blüm – Gott schenke ihm reichlich Karies –, der heute als christlicher Minister immer noch für die Angleichung der Lebensverhältnisse des Nordens an die des Südens ficht. Doch dafür kannst Du nichts.

Im Herbst 1976 erschien Deine erste Nummer. Die Stimmung im Kampf gegen den Imperialismus war noch gut, auch wenn es sich bereits abzeichnete, daß ein Teil des Aufbruchs in der BRD inhaftiert, der andere institutionalisiert und integriert werden sollte und wollte. Aber es geschahen ja noch diese kleinen Wunder, zum Beispiel als weiland ein Ulrich Hoeneß, heute die Personifizierung des kapitalistischen Fußballs, den entscheidenden Elfer gegen die tschechischen Kommunisten im Stadion »Roter-Stern« zu Belgrad in den Nachthimmel jagte. Folgerichtig startetest Du angesichts der 78er WM im Militärstaat Argentinien die überaus erfolgreiche Kampagne »Fußball ja – Folter nein«. So habe ich Dich kennengelernt.

Viele Kampagnen folgten, die Sandinisten kamen (an die Macht) und gingen, die Verhältnisse blieben. Eines ist Dir aber mit Sicherheit geglückt: Du wolltest das Bewußtsein trimmen, anschreiben gegen falsche Vorstellungen von Lateinamerika, gegen Pampa-Märchen, Indio-Mythen und Dschungel-Abenteuer. Aber wir beide wissen ja, wie sich das mit Sein und Bewußtsein verhält.

Alles Gute also zur Zweihundertsten, kleine Schwester. Wir dürfen Dich doch so nennen? Immerhin haben wir zum einen ein paar Jahre und Nummern mehr auf dem Buckel. (Aber tröste Dich: Wenn Du mit zehn Ausgaben jährlich so weiter machst wie bisher, wirst Du zumindest der Heft-Nummer nach im Jahre 2007 die große Schwester sein.) Zum anderen betreust Du nur Latenamerika und die Soli-Bewegung, die es quasi nicht mehr gibt. Wir dagegen sind für alles zuständig. Wir tragen sozusagen die globale Verantwortung.

Deshalb ist jetzt auch unser neues Outfit so schick. Wir sind übrigens sehr gelobt worden dafür. Auch die Kündiger der letzten Wochen beteuerten, sie sprängen nicht wegen des neuen Lay-Out-Fits ab. Beruhigend, oder? Apropos: Unser Leserkreis wird immer exklusiver. Globalisierung und Fragmentierung fallen eben zusammen – das wollten wir im letzten Heft demonstrieren. In dieser Nummer verdeutlichen wir, daß unter dem Begriff »Umweltschutz« nicht nur die Sauberhaltung von Wäldern, Sümpfen und Lurchen gemeint sein kann, sondern auch die Sorge um kritische Christen, den Fußballverein, Lateinamerika oder das **iz3w**, denn diese sind doch genauso des Menschen Umwelt. Wer sich sorgt und gleichzeitig anderen eine Freude bereiten möchte, verschenke also ein Abo der **iz3w** zu Weihnachten. Der klassische Umweltschutz wird damit auch noch bedient: **blätter statt Nadeln!** soll es landauf und landab ertönen, nachdem die Feiern um Dich, liebe **ila**, abgeklungen sind.

Es grüßt Dich

die redaktion des **iz3w**.

* *Leicht verfremdet entnommen aus Ragnar Hovlands Kinderbuch »Alfred der Bär und Samuel der Hund steigen aus dem Poppkarton« (Hanser Verlag)*



Likud blockt

Der Nahost-Friedensprozeß steht auf der Kippe

von **Christian Sterzing**

»Bibi« klingt niedlich, der Namensträger sieht auch nett und freundlich aus wie ein eleganter Mann von Welt – doch Benjamin Netanjahu, der neue israelische Ministerpräsident, eifert eher Yitchak Schamir nach als seinen Vorgängern Rabin und Peres. Die Strategie der Regierungschefs aus dem Likud-Block scheint zu sein, dem Namen ihrer politischen Gruppierung alle Ehre zu bereiten, was meint: ein paar Gesten, ein bißchen Verhandlung, aber keine Zugeständnisse.

► Der knappe Wahlsieg Benjamin Netanjahus hatte alle überrascht – am meisten wohl ihn selbst, denn selten begann ein israelischer Ministerpräsident seine Amtszeit so schlecht vorbereitet und mit so wenig innovativem Schwung. Im Grunde hatte Netanjahu den Israelis Unmögliches versprochen: Statt »Land gegen Frieden«, dem Grundprinzip des bisherigen Friedensprozesses, versprach er »Sicherheit gegen Frieden«, das heißt Fortsetzung des Friedensprozesses ohne politischen Preis, ohne Verzicht, ohne Risiko. Netanjahu will die Quadratur des Kreises, wie die jüngsten Ereignisse zeigen, denn in gerade drei Monaten ist es dem neuen israelischen Ministerpräsidenten gelungen, den Friedensprozeß im Kern zu gefährden und die nahöstliche Region wieder in ein Pulverfaß zu verwandeln.

Die Wahlentscheidung für Benjamin Netanjahu wurde weithin nicht als eine gegen den Friedensprozeß, sondern als Entscheidung gegen Peres und seine Art und Weise, eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu suchen, interpretiert. Es war – angesichts der Serie blutiger Selbstmordattentate im Frühjahr – ein »Sieg der Angst«, kein Votum gegen den Verhandlungsfrieden – obwohl es sich letztendlich als ein solches herausstellen könnte.

Inzwischen hat sich die Rede von der Unumkehrbarkeit des Friedensprozesses als trügerisches Beruhigungsmittel erwiesen. Gewiß sind die wechselseitige Anerkennung zwischen Israel und der PLO sowie die Grundlagen der Autonomieregelung irreversibel, doch das Erreichte garantiert noch keinen dauerhaften Frieden. Zyniker mögen feststellen, daß sich die neue Qualität der israelisch-palästinensischen Beziehungen nun darin äußert, daß nicht mehr – wie in der Intifada – palästinensische Kinder Steine auf israelische Besatzungssoldaten werfen, sondern israelische und palästinensische Sicherheitskräfte aufeinander schießen.

Der Friedensprozeß gleicht dem Fahren mit einem Fahrrad: Ohne ausreichende Bewegung gerät man ins Schlingern, verliert die Richtung und schließlich kippt das Ganze. Allein das Bekenntnis zum Fahrradfahren hält kein Fahrrad in Bewegung. Wer nur so tut, als würde er in die Pedale treten, wird sich auch kaum in der Vertikalen halten können. So wurde – nicht unerwartet, jedoch früher als von vielen befürchtet – deutlich, daß sich der sensible Verhandlungsprozeß nicht allein mit Gesten aufrechterhalten läßt.

Stillstand bedeutet Rückschritt

► Was unter der Regierung Rabin und Peres zur Routine geworden war – regelmäßige Arbeitskontakte zwischen den Regierungsmitgliedern und Regierungschefs – wurde seit dem Regierungswechsel in den letzten Wochen durch die Medien zu friedenspolitischen Pioniertaten hochstilisiert: das erste Gespräch zwischen dem israelischen Außenminister David Levy und Yassir Arafat und dann

schließlich auch das »historische Zusammentreffen« von Netanjahu und Arafat. Bei näherem Hinsehen entpuppten sich alle Kontakte auf dieser Ebene bislang als politisch substanzloses Show-Theater. Es ging um prozedurale Fragen, um die Bildung von Arbeitsgruppen und die Besprechung von Tagesordnungen. Und selbst zu diesen, einen Friedensprozeß nur vortäuschenden, bestenfalls noch einen Stillstand dokumentierenden Auftritten hatten sich die israelischen Protagonisten nur unter Druck bereit erklärt.

Natürlich bedeutete der Händedruck zwischen Yassir Arafat und Benjamin Netanjahu im kargen Bürozimmer des Grenzübergangs Erez für letzteren eine ähnliche Überwindung wie damals – deutlich sichtbar – für Yizchak Rabin auf dem grünen Rasen des Weißen Hauses. Die politischen Prügel, die Netanjahu dafür auf dem kurz darauf folgenden Parteitag seines Likud-Blocks beziehen mußte, zeigen auch, wie wenig Spuren dieser Friedensprozeß in weiten Teilen der politischen Rechten Israels bisher hinterlassen hat und welchen innerparteilichen Kräftekonstellationen Netanjahu ausgeliefert ist. Immerhin hatte er ja auch im Wahlkampf versprochen, Arafat nie die Hand zu drücken. Doch die politischen Fehleinschätzungen des Kandidaten Netanjahu sind als Maßstab für die politischen Taten des Ministerpräsidenten ungeeignet. Politische Gesten können eine substanzielle Politik ergänzen, aber nicht ersetzen.

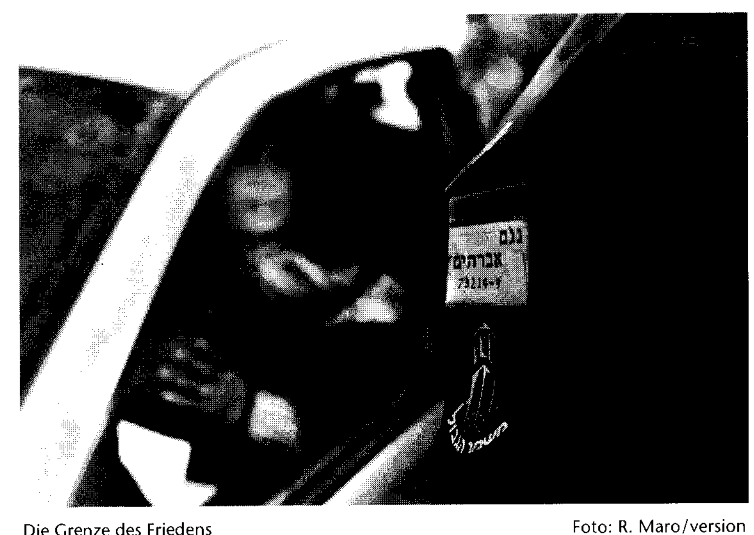
Der Friedensprozeß zwischen Israelis und Palästinensern beruht auf dem sogenannten Oslo-Abkommen, der wechselseitigen Anerkennung zwischen Israel und der PLO und der israelisch-palästinensischen Prinzipienerklärung, die am 13. September 1993 in Washington unterzeichnet wurde. Diese historische Erklärung ist jedoch keineswegs ein Friedensvertrag gewesen, sondern ein Übereinkommen zwischen zwei sehr ungleichen Konfliktpartnern, die sich lediglich auf einige grundlegende Gestaltungsprinzipien für eine Übergangsperiode geeinigt hatten, deren Einzelheiten aber noch der Klärung bedurften, und die ihren gemeinsamen Willen bekundeten, in den nächsten Jahren über die weitere gemeinsame Zukunft – den endgültigen Status der palästinensischen Gebiete – friedlich zu verhandeln.

Der Prozeßcharakter stellt das entscheidende Strukturelement der Vereinbarungen dar. Da von einer Übergangsperiode die Rede war, aber nirgendwo gesagt wurde, wohin denn der Übergang erfolgen soll, blieb beiden Seiten ein breiter Interpretationsspielraum. Die israelische Seite bestand immer darauf, daß die Prinzipienerklärung keinerlei Hinweise für die Errichtung eines palästinensischen Staates enthält, während die Palästinenser dem zurecht entgegenhielten, daß ein solcher Staat auch keineswegs ausgeschlossen sei und die Bildung einer »Autonomieregierung« durch Wahlen einen wichtigen Schritt auf dem Weg zum eigenen Staat bedeute. Nach dem Oslo-I-Abkommen folgten im Mai 1994 die Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens in Kairo, mit dem der Übergang von Hoheitsrechten auf die palästinensische Autonomieregierung und der Abzug israelischer Truppen aus Jericho und großen Teilen des Gaza-Streifens geregelt wurde, und im September 1995 das Oslo-II-Abkommen (auch als Interims-Abkommen bezeichnet) in Washington. Wesentliche Elemente dieser Vereinbarungen sind die Übertragung ziviler Zuständigkeiten an die Palästinenser, die Modalitäten der Wahlen, die Freilassung von Gefangenen sowie der weitere Truppenrückzug. In langwierigen Verhandlungen wurden hier jeweils Regelungen für die Übergangszeit getroffen, zumeist erst Monate später als der ursprüngliche Verhandlungsfahrplan es vorsah. Hart umkämpft waren insbesondere die Sicherheits und Statusfragen, denn trotz formaler Trennung zwischen den Verhandlungen über die Übergangsphase und denen über den endgültigen Status der Gebiete hat jede Übergangsregelung möglicherweise präjudizierende Wirkungen für den Endstatus.

Autonomiestatus

▶ Entstanden ist bislang ein staatsrechtliches und geographisches Unikum. Autonomie im herkömmlichen Sinn verleiht einer Gruppe von Staatsbürgern in einem Teil eines Staatsgebietes – meist ethnischen oder nationalen Minderheiten – besondere kulturelle, politische und/oder soziale Rechte. Basis ist die Staatsbürgerschaft, die Autonomie stellt somit eine Erweiterung bestehender Staatsbürgerrechte dar. In Palästina gilt dies nicht: Die Autonomie wird hier als Minus zur Staatsbürgerschaft, zu ihrer faktischen Umgehung, konzipiert, denn die Palästinenser sollen zumindest derzeit weder eine israelische – das wäre gleichbedeutend mit einer Annexion der Gebiete durch Israel – noch eine palästinensische Staatsbürgerschaft – das wäre eine Vorgriff auf einen eigenständigen palästinensischen Staat – erhalten. Die Autonomie ist im übrigen eine personale, d.h. sie gilt für die Palästinenser, und keine territoriale, d.h. sie verleiht den Palästinensern keine Verfügungsgewalt über den staatlichen Boden und die natürlichen Ressourcen des Landes wie z.B. Wasser.

Irreführend ist auch die durch die Medien vermittelte Vorstellung, die von Israel 1967 besetzten palästinensischen Gebiete – der Gaza-Streifen, die Westbank und Ost-Jerusalem – seien nunmehr in einem umfassenden Sinne autonom. Aufgrund des Interimabkommens vom September 1995 wurden die palästinensischen Gebiete in drei Zonen aufgeteilt: Von der Palästinensischen Autonomiebehörde wird lediglich die Zone A, die im wesentlichen die palästinensischen Städte Bethlehem, Ramallah, Nablus, Tulkarem und Jenin umfaßt (3% der Fläche und 20% der Bevölkerung in der Westbank) fast vollständig verwaltet, d.h. ihr obliegen Zuständigkeiten z.B. in den Bereichen Erziehung, Gesundheit, Soziales, Finanzen, Wirtschaft, kommunale Dienstleistungen, Justiz (aber nicht für Israelis). Nach dem Rückzug der israelischen Okkupationstruppen aus dem Gaza-Streifen und aus Jericho schon 1994 verließen sie die anderen Städte der Zone A Ende 1995/Anfang 1996. Lediglich Hebron haben die israelischen Militärs trotz entgegenstehender Sondervereinbarungen bis heute nicht geräumt. In der Zone A trägt allein die Autonomiebehörde die Verantwortung für die innere Sicherheit, zuständig bleiben die Israelis jedoch für die äußere Sicherheit dieser Gebiete. Im Gaza-Streifen (Zone A) behalten die Israelis die Verantwortung für die Sicherheit der israelischen Siedlungen, wofür sie immerhin etwa ein Drittel des gesamten Gebietes beanspruchen, obwohl die ca. 5.000 jüdischen Siedler in dem schmalen Küstenstreifen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung von ca. 1 Million nur einen verschwindend geringen Prozentsatz ausmachen. Der Status von Ost-Jerusalem wird erst in den Verhandlungen über den endgültigen Status der Gebiete behandelt.



Die Grenze des Friedens Foto: R. Maro/version

Zone B umfaßt etwa 450 palästinensische Dörfer, für die eine geteilte palästinensisch-israelische Sicherheitsverantwortung vereinbart wurde: die palästinensische Polizei für die palästinensischen BürgerInnen, Israel für die israelischen BürgerInnen sowie die Terrorismusbekämpfung. In Zone C, dem restlichen Gebiet (ca. 10% der Bevölkerung, aber 70% der Fläche), behält Israel die alleinige Zuständigkeit für Sicherheitsfragen, allerdings ist der israelische Rückzug in drei Phasen von jeweils sechs Monaten vorgesehen. Ausgenommen von diesen Regelungen bleiben jedoch alle jüdischen Siedlungen und Militäreinrichtungen.

Der Autonomiestatus hat somit geographisch zu einem palästinensischen »Fleckerlteppich« geführt, funktional ermöglicht er derzeit den Aufbau vorstaatlicher Strukturen.

Frieden als Prozeß

► All das konnte, wenn auch äußerst mühsam und schleppend, realisiert werden, weil der Interimscharakter der Regelungen alle Wünsche und Hoffnungen hinsichtlich des endgültigen Status der Gebiete offen ließ. Die Unbestimmtheit des Fernziels einer Friedensregelung ermöglichte beiden Seiten die Zustimmung und der Prozeßcharakter der Verhandlungen bewirkte in der Vergangenheit – trotz aller Schwierigkeiten und Verzögerungen – auch Bewegung in den grundsätzlichen Positionen. So verzichtete z.B. Peres' Arbeitspartei in ihrem Wahlprogramm '96 erstmals auf eine ausdrückliche Ablehnung eines palästinensischen Staates. Auch waren erste Annäherungen in der so umstrittenen Jerusalemfrage zu verzeichnen. Zumindest partiell entwickelte sich ein Prozeß der Entfeindung, gemeinsame Erfahrungen ermöglichten Fortschritte, die vor Jahren noch undenkbar schienen. Alles – oder zumindest irgendetwas – bewegte sich immer und davon lebte der Verhandlungsprozeß. Die langfristige Perspektive ließ temporäre Rückschläge verschmerzen: z.B. die fortgesetzte, aber weitgehend verschwiegene israelische Siedlungstätigkeit auch unter der Regierung Peres, der verzögerte Truppenabzug aus Hebron, die noch immer nicht erfolgte Freilassung vieler politischer Gefangener.



Der Prozeß war nicht ausgewogen, sondern litt unter der israelischen Dominanz. Am deutlichsten manifestiert sich dieser Umstand in der wirtschaftlichen Entwicklung: Während Israel einen wahren Boom erlebt, rutschten die palästinensischen Gebiete aufgrund der Abriegelung und völligen Abhängigkeit von israelischem Good Will in die wirtschaftliche Katastrophe (ca. 60% Arbeitslosigkeit). Doch trotz heftiger Kritik und nachvollziehbarer Ungeduld konnten auch die Palästinenser im politischen Alltag konkrete Veränderungen erfahren und unterstützten deshalb mehrheitlich den Verhandlungskurs Arafats. Die Einsicht, daß sich das nationale Selbstbestimmungsrecht nicht schlagartig, sondern nur schrittweise durchsetzen lassen wird, wurde kaum noch in Frage gestellt.

Bruch mit dem Grundkonsens

► Netanjahu verstößt nun mit der völligen Blockade substanzieller Verhandlungen, der großmäuligen Ankündigung verstärkter Siedlungsaktivitäten und der Verweigerung des Abzugs aus Hebron gegen den bisherigen Grundkonsens der am Friedensprozeß Beteiligten. Er verweigert sich damit grundsätzlich diesem Prozeß. Für ihn ist klar, wohin dieser bislang weitgehend offen angelegte Verhandlungsprozeß nicht führen darf: zu einem palästinensischen Staat. Damit nimmt er dem Friedensprozeß aus Sicht der Palästinenser die politische Perspektive und mißbraucht ihn als Legitimation für die Fortdauer der israelischen Besatzung.

Wer seine Hoffnungen in dieser Situation auf diplomatische Interventionen der USA setzt, verkennt, daß sich der Friedensprozeß seit Oslo I zu einem weitgehend selbsttragenden regionalen Prozeß zwischen Israel und den arabischen Staaten ohne amerikanische Initiativen oder Vermittlung entwickelt hatte. Eine gemeinsame friedliche Perspektive wird sich für beide – Israelis und Palästinenser – in der Region nur weiterentwickeln lassen, wenn Israel zu den Grundprinzipien des Friedensprozesses zurückkehrt. Nicht Druck von außen, sondern demokratische Mehrheiten müssen die notwendigen Kursänderungen durchsetzen. Dazu bedarf es einer Wiederbelebung der israelischen Friedensbewegung, die sich zur Zeit wieder formiert, um den Israelis deutlich zu machen: Frieden kostet seinen Preis, doch der Preis für die Besatzung eines Landes und die Unterdrückung eines Volkes ist auf Dauer wesentlich höher.

► **Christian Sterzing** ist MdB von Bündnis 90/Die GRÜNEN und befand sich kürzlich mit einer Delegation in Israel.



Der Feind ist ein Freund ist ein Feind
Krieg um Kurdistan

Foto: R. Maro/version

von **Jörg Später**

Die autonome kurdische Zone im Norden Iraks währte nur gute fünf Jahre. Das doppelte UN-Embargo gegen den Irak und damit auch gegen die kurdischen Gebiete auf der einen Seite, aber gleichfalls die Rivalitäten nahöstlicher Warlords um Macht und Beute auf der anderen haben zu einem neuen Krieg um Kurdistan und um den Irak geführt. Doch diesmal ruft niemand »Kein Blut für Öl« – mit guten Gründen...

► Nein, es ist nicht »unser« Krieg. Kein kluger Essayist entdeckt in Saddam Hussein die Reinkarnation Hitlers, keine sich bedroht fühlenden Bundesbürger hamstern die Aldi-Regale, niemand macht eine gemeine imperialistische Verschwörung gegen freiheitsliebende Völker aus,[1] und die schon einmal bemühten weißen Bettlaken bleiben dort, wo sie hingehören. Im jüngsten Krieg in den Bergen Kurdistans gibt es für einen normalen Menschen nichts zu tun (außer er lebt dort – dann muß er fliehen oder in Deckung gehen). Solidaritätserklärungen an eine beteiligte Kriegspartei sind fehl am Platz; Petitionen an die Bundesregierung, sie solle doch..., zeugen bestenfalls von Naivität; auch weiß man nicht mehr, vor welcher Botschaft nun eigentlich demonstriert werden sollte.

Im gegenwärtigen Gemetzel, an dem der Irak, zwei kurdische Parteien, die USA und ein bißchen die Türkei und der Iran beteiligt sind, wird deutlich, was man schon während des letzten Golfkrieges hätte wissen können: Die Politik bildet sich zurück in das, was dem Wesen nach zu sein sie nie aufgehört hat, in Bandenkriminalität, die sich von der gewöhnlichen nur in ihrer Dimension unterscheidet.[2] Warlords kämpfen auf Kosten derer um die Macht, die nicht ihrem Clan, oder modern ausgedrückt: ihrem Staat angehören, und führen uns den Kampf »alle gegen alle« vor. Sie halten sich Kollektive, denen an sich kein anderer Zweck zukommt, als das jeweilige Fußvolk in ihren Beutezügen zu sein, und für sich, daß sie einfach existieren, worauf nicht wenige stolz sind.

Vor 1989 hatte der Machtkampf zwischen Nationalstaaten oder nationalen Befreiungsorganisationen noch den Anschein, als ginge es um höhere Ziele – »Freiheit oder Sozialismus« – oder wenigstens um bessere Lebensbedingungen. Krieg ließ sich hier noch verkaufen als die aufgezwungene Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln. Vermutlich verhielt es sich schon immer anders herum. Nach dem Zusammenbruch dessen, was sich Sozialismus nannte, und mit dem letzten Golfkrieg wurde uns das Zeitalter einer neuen, zivilisierten Weltordnung versprochen. Seither jedoch formieren und rüsten sich Stämme, Völker und Nationen zum letzten Gefecht. Wie ein Flächenbrand breiten sich die nun blutig ausgetragenen und eskalierenden ethnischen Konflikte um Beute und Macht aus. Politik und Verbrechen werden im Kampf um Ressourcen und in Feldzügen der Rache zu Synonymen. In den Gefechten zwischen Hethitern und Sadduzäern, zwischen Sumerern und Makkabäern feiert die zuvor oft repressiv gedämpfte archaische Gewalt ihre Wiederauferstehung, und nie sind die sich als Hüter der Zivilisation verstehenden Staaten der Gegenpart zur Barbarei, sondern ihr Mitstreiter.

Auch der Kampf um Kurdistan ist ein Kampf der Kriegsherrn. Es steht keine gerechte Sache zur Disposition, für die sich irgendwer engagieren könnte. Die Warlords mögen sich im Grad ihrer Grausamkeit und Skrupellosigkeit unterscheiden, in ihren Motiven und Zielen gleichen sie sich wie ein Schurke dem anderen. Besteigen wir das Karussell der Kalküle, der Strategien und der großen Männer, die jede Idee von Vernunft aus der Geschichte vertreiben...

Modernisierte Stammesorganisationen

► Der militärisch (vorerst) erste Verlierer des tödlichen Spiels ist die Patriotische Union Kurdistans (PUK) von Jalal Talabani. Die PUK spaltete sich 1975 von ihrem jetzigen Gegner ab, der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK), nachdem sich mehrere Führungskader der DPK, unter ihnen Talabani, zum Sozialismus bekannt hatten.[3] Beide Parteien ähneln unabhängig von ihren ideologischen Ausrichtungen modernisierten Stammesorganisationen, deren Hauptinteresse Machterhalt ist – es scheint inzwischen fast müßig darüber zu streiten, ob die propagierten sozialistischen Inhalte einen Widerspruch dazu darstellen oder nicht. Es gibt zwar gewisse inhaltliche Unterschiede zwischen den Parteien. So ist geschichtlich gesehen die PUK eher einer urbanen Schicht zuzurechnen, die für Modernisierung eintritt. Die DPK dagegen gilt als die klassische kurdische

Partei, konservativ und in Stämmen organisiert. Doch keine der Parteien hat ein klar abgrenzbares soziales Potential, alle gesellschaftlichen Gruppen sind in ihnen vertreten. Teilweise wechseln sogar Stämme komplett die Partei. Und die sozialen Basisbewegungen wie die Arbeitslosenunion, die Flüchtlings- und Frauenorganisationen haben sich längst aus dem Umfeld der PUK verabschiedet.[4]

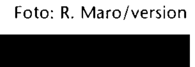
Nach der Errichtung der Schutzzone 1991 und den ersten Wahlen zu einem unabhängigen kurdischen Parlament im Autonomiegebiet bildeten DPK und PUK eine Koalitionsregierung. Die Atmosphäre zwischen den Partnern war schnell vergiftet von Haß, berechtigtem Mißtrauen und gegenseitigen Beschuldigungen in den parteieigenen Medien. Seit Mai 1994 bekriegen sich die Rivalen mit Waffen. Irakisch-Kurdistan wurde aufgeteilt: Den Süden und die iranische Grenze kontrollierte die PUK, den Norden und die Grenze zur Türkei die DPK. Aus dieser geographischen Aufteilung ergab sich ein wesentlicher Streit um die Zolleinnahmen. Die Einnahmen aus dem von der DPK kontrollierten irakisch-türkischen Dieselhandel betrugen etwa 120.000 DM täglich. In Erwartung der Aufhebung des UN-Embargos gegen den Irak und der zukünftigen Einnahmen aus dem Ölexport wird sich diese Summe vervielfachen. In die PUK-Kassen dagegen flossen bis zur Vertreibung nur etwa 50.000 DM täglich aus dem Grenzhandel mit dem Iran. Um DPK-Chef Massud Barsani zu einer ausgeglicheneren Verteilung zu zwingen, eroberte die PUK im Februar 1995 die Hauptstadt Arbil. Barsani bemühte dann, im September 1996, das in der kurdischen Geschichte so oft leidvoll durchexerzierte Spiel »Der Feind meines Feindes ist mein Freund«. Die irakische Truppen ließen sich nicht zweimal bitten, um den alten Feind gegen dessen feindlichen Freund »zu Hilfe« zu eilen.

Dies bedeutete das Ende der Schutzzone – eine Katastrophe für die kurdische Bevölkerung. Der Verrat-Vorwurf, den Talabani gegen seinen Bruder im Geiste erhob, rührt jedoch kaum zu Tränen. Talabani selbst hatte 1966 mit weiteren Abtrünnigen an der Seite der irakischen Armee gegen den legendären charismatischen Kurden-Führer Mulla Mustafa Barsani gekämpft. 1984 verhandelte die PUK mit Saddam Hussein um Autonomie. Und schließlich weiß auch er, daß langfristig die kurdischen Gebiete ohne Kooperation mit der Türkei, dem Iran oder eben dem Irak nicht lebensfähig sein werden – Decken, Zelte und ein paar Arztkoffer aus dem Westen sind zuwenig, um bessere Lebensbedingungen zu ermöglichen. So wundert es nicht, daß Talabani seit geraumer Zeit neben den USA auch den Iran als Bündnispartner im Auge hat. Verrat schrie allerdings niemand, als Ende Juli diesen Jahres die PUK iranische Einheiten in das von ihr kontrollierte Gebiet eindringen ließ, die die Demokratische Partei Kurdistans – Iran angriffen.

Einen Tiger bestiegen

► Recht hatte der PUK-Führer allerdings, als er bemerkte: »Wenn Saddam Hussein Kurdistan kontrolliert, wird er nicht mehr seine kurdischen Verbündeten brauchen und die DPK und das, was von dem kurdischen Volk übriggeblieben ist, vernichten.« In der Tat hat die DPK »einen Tiger bestiegen«. Zwar sprach Barsani von einem vorrübergehenden Bündnis mit Saddam Hussein, aber der irakische Diktator wird wiedergewonnenes Terrain freiwillig nicht wieder zurückgeben. Mehr als eine erweiterte Autonomie für die Kurden (respektive die DPK) unter Ausschluß der PUK wird kaum herausspringen. Auch während der achtziger Jahre waren die kurdischen Gebiete im übrigen »autonom«, was das irakische Regime nicht daran hinderte, massenhafte rücksichtslose Zwangsumsiedlungen durchzuführen und mit Giftgaseinsätzen einen Völkermord zu betreiben. Auch diesmal wird es kaum zu einer ansehnlichen Minderheitsbeteiligung an der Macht kommen. Die Kurden werden eine Minderheit par excellence bleiben, die von den umliegenden Staaten als Juniorpartner adoptiert, für ihre Zwecke eingesetzt und dann wieder bei sich verändernden Zielen und Konstellationen ausgespiehen werden.

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg — Foto: R. Maro/version



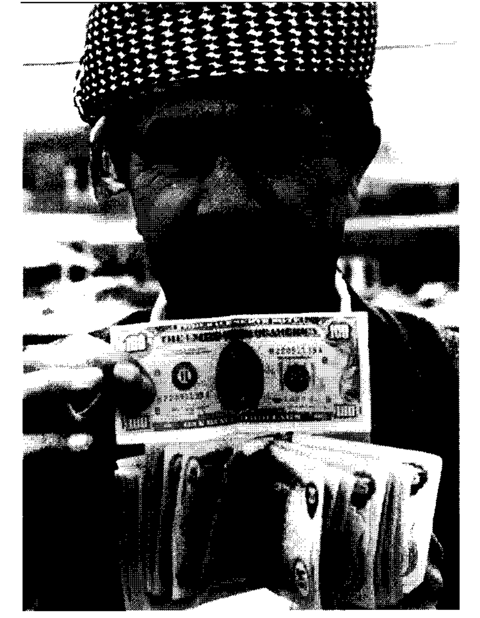


Das Bündnis mit Massud Barsani hat Saddam Hussein einen Erfolg beschert, denn in erster Linie geht es ihm darum, die Einheit des Staates wiederherzustellen. Das Abkommen zwischen dem Irak und der UNO ist außerdem keineswegs nichtig, denn es wurde bereits von allen Mitgliedern des Sicherheitsrates gebilligt. Die Verzögerung der Ölexporte ist keine grundsätzliche, und mit der Durchführung des Abkommens kann begonnen werden, sobald sich die Sicherheitslage für die UNO-Mitarbeiter normalisiert hat.

Über die irakische Sicherung der Pipeline vor politischen Störungen oder Sabotageaktionen freut sich auch die Türkei. Die künftigen Ölexporte werden zur Hälfte über das nördliche Nachbarland des Irak abgewickelt werden. Außerdem darf die Türkei nach einem Wegfall des UN-Embargos wieder in den Irak exportieren. Vor dem Überfall des Irak auf Kuwait machte der Warenverkehr in den Irak immerhin 20% des gesamten Exports aus.

Insofern hat die Türkei keine große Freude an einer amerikanischen Konfrontationspolitik gegen den Irak. Ministerpräsident Erbakan schwieg sich nach den amerikanischen Raketenangriffen gegen Flugabwehrstellungen und Kommunikationszentren im Südirak wenige Tage nach dem Einmarsch in die Schutzzone aus. Mitte September ließ er ein Treffen mit US-Verteidigungsminister Perry in Ankara platzen. Dabei wurde offenkundig, daß die Türkei ihre Militärbasen für eine erneute militärische Attacke gegen den Irak nicht zur Verfügung stellen wird. Außenministerin Çiller hingegen gelobte vorbehaltslose Unterstützung für die USA in ihrem Vorgehen gegen den Irak.

Die ambivalente Haltung der türkischen Regierung hat weniger ihren Grund in einem Richtungsstreit zwischen einerseits prowestlichen Vertretern der Mutterlandspartei oder des Militärs und andererseits Islamisten, die auf eine Veröstlichung der Türkei spekulieren, sondern ist darauf zurückzuführen, daß sich die Türkei selbst im Krieg befindet. Ein Ausschalten der PKK ist genauso wichtig wie eine florierende Wirtschaft oder eine nahöstliche Anbindung. Und so kommt die »ideologische«



Was zählt? Foto: R. Maro/version

Spaltung nicht ungelegen: Der eine schweigt und gibt sich neutral, die andere redet und holt sich die unentbehrliche Zustimmung Clintons für eine »Sicherheitszone« im Nordirak.

Fuchs, Du hast die Gans gestohlen...

► Sollte die USA die PUK tatsächlich fallen lassen und sich auf den Süden des Irak konzentrieren, weil dieser gegenüber den arabischen Verbündeten Kuwait und Saudi-Arabien eine größere strategische Bedeutung hat, und es keine rivalisierenden kurdischen Fraktionen und interessierte Regionalmächte gibt, dann käme Washington eine türkische Besatzungszone nicht ungelegen.

Trotz Wahlkampf, in der die Demonstration amerikanischer Führungsstärke entscheidende Pluspunkte für den Präsidenten bringen kann, scheint sich ein Schwenk in der amerikanischen Irak-Politik abzuzeichnen. Zwar will Clinton mit diversen Strafaktionen und Drohungen gegen Saddam Hussein die USA als Macht repräsentieren, die als einzige der Banden über eine globale Perspektive verfügt; aber die Angriffe auf militärische Stellungen der irakischen Armee erfolgten bislang ausschließlich im Süden des Landes; zudem weitete die USA die Flugverbotszone nicht etwa in den umkämpften kurdischen Gebieten aus, sondern lediglich südlich von Bagdad.

Der Rückzug der Amerikaner aus dem von drei Regionalmächten und zwei Milizen durchdrungenen Vakuum im Norden Iraks erfolgt aus zwei Gründen. Zum einen konnte Clinton nicht wieder die alte Golfkriegsallianz zusammenschmieden. Die ehemaligen arabischen Verbündeten winkten schnell ab, denn der irakische Kollege war diesmal nicht der Schurke, dem man »Fuchs, du hast die Gans gestohlen – gib sie wieder her!« zurufen konnte. Saddam Hussein hatte eben nicht das, was alle Staatschefs beschwören und in Ehrfurcht halten: die »territoriale Souveränität«, verletzt, sondern ist im Gegenteil durch das Bündnis mit der DPK drauf und dran, diese wieder herzustellen. Aus ähnlichen Gründen verweigerten China und Rußland ihre Zustimmung zu US-amerikanischen Militäraktionen. Von den westlichen Verbündeten klatschte nur Großbritannien begeistert Beifall. Deutschland und Japan gaben teilnahmslos ihre Zustimmung, während Frankreich Clintons militärische Manöver offen und scharf kritisierte. Schon seit längerem drängen die Regierungen in Paris und Bonn auf eine Lockerung des Handelsembargos. Das Nachkriegsgeschäft, das durch das Embargo zunächst ausfallen mußte, lockt: Die Firmen sitzen in den Startlöchern, um das Land, das 1991 zusammengebombt wurde, wieder aufbauen zu dürfen. Gerade deutsche und französische Unternehmen haben seit längerem Vorverträge abgeschlossen und warten darauf, riesige neue Ölfelder erschließen zu dürfen. Vielleicht kündigen die Dissonanzen eine neue Ära der Handelskriege und des Unilateralismus an.

Zum anderen befinden sich die Vereinigten Staaten in einem strategischen Dilemma. Die Zwangsabrüstung des Irak im letzten Golfkrieg diente vor allem dazu, die arabische Regionalmacht an zukünftigen Aggressionen gegen seine Nachbarländer zu hindern. Die USA sind der Schutzpatron Kuwaits und Saudi-Arabiens. Diesen droht aber gleichzeitig auch ein zu starker Iran, der durch den gleichsam verfeindeten Irak in Schach gehalten wird. Der Feind eines Feindes bleibt zuweilen ein Feind. Diese Lektion beachtend wurde der Irak nicht völlig demontiert. Der irakischen Opposition, seinerzeit von Herrn Bush zum Aufstand gegen Herrn Hussein aufgefordert, verweigerten die USA jegliche Hilfe, als sie eben jenen versuchte, und die amerikanischen Soldaten sahen zu, wie die Republikanischen Garden die kurdischen Peschmergas niedermetzelten. Gerade bemüht sich Clinton um eine Isolierung des Iran – wiederum gegen den Widerstand und den Geschäftssinn der europäischen Staaten. Der Wunsch, den irakischen Ganoven zu stürzen, findet seine Grenze in dem Anliegen seines amerikanischen Kollegen, den Irak nicht zu destabilisieren.

Je nachdem, wie das Kräfteverhältnis zwischen Irak und Iran beschaffen ist, verhält sich die um Gleichgewicht und Stabilität (der Halsabschneiderregimes) bemühte USA. Während des ersten Golfkrieges intervenierte sie sogar einmal zugunsten Saddam Husseins, als sich der Iran auf dem Vormarsch befand. Diverse Kurswechsel sind deshalb auch in Zukunft nicht ausgeschlossen, solange die Ordnung, die auch ordentliche Kriege enthalten kann, nicht gefährdet wird. Innerhalb dieser Ordnung rangeln die kleineren Clans um ihren Anteil an der Beute und der Macht. Flüchtlingsströme, wie sie nach dem irakischen Vormarsch nicht das erste und letzte Mal in Richtung Iran unterwegs sind, sind da nur ein Verwaltungsproblem für die USA und ein Pfund, mit dem der Verlierer Talabani medial wuchern kann. Ob es dem kleinen Warlord nutzt, entscheiden die anderen Kriegsherren.

► **Jörg Später** ist Mitarbeiter des iz3w und Herausgeber des Buches »...alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im Nahen Osten«, Freiburg 1994, 25,- DM.

Anmerkungen:

1 Mit Ausnahme des grünen Politikers Siggi Martsch, der im irakischen Vormarsch ein irakisch-amerikanischen Komplott gegen die Kurden wittert.

2 Wolfgang Pohrt, konkret 6/91; Pohrt rekurriert hier auf die Racket-Theorie Max Horkheimers: Ein Racket ist eine Clique, welche alle ausschließt, die sich nicht bedingungslos ihrem Willen unterwerfen. Das Racket kennt nur das Gesetz der Selbsterhaltung, das in die Gesellschaft verlängerte Naturverhältnis. Das Racket ist die Kernstruktur einer archaischen Konkurrenz um die Macht. Auch ein Staat kann zu einem Racket regredieren. Dann offenbart sich die Staatsmacht selbst als das, wovor sie die Individuen zu schützen vorgibt: Räuber, Usurpatoren, Gang. Das heißt, der Schutz ist nur die Kehrseite der Gewalt des Staates – Schutz verlangt Unterwerfung.

3 Die Partei beherbergte damals mehrere sozialistische Flügel. Mit der Perestrojka sozialdemokratisierte sich die PUK.

4 Vgl. iz3w, Nr. 205; ebenso: Lissy Schmidt, in: Jörg Später (Hrsg.), ...alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im Nahen Osten, Freiburg 1994, S. 159-171.

Einkauf oder Ausverkauf?
Der Mindanaokonflikt in den Philippinen scheint beigelegt


Nur Misuari, Vorsitzender der MNLF

von **Rainer Werning**

In Südostasien ist mit einem Übereinkommen zwischen der philippinischen Regierung und der muslimischen Autonomiebewegung der Moros überraschend ein Regionalkonflikt befriedet worden. Nach jahrzehntelangen Kämpfen wog auf beiden Seiten die Kriegsmüdigkeit und das Interesse der Eliten an einer Integration in die Wachstumsregion schwerer als der Autonomiekonflikt zwischen christlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen. Doch die gegenseitigen Ressentiments sitzen tief.

► Es war ein verblüffendes Bild, als Ende Juni Nur Misuari, der seit nun bald 30 Jahren amtierende Vorsitzende der Moro National Liberation Front (MNLF), plötzlich gemeinsam mit hohen Vertretern der philippinischen Regierung Siegesfäuste und winkende Hände in die Höhe reckte – eben jener Regierung, die er mit seinen Truppen noch kurz vorher bis aufs Messer bekämpft hatte. Um so erstaunlicher war dieses Bild, als mit Fidel Ramos inzwischen der Mann ins höchste philippinische Staatsamt aufgestiegen ist, der auf dem Höhepunkt des Krieges gegen die Moros (s. Kasten) als Chef einer berüchtigten Sondereinheit die Marcos-Diktatur entscheidend gestützt hatte.

Ende Juni war nach knapp dreijährigen Verhandlungen zwischen Vertretern der Republik der Philippinen und der Befreiungsbewegung MNLF eine Friedensregelung ausgehandelt worden. Diese soll auf Mindanao ein Vierteljahrhundert von Krieg und Gewalt beenden. Das Djakarta-Abkommen soll das Tripolis-Abkommen von 1976 ersetzen. Als zentralen Punkt sieht die Vereinbarung die Einrichtung eines *Südphilippinischen Rates für Frieden und Entwicklung* (SPCPD) vor. Dem fünfköpfigen Gremium, zusammengesetzt aus dem MNLF-Vorsitzendem und seinem Vize sowie je einem Vertreter der muslimischen, christlichen und der Lumad-Bevölkerungsgruppen, obliegt die politische und wirtschaftliche Verwaltung der im Tripolis-Abkommen für die Autonomie vorgesehenen 13 Provinzen und neun Städte auf Mindanao. Damit erstreckt sich das Gebiet der SPCPD auf circa die Hälfte der Fläche Mindanaos. Dem SPCPD ist eine beratende Versammlung an die Seite gestellt, von deren 81 Mitgliedern insgesamt 44 von der MNLF gestellt werden. Sie soll als Konsultations- und Diskussionsforum dienen. Beide Gremien sollen zunächst für drei Jahre existieren.

Ferner wurde vereinbart, daß die OIC (Organisation der Islamischen Konferenz), die bereits seit den 70er Jahren den Verhandlungen zwischen Manila und den Moros beiwohnte und innerhalb der »islamischen« Welt als Konfliktschlichter in Erscheinung treten möchte, sämtliche Schritte observiert und für internationale Unterstützung der Friedens- und Entwicklungszone in den Südphilippinen wirbt. Derweil soll eine noch unter Präsidentin Aquino geschaffene Bestimmung, durch die die *Autonome Region* in *Muslim Mindanao* ins Leben gerufen wurde, fortbestehen und in drei Jahren im Rahmen eines Plebiszits abgeschafft bzw. modifiziert werden. Erst dann soll endgültig der Charakter und der Geltungsbereich der neuen Autonomieregierung festgelegt werden. Schließlich soll ein Kontingent von 7.500 Soldaten des bewaffneten Arms der MNLF in die Streitkräfte und die Nationalpolizei der Philippinen integriert werden und im Gebiet der SPCPD als regionale Sicherheitskräfte fungieren.

Wenn der Staatschef mit dem Rebellenführer...

► Auf den ersten Blick scheint vieles für eine frohe Boschaft zu sprechen: Nachdem in den vergangenen Jahren bereits Unabhängigkeitsbewegungen in Indonesien, Malaysia und Thailand ein unrühmliches Ende fanden, ist mit der Beendigung des Mindanaokonfliktes ein weiterer Schritt in Richtung der von der ASEAN angestrebten regionalen Friedenssicherung getan. Außerdem könnten nun die politischen Bedingungen geschaffen werden, unter denen Mindanao in der avisierten *Ostasiatischen Wachstumsregion* (EAGA) prosperieren könnte. Zur EAGA gehören neben Mindanao die indonesischen Provinzen Sulawesi und Kalimantan, die ostmalaysischen Regionen Sabah und Sarawak sowie das erdölreiche Sultanat Brunei. In diesem Rahmen könnte Mindanao einen wesentlichen Beitrag zum ambitionierten »Philippines 2000«-Plan beitragen. Nach diesem, so zumindest prognostizieren es die Technokraten in Diensten der Regierung, soll


Gemeinsam vor dem Take-Off? Kreuz...

der philippinische Archipel binnen vier Jahren zu den Erfolgsökonomien in Ostasien (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur) aufrücken und das landesweite Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung auf 1.000 US-Dollar gesteigert werden (zur Entwicklung in Ost- und Südostasien s. den Schwerpunkt in: iz3w, Nr. 204).

Staatschef Ramos und Rebellenführer Misuari verbindet dabei auf zwei Ebenen eine Interessenidentität: Zum einen wollen beide gleichermaßen als Friedensapostel erscheinen. Militärisch ist der Krieg für keine Seite zu gewinnen und von großen Teilen der Bevölkerung der Südphilippinen – der christlichen wie der muslimischen – wird inzwischen alles erwünscht, was zur Deeskalation beiträgt. Zum anderen erwarten sie aus den oben genannten und anderen »islamischen« Ländern beträchtliche Wirtschaftshilfen und Kapitalinvestitionen. Misuari setzt überdies auf Beistand seitens der OIC, zu der er infolge seines langjährigen Exils im Nahen und Mittleren Osten enge Beziehungen hält.

Eitel Freude mochte ob der vereinbarten Friedensregelung dennoch nicht aufkommen. Zu tief sitzen die in Jahrzehnten des Krieges geschürten gegenseitigen Ressentiments und zu viele Kräfte auf beiden Seiten hatten sich in der Konfliktsituation ganz gut eingerichtet und vom Krieg profitiert. Ein ebenso breites wie schillerndes Spektrum von eloquenten Kritikern und vehementen Gegnern beklagt nun auf der einen Seite, die Regierung habe ihre Interessen verkauft, während auf der anderen ebenso der MNLF vorgeworfen wird, sie habe sich kaufen lassen.

Wen wundert's, daß die Kritik an der Regierung von auf Mindanao ansässigen Geschäftsleuten und Großgrundbesitzern samt deren gedungener, paramilitärischer Schergen angeführt wird. Sie sehen ihre zuvor durch korrupte und klientelistische Beziehungen, unter anderem mit den Offizieren der in der Region stationierten philippinischen Truppen, gesicherten materiellen und politischen Interessen in Gefahr. Diese einflußreichen Kreise schürten auch jetzt wieder Ängste und Zorn in der christlichen Bevölkerung, tolerierten die Bewaffnung von Zivilisten und organisierten massive Anti-Ramos-Demonstrationen, als der auf einer Rundreise durch Mindanao für das Abkommen mit der MNLF werben wollte.

Etwas differenzierter kritisierte Amando Doronila in der auflagenstarken Tageszeitung *Philippine Daily Inquirer* die Verhandlungsführung. Durch die mangelnde Transparenz sei in der nicht-muslimischen Bevölkerung der Eindruck entstanden, die Regierung betreibe eine Politik des Ausverkaufs. Doronila begrüßte aber gleichzeitig, daß man sich schließlich auf ein Plebiszit über die provisorische Regierung und den Geltungsbereich des SPCPD in drei Jahren geeinigt habe. Das trage der entstandenen politischen und demographischen Wirklichkeit Rechnung, derzufolge Christen in einigen der Gebiete die Mehrheit stellen und schwerlich eine muslimische Minderheitenherrschaft akzeptieren dürften. Umgekehrt

Chronik der Gewalt

▶ »Moros« schimpften in Anlehnung an die »Mauren« oder »Mohren« Nordafrikas die spanischen Kolonialisten abschätzig die muslimische Bevölkerung von Mindanao. Mindanao ist eine Insel im Süden der südostasiatischen Inseln, die nach dem spanischen König Philipp II schließlich Philippinen getauft wurden. In der über 300-jährigen Herrschaft gelang es den Spaniern aber nicht, die Moros und ihre Sultanate unter ihr Joch zu zwingen. Erst während der US-amerikanischen Kolonialherrschaft (1898-1946) wurden die Moros in blutigen »Befriedungskampagnen« militärisch besiegt. Der Widerstand gegen die USA flammte aber immer wieder auf und hielt auch nach der Unabhängigkeit der Republik der Philippinen vor 50 Jahren an, als die Moros ungefragt deren Staatsbürger wurden. Zu dieser Zeit, so insistieren Moro-Historiker, waren 85 % der dort ansässigen Bevölkerung muslimischen Glaubens. Die übrigen waren Lumad, eine Sammelbezeichnung für die verschiedenen indigenen, nicht-muslimischen Ethnien.

Seit der Unabhängigkeit forcierte die (christliche) Zentralregierung in Manila systematisch die interne Kolonisierung Mindanaos. Ihren Höhepunkt erreichte diese in der Ära des 1986 gestürzten Präsidenten Marcos. Große inländische sowie transnationale Konzerne, darunter Dole und Del Monte, bemächtigten sich häufig mit einer Mischung aus Betrug, Korruption und nackter Gewalt schrittweise riesiger Bodenflächen und bewirkten mit der massiven Nord-Süd-Migration immense demographische Verschiebungen zugunsten der auf Mindanao heute mehrheitlich christlichen Bevölkerungsanteile.

Der Konflikt ist seither vor allem einer um Landbesitzrechte. Die Moros betrachten Mindanao als »ihre« Heimat, die Lumad sehen darin das Stammland ihrer Vorfahren und die christlichen Siedler machen mit zunehmender Dauer der Besetzung Besitzansprüche aufgrund des von ihnen seit Jahren kultivierten Bodens geltend. Während die Lumad ohne nennenswerte Gegenwehr im Zuge zweifelhafter Entwicklungsprojekte ins unwirtliche Hinterland abgedrängt wurden, nahm der Protest und Widerstand der sich mittlerweile selbst stolz Moros nennenden Bevölkerung gegen den organisierten Landraub zu. So entstand vor 28 Jahren mit der MNLF (Moro Nationale Befreiungsfront) die bis dato politisch einflußreichste Moro-Widerstandsorganisation. Als ihr militärischer Arm fungiert die BMA (Bangsa Moro Armee).

Die Konfrontation mit dem philippinischen Militär und paramilitärischen, von Siedlern aus dem Norden aufgestellten und ausgerüsteten Banden eskalierten in den 70er Jahren zu einem offenen, von der internationalen Berichterstattung jedoch allenfalls beiläufig wahrgenommenen Krieg. Er forderte seitdem über 80.000 Tote. Zerbombte Städte und Dörfer hinterließen zehntausende Binnenflüchtlinge. Auf dem Höhepunkt der Kämpfe suchten überdies etwa 120.000 Menschen Zuflucht im benachbarten malaysischen Sabah.

Die zentrale politische Forderung der MNLF war ein unabhängiger Moro-Staat. Dieser hatte jedoch von Beginn an wenig Aussichten auf Erfolg. Sämtliche Staaten der Region, vor allem Indonesien, Malaysia, Birma und Thailand, in denen ebenfalls separatistische Bewegungen existieren, haben zentrifugale Kräfte stets als Bedrohung ihrer Herrschaft betrachtet und sie entsprechend militärisch bekämpft. Im libyschen Tripolis kam es 1976 zu einem Abkommen zwischen der MNLF und der philippinischen Regierung. Im Tripolis-Abkommen verzichtete die MNLF auf ihre maximale Forderung nach Unabhängigkeit zugunsten einer 'Regionalen Autonomen Regierung' und erkannte gleichzeitig an, daß diese »im Rahmen der Souveränität und territorialen Integrität der Republik der Philippinen« entstehen sollte. Im Gegenzug verpflichtete sich Manila, »alle erforderlichen konstitutionellen Maßnahmen zu ergreifen«, um den Moros in 13 von 23 Provinzen und neun Städten Mindanaos, in denen muslimische Bevölkerungsteile noch überwiegend die Mehrheit stellten, Autonomie zu gewähren.

Marcos feierte dieses Abkommen seinerzeit als politisch-diplomatischen Sieg. Zahlreiche MNLF-Kader konnten in der Folge kooptiert oder mit finanziellen Vergütungen zur Aufgabe des Kampfes bewegt werden. Von Autonomie wollte Manila fortan nichts mehr wissen. Stattdessen wurde Mindanao zum Hauptaufmarschgebiet der Streitkräfte – und das ist es bis heute auch unter Marcos Nachfolgerin Corazon Aquino und dem jetzigen Staatschef, Ex-General Fidel Ramos, geblieben. Zuletzt waren Anfang diesen Jahres weitere 20.000 Soldaten nach Mindanao beordert worden.

gebe die Vereinbarung den Moslems zurück, was ihnen in all den Jahren der »Over-Christianization« von der Zentralregierung genommen worden wäre.

Ein philippinischer Arafat?

► Die MNLF wird ihrerseits von einigen Splittergruppen innerhalb der Moro-Nationalbewegung des Interessenausverkaufs bezichtigt. Diese halten zumindest offiziell weiter den Anspruch auf einen eigenständigen Staat aufrecht. In ihrer Kritik sehen sich etwa die Abu Sayyaf-Gruppe und die Moro Islamische Befreiungsfront (MILF) dadurch bestätigt, daß Misuari eine Metamorphose vom Kämpfer zum Kandidaten der Ramos-Partei vollzogen hat und auf dieser Plattform für den Gouverneursposten in der südlichen Sulu-Provinz antritt. Tatsächlich ist die Aufstellung Misuaris auf der Ramos-Liste ein typisches Beispiel für die in Ost- und Südostasien im allgemeinen und in den Philippinen im besonderen praktizierte Kunst der Kooptation. Wenn nun Misuari seinerseits auf dieser Liste antritt, kann er sich – neben der Erwartung persönlicher Pfründe – am ehesten sicher sein, daß die mit dem Abkommen in Aussicht gestellten Gelder und/oder Hilfsleistungen auch tatsächlich eintreffen. Im übrigen haben sich auch bereits nach dem Tripolis-Abkommen 1976 etliche hohe MNLF-Kader in den Staatsapparat einbinden lassen und sind in der Folgezeit gar zu Provinzgouverneuren aufgestiegen.

In der Tat bedeutet die Friedensregelung für Misuari eine politisch-diplomatische Aufwertung. Die benötigt er aber auch. Seine Aufgabe – so der Rebellenführer in einem Gespräch mit dem Autor – sehe er nämlich nicht nur darin, einer nach dem langwierigen Konflikt inzwischen überall überwiegenden Kriegsmüdigkeit zu entsprechen, sondern eine für sämtliche Protagonisten zufriedenstellende Lösung zu erwirken. Dabei gelte es, bei keiner der Parteien das Gefühl eines Gesichtsverlustes entstehen zu lassen und »seinem Volk« die Aussicht zu eröffnen, unter friedlichen Bedingungen nachhaltige Verbesserungen auf allen Ebenen des sozialen Lebens erreichen zu können. Sein von ihm selbst unausgesprochenes Ansinnen – ein in der philippinischen Presse aber des öfteren bemühter Vergleich – ist es offensichtlich, zu einem südphilippinischen Pendant von Yassir Arafat zu werden.

Dieser Vergleich liegt nahe. Beide Führer nationaler Befreiungsbewegungen sind nach Jahrzehnten des bewaffneten Kampfes und in der Aussicht persönlicher wie politisch-diplomatischer Anerkennung und internationaler Hilfestellung zu erheblichen Konzessionen bereit. Beide müssen ihre Position gegenüber Kritikern und Gegnern in den eigenen Reihen verteidigen. Gleichzeitig haben es Misuari und Arafat mit Friedensabkommen zu tun, in denen die Modalitäten und deren Verwirklichung teilweise undeutlich bleiben und bei denen es sich weitgehend um Absichtserklärungen handelt (z.B. die Unklarheit über das Verfahren mit den in den südphilippinischen Autonomiegebieten ansässigen Großgrundbesitzern, vergleichbar mit den israelischen Siedlern in den besetzten Gebieten, sowie die Aussicht, daß die genauen Regelungen über die Gebiete und das Ausmaß der Regelung erst nach dem Plebiszit in drei Jahren zu bestimmen sei), so daß beide auf die Zusammenarbeit und den Goodwill des ehemaligen Feindes angewiesen sind.

Nicht zuletzt steht der Friedensprozeß im Nahen Osten wie in den Philippinen vor dem Hintergrund jahrzehntelang geschürter religiöser Ressentiments. Diese wurden in den Philippinen von ihren Nutznießern immer dann geschürt, wenn die eigentlichen Konfliktstoffe, nämlich Bodenbesitz und Landfragen, berührt waren. Zwar erklärte Präsident Ramos: »*Auf keinen Fall wünsche ich, daß der Friedensprozeß durch aufgepeitschte Emotionen und religiöse sowie ethnische Differenzen belastet wird.*« Aber mit schönen Worten schafft er die Differenzen nicht aus der Welt.

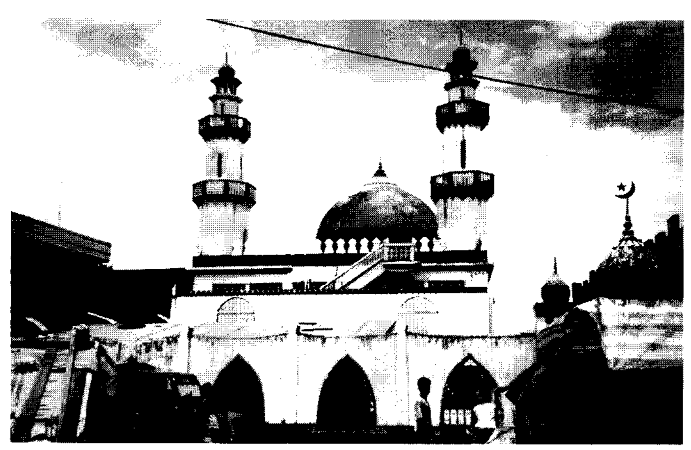
Aus dem Schatten des Krieges

► Vielleicht im Gegenteil: So attackierte die Leiterin des Mindanao-Büros des *Philippine Daily Inquirer* Carolyn O. Arguillas in ihrer Kolumne die Ramos-Politik: »*Kein anderes Thema hat in der jüngsten Geschichte so sehr die 16 Millionen Einwohner Mindanaos entzweit wie der SPCPD, der dieser konfliktträchtigen, ressourcenreichen Insel 'Frieden und Entwicklung' bringen soll. Der SPCPD erstreckt sich lediglich über die Hälfte der Landfläche Mindanaos. Was geschieht mit der anderen Hälfte, verdient nicht auch sie 'Frieden und Entwicklung'? Sollen etwa die Leute in Surigao del Sur sich an die dort operierende Nationale Demokratische Front* (ein von der Kommunistischen Partei dominiertes Untergrundbündnis, d. Verf.) *richten, und sich die Einwohner von Agusan del Sur an Lumad-Krieger wenden, zu den Waffen greifen und lauthals einen ähnlichen Rat fordern?*«

»*Dear Mr. President*« – so setzt Carolyn Arguillas ihre Kritik fort – »*wenn Sie es bisher nicht geschafft haben, daß Mindanaoans aufeinander schießen, dann haben sie es jetzt geschafft, meine Landsleute im Süden in 'Muslims' und 'Christen' zu spalten, wodurch weiter der Mythos geschürt wird, es sei die Religion, die uns entzweit. Ich wünsche mir, diese 'christliche' Mehrheit erkennt endlich, daß der Feind hier nicht der 'Muslim' ist, sondern im 'imperialen Manila' sitzt. Dessen hiesige Kohorten, dessen Politik und Praktiken haben Rebellionen unterschiedlichster Art, nicht allein jener der MNLF, den Nährboden bereitet.*«

So stellt sich die Frage, ob nicht das »imperiale Manila« ein weiteres Mal seine Gegner eingekauft hat und eine gleichberechtigte demokratische Entwicklung in der Region in Wirklichkeit weiterhin in den Sternen steht. Und auch der Führer der Befreiungsbewegung muß sich fragen lassen, ob nicht das jetzt getroffene Abkommen die Religionszugehörigkeit so in den Vordergrund stellt, daß damit möglicherweise die Kluft zwischen den Bevölkerungsgruppen nur noch vertieft wird. Und er muß sich fragen lassen, ob das Abkommen die hinter den religiösen und ethnischen Differenzen stehenden politischen und sozialen Verhältnisse nicht eher verschleiern und zu deren Aufrechterhaltung beitragen soll. Immerhin ist ein Friede ausgehandelt, aber er wird – wenn überhaupt – nur mühsam aus dem Schatten des Krieges heraustreten können.

► **Rainer Werning** ist Geschäftsführer der 'Stiftung für Kinder' in Freiburg, die schwerpunktmäßig in den Südphilippinen kriegstraumatisierte Kinder betreut.

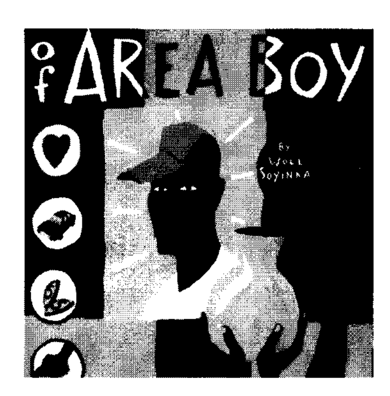


...und Minarett auf Mindanao

Fotos: Stiftung für Kinder

Vom Feuer fasziniert

Autoritäre Strukturen, Demokratisierung und ethnische Konflikte in Nigeria



Ein Gespräch mit **Wole Soyinka**

Am 29. September hat der Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka in der Basler Kulturwerkstatt Kaserne in Zusammenhang mit der Aufführung seines neuesten Theaterstückes »The Beatification of Area Boy« (vgl. iz3w, Nr. 215, August/Sept. 1996) aus seinen Werken gelesen. Barbara Müller vom Afrika-Komitee sprach mit ihm über die Militärs, Demokratisierung, die Frage eines Embargos und die gefährdete Einheit des Staates.

Barbara Müller: Hat Nigeria seine Seele verloren, wie der verrückte Richter in Ihrem Stück »Area Boy« befürchtet?

► Wole Soyinka: In dem Stück brauche ich den Richter als Symbol für die Suche nach einer Vision, die fehlschlägt. Seine Suche nimmt verschiedene Formen an und sieht manchmal ziemlich hoffnungslos aus. Man fragt sich, ob es noch etwas zum Suchen gibt, ob es je etwas gegeben hat. Der Richter stellt mit seiner Verrücktheit auch den Zustand einer Gesellschaft dar, die aus den Fugen geraten ist. Gleichzeitig mache ich ihn zu einer Person, die mit Gesetz, Ordnung und Gerechtigkeit zu tun hat und auch Gnade üben kann.

Im Vorwort zu Ihrem neuesten Buch »Ibadan« erwähnen Sie die Schwierigkeiten der nigerianischen Gesellschaft, Erfahrungen aus der Vergangenheit in einen sinnvollen Zusammenhang zum aktuellen Geschehen zu bringen.

► Die Menschen erinnern sich zwar an einzelne Ereignisse, aber sie verbinden Ursache und Wirkung nicht miteinander und sehen nicht, daß das, was heute passiert, tatsächlich große Ähnlichkeit hat mit dem, was damals geschah. Fehler könnten vermieden werden, wenn diese Zusammenhänge gesehen würden. Ein Kind, das vom Feuer fasziniert ist, begeht beim ersten Mal den Fehler, dem Feuer zu nahe zu kommen. Wenn es sich verbrannt hat, wird es beim nächsten Mal vorsichtiger sein. Das Kind lernt, indem es Zusammenhänge herstellt. Diese Fähigkeit scheint Nigeria abzugehen. Ich meine damit nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Herrschenden.

Sie beziehen sich auf das Übergangsprogramm von Sani Abacha?

► Der Militärherrscher Abacha versucht, sich als ziviles Staatsoberhaupt von Nigeria zu etablieren; bis 1998 will er seine Uniform abgelegt haben. Er unterstützt politische Parteien, gibt ihnen Geld, um deren Maschinerie zu ölen. Er geht davon aus, daß er dann an die Spitze der gewinnenden Partei berufen wird. Aber er hat völlig vergessen, daß vor ihm Gowon dasselbe auch schon versucht hat. Und er hat auch den Grund für Gowons Fehlschlag vergessen. Selbst mit seinen sehr beschränkten intellektuellen Fähigkeiten hätte Abacha das begreifen können.

Am 12. Juni 1993 hat die nigerianische Wählerschaft mit Chief Moshood Abiola einen zivilen Präsidenten gewählt. Welche Bedeutung haben diese Wahlen für Sie?

► Am 12. Juni 1993 hat das nigerianische Volk für einen Neubeginn gestimmt. Diese Wahlen, die Milliarden kosteten und von allen Beobachtern als frei und fair beurteilt wurden, sollten den Übergang zur Demokratie für Nigeria markieren. Weil den Militärs der Ausgang nicht paßte, haben sie sie einfach annulliert und die Macht erneut an sich gerissen. Damit ist Nigeria wieder gleich weit wie zuvor. Abacha präsentiert der Welt jetzt ein neues Übergangsprogramm, mit dem er sich selbst als Präsident auf Lebenszeit installieren will. Aber das Volk hat den 12. Juni nicht vergessen, und Abacha weiß das. Andernfalls hätte er es nicht nötig, Abiola, den demokratisch gewählten Präsidenten, zusammen mit dem ehemaligen Staatsoberhaupt Obasanjo im Gefängnis zu halten. Er läßt ehemalige Kollegen und Journalisten hinrichten, läßt Zeitungsverlage anzünden, Universitäten schließen und schreckt auch nicht davor zurück, die Frau des gewählten Präsidenten am hellichten Tage ermorden zu lassen, weil sie sich für die Freilassung ihres Mannes eingesetzt hatte.

Haben Sie am 12. Juni 1993 gewählt?

► Nein, dazu habe ich mich damals nicht durchringen können. Ich habe zwar akzeptieren können, daß die abtretende Militärdiktatur ihr genehme Strukturen hinterlassen wollte. Ich betrachtete das Nachfolgeregime als Übergangsperiode, während der die Hinterlassenschaft der Militärdiktatur aufgearbeitet werden muß, wie in der auf die Kolonialherrschaft folgenden Zeit. Aber ich konnte nicht schlucken, daß Babangida nicht nur die Parteien gründete, die zur Wahl standen, sondern gleichzeitig auch deren Parteiprogramm verfaßte. Eine unserer Forderungen ist immer noch, eine souveräne nationale Konferenz als Grundlage für eine echte demokratische Ordnung abzuhalten. Den 12. Juni betrachten wir als Beginn dieses Prozesses. Es geht nicht darum, dieses Datum zu mystifizieren, aber irgendwo muß ein Anfang gesetzt werden.

1995 waren Sie einer der Initiatoren für die Gründung des Nationalen Befreiungsrates von Nigeria, Nalicon. Wie würden Sie diesen Rat charakterisieren? Wie sehen seine Verbindungen zum Widerstand in Nigeria aus?

► Das Ausmaß an Unterdrückung in Nigeria ist bekannt. Viele demokratische Bewegungen sind zerstört oder handlungsunfähig gemacht worden, so die Demokratiekampagne, die Gewerkschaften, die Lehrervereinigungen, die StudentInnenbewegungen. Nalicon hat Kontakt zu vielen der noch funktionierenden Teile der zivilen Gesellschaft. Der bisher größte Erfolg, den wir erzielen konnten, war die Einrichtung eines oppositionellen Radios, das mit seinen Sendungen ganz Nigeria erreicht. Es ist uns gelungen, mobile UKW-Einheiten ins Land zu schmuggeln, die dauernd unterwegs sind, damit sie nicht lokalisiert werden können. Gerade jetzt wird ein weiterer Sender hineingeschmuggelt. Außerdem verfügen wir über einen Kurzwellensender, der von außerhalb des Landes sendet. Auf diesem Weg haben wir permanenten Kontakt zu den Bewegungen zuhause. Nalicon will den Widerstand weiterführen und die Bevölkerung in einer Kampagne des zivilen Ungehorsams organisieren. Dem Regime soll jede Art von Kooperation verweigert werden, damit die angestrebten Schweinwahlen fehlschlagen. Nalicon arbeitet still und unterhält ein breites Netz von Kontakten in alle Richtungen, selbst zu den Rängen der Sicherheitskräfte.

Wie steht Nalicon zu andern politischen Gruppierungen?

► Wir verstehen uns als Bewegung und haben nicht den Ehrgeiz, eine politische Partei zu werden. Wir haben aber unsere Fühler auch in Richtung der politischen Klasse ausgestreckt, zum Beispiel zu Nadeco (Nationale Demokratische Koalition von Nigeria). Ich komme gerade vom Kongreß freier NigerianerInnen, der

zur Zeit in Washington stattfindet. Nadeco hat an dem Kongreß ebenfalls teilgenommen. Wir versuchen, eine gemeinsame Plattform für unsere Bewegung und die politische Klasse zu finden.

Wie reagiert die Bevölkerung auf die Mobilisierungsversuche der Opposition?

► Es besteht kein Zweifel daran, daß Hoffnungslosigkeit und Zynismus weit verbreitet sind. Die Öffentlichkeit ist von ihren Führern arg im Stich gelassen worden. Die Leute erhalten widersprüchliche Signale. Deswegen hat Nalicon zu Beginn zu den politischen Führern Distanz gehalten. Innerhalb der politischen Klasse gibt es so viele Individuen, die empfänglich sind für Bestechung, Lügen und Mischlereien jeder Art. Diese Politiker lassen sich in die aktuellen Machenschaften um Neuwahlen verwickeln. Ihre Begründung lautet, wenn wir uns nicht zur Wahl stellen, werden andere gewählt, und wir werden nichts mehr vom nationalen Kuchen abbekommen. Abacha ist jetzt schon seit fast drei Jahren an der Macht. Die Leute sagen sich, unsere politischen Führer kooperieren mit ihm, es sieht so aus, als ob er nicht so schnell von der Bildfläche verschwinden würde. Die Mobilisierung ist keine leichte Sache.

Sogar Mitglieder von Nadeco machen mit...

► Die Gründung von Nalicon wurde nötig, um den Leuten eine Alternative zu bieten und ihnen zu zeigen, daß man diesem Regime Widerstand leisten kann. Nadeco ist total gespalten, nur noch eine Minderheit verfolgt die ursprüngliche Linie des Widerstands. Dieser Teil von Nadeco steht uns nahe. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß Nadeco Teil der Bewegung war, die das Land während mehr als zehn Wochen vollständig lahmlegte und die brutal zerschlagen wurde. Von diesem Schlag hat sich die Bewegung nicht mehr erholt. Anstatt die Organisation wieder aufzubauen und den Widerstand zu organisieren, haben sich einige ihrer Führer nun zur Kollaboration bereit gefunden. Folge dieses Verhaltens ist die Orientierungslosigkeit und Demoralisierung der Öffentlichkeit.

Sie verlangen internationale Sanktionen gegen Nigeria und insbesondere ein Erdölembargo.

► Ja, wir wollen, daß das nigerianische Erdöl boykottiert wird. Wir wissen natürlich, daß wir von einigen Ländern gerade so gut den Mond verlangen könnten. Die Forderung muß trotzdem gestellt werden, weil wir das Regime damit am Nerv treffen können. Bei Südafrika hat es auch sehr lange gedauert, bis wirklich Sanktionen ergriffen und durchgesetzt wurden.

In unserem Fall ist dies sehr viel schwieriger, weil wir aus einer Unterdrückungssituation von Schwarzen gegen Schwarze heraus Sanktionen verlangen. In Südafrika war die Situation plakativer, man konnte das Reizwort 'Rassismus' ins Feld führen und sagen: 'Apartheid ist ein Verbrechen gegen die Menschheit', 'die Unterdrückung der Mehrheit durch die Minderheit darf nicht toleriert werden'. Dabei wird aber leicht übersehen, daß dies auch für Nigeria zutrifft: Die Militärs sind eine kleine Clique, eine Minderheit. Warum wird diese Logik nicht aufgenommen?

Die Situation wird nicht entsprechend interpretiert.

► Es handelt sich um eine sehr unbequeme Logik, die, wenn man sie akzeptiert, einen moralischen Imperativ von drastischer Konsequenz beinhaltet.

Mit einem Ölboykott würde aber auch die einfache Bevölkerung getroffen.

► Dasselbe Argument wurde auch bei Südafrika angeführt. Was hat das südafrikanische Volk darauf geantwortet? Wir sitzen bereits so tief im Dreck, schlimmer kann es gar nicht kommen. Wir wissen, daß es die herrschende Klasse sehr viel stärker treffen wird als das Volk. Die Wirtschaft Nigerias wird vom informellen Sektor am Leben erhalten, von den kleinen Handwerksbetrieben am Straßenrand, von den HändlerInnen, die die Grenzen überqueren. Die BäuerInnen schaffen es, allen Hindernissen zum Trotz zu produzieren und ihre Waren in die Zentren zu transportieren. Diesen Menschen ist es zu verdanken, daß man in Nigeria noch leben kann. Sicher nicht den Fettsäcken an der Spitze. Alles was die tun ist, die Erträge aus dem Erdöl abzuzweigen, um damit die Unterdrückungsmaschinerie in Gang zu halten. Mit dem Erdölgeld bestechen sie ausländische Botschafter und Untersuchungskommissionen.

Aber einer Stadt wie Lagos würde ein Boykott schon zusetzen?

► Das bestreite ich nicht. Es kommt nur darauf an, welche Klasse man dabei im Auge hat. Sind es die ArbeiterInnen und die Gewerkschaften, ist es die Händlerin vom Markt? Die vom Regime verursachte wirtschaftliche Not ist für diese Leute sehr viel gravierender. Ich denke dabei an die rücksichtslose Schleifung von Maroko, eines Stadtteils von Lagos, mit der über eine Million Menschen heimatlos wurde. Erst kürzlich ist der Gouverneur von Lagos erneut gegen den selben informellen Sektor vorgegangen, der Lagos am Leben erhält: All die kleinen Werkstätten und Verkaufsstände unter den Autobahnbrücken sind mit Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht worden. Das Ölembargo wird nicht die kleinen Leute treffen, sondern ausschließlich den Geldsack der Militärs.

Spannungen zwischen den Regionen sind ein weiteres Problem Nigerias. Ist das Kolonialprodukt »Nigeria« überhaupt lebensfähig, hat das Land in dieser heterogenen Zusammensetzung eine Zukunftsperspektive?

► Das ist eine komplexe Frage. Die Antwort darauf fällt verschieden aus je nachdem, in welchem Zeitpunkt der Geschichte Nigerias sie gestellt wird. Während des Biafra-Kriegs beispielsweise war die Frage nach der Lebensfähigkeit des Landes absolut zentral. Bei jeder neuen Krise müssen wir uns die Frage nach den künstlich gezogenen Grenzen wieder stellen. Die afrikanischen Nationen haben es bisher nicht geschafft, die Frage der Grenzziehung gemeinsam und zusammenhängend zu untersuchen. Es gibt Gegenden in denen jahrzehntelange Krisen tatsächlich auf die Grenzziehung zurückgeführt werden können, wie dies zum Beispiel im Sudan der Fall ist.

Bei den Wahlen vom 12. Juni 1993 ist etwas

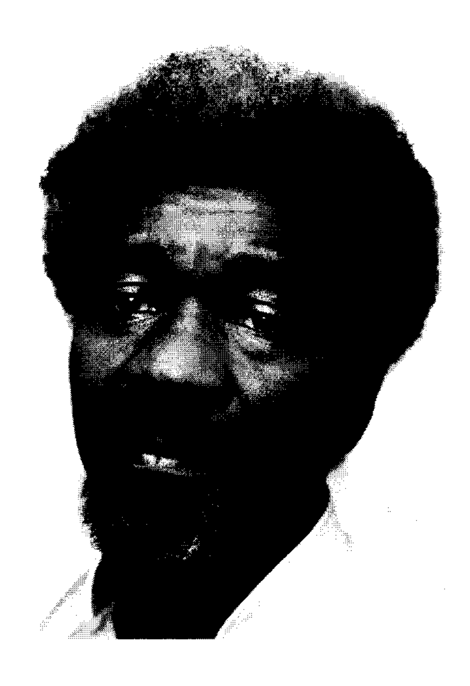
Nigeria

► In Nigeria leben auf einer Fläche von knapp einer Millionen Quadratkilometern fast 100 Millionen Menschen. Die wichtigsten der über 400 sogenannten Ethnien sind die Hausa und Fulani im Norden, die Yoruba im Südwesten sowie die Igbo im Südosten.

Nigeria erlangte 1960 seine Unabhängigkeit von Großbritannien. In den 36 Jahren seit der Unabhängigkeit wurde die Regierung Nigerias nur während zehn Jahren von Zivilpersonen ausgeübt, wobei letztere sich demokratischen Grundsätzen nicht unbedingt stärker verpflichtet fühlten. Die Militärherrscher waren mit einer kurzen Ausnahme Leute aus der Nordregion.

Am längsten blieb General Ibrahim Babangida (1985 bis 1993), der wie alle vor ihm die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen »so bald wie möglich« versprach, diese aber immer wieder hinauszuzögern verstand. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit und der inneren Opposition wurde schließlich die Zulassung einer zivilen Regierung eingeleitet. Babangida ließ zwei Parteien gründen, deren Statuten, politisches Programm und zum Teil sogar das Personal er gleich mitlieferte.

Am 12. Juni 1993 wurden reguläre Wahlen durchgeführt, die der Geschäftsmann Moshood Abiola gewann. Obwohl die Wahlen als Farce inszeniert waren, wurden sie im Nachhinein von der Opposition als klares Bekenntnis der Wahlberechtigten für Demokratie und nationale Einheit interpretiert, als eigentlichen Neuanfang für Nigeria. Das Resultat war nicht das von den Militärs gewünschte, weshalb der gewählte Präsident kurzerhand unter der Anklage des Staatsstreichversuches verhaftet wurde. Die Führung des Staates übernahm der bisherige Verteidigungsminister Sani Abacha. Abacha zerschlug die Proteste der zivilen Sektoren der nigerianischen Gesellschaft mit eiserner Faust. Er war auch für die Ermordung Ken Saro-Wiwas und seiner Mitstreiter verantwortlich.



Wole Soyinka

► Wole Soyinka wurde 1934 in Abeokuta in Westnigeria geboren. In Ibadan und im englischen Leeds studierte er Literatur und Theaterwissenschaft. Er war Dramaturg am Royal Court Theatre in London und Professor an der Universität von Lagos. Während des Biafra-Krieges wurde er von 1967 bis 69 als politischer Häftling in Isolationshaft gehalten. Nach seiner Freilassung lebte er fünf Jahre im Exil in London. Soyinka hat zahlreiche Theaterstücke, Hörspiele, Romane, Essays und Gedichtbände veröffentlicht. 1986 erhielt er als erster Afrikaner den Nobelpreis für Literatur. Nach der neuerlichen Machtübernahme durch das Militär hat er Ende 1994 das Exil gewählt.

Foto: Horst Tappe

sehr Schönes passiert: Die NigerianerInnen haben über regionale Grenzen hinweg gewählt, sie ignorierten in großem Ausmaß die ethnisch-religiösen Allianzen und haben sich selbst damit zu einer Nation erklärt. Damit hat das Volk selbst versucht, die Grundlage für echte nationale Identität zu legen. Was danach geschehen ist, ist etwas anderes. Heute ist die Frage der nationalistischen Tendenzen wieder an die Oberfläche gekommen. Mit anderen Worten: Noch vor wenigen Jahren war die Überlebensfähigkeit des Landes keine Frage. Jetzt steht sie überall auf der Tagesordnung. Bei meinen Auslandreisen begegne ich überall Yorubas, Leuten meiner eigenen Herkunft, die sagen: »Dieses Nigeria ist ein Traum von Idealisten. Wir sind nicht länger bereit, für diesen Traum Opfer zu bringen.«

Was hat diese Wende bewirkt?

► Die ethnische Dimension wurde von den Militärs als politisches Propagandamittel wieder eingeführt, um Risse im nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl zu bewirken, das durch die Wahlen vom 12. Juni 1993 neu gefestigt war. Nach dem Wahlsieg von Abiola hat der zurückgetretene Militärmachthaber Babangida über eine Radiostation verkündet, daß Abiola in Lagos Schiffe voller Söldner habe vor Anker gehen lassen, die an Land gehen würden, um alle Haussa umzubringen. Mit solchen Lügen sollen dauerhafte Gräben zwischen den ethnischen Gruppen gelegt werden. Und so sind die gegenseitigen Verdächtigungen und Ängste wieder neu aufgeflammt, ein Stadium, das wir überwunden glaubten. Was in den letzten zwei bis drei Jahren geschehen ist, stellt Nigeria als nationale Einheit in Frage. Dies heißt aber nicht, daß es den NigerianerInnen nicht erneut gelingen kann, diese Phase zu überwinden, wie das 1969 nach dem Krieg und 1993 bei den Wahlen geschehen ist. Die Militärs haben ethnische Zwistigkeiten bewußt geschürt, um zu spalten und sich dann als Schiedsrichter aufzuspielen. Daß sie damit Erfolg gehabt haben, ist eine Realität, der wir uns stellen müssen.

In diesem Zusammenhang ist auch der Kampf des Ogoni-Volkes und seiner von Ken Saro-Wiwa gegründeten Organisation Mosop zu sehen. Wie stehen Sie zu diesem Kampf?

► Die Bewegung der Ogoni ist ein derartiger nationalistischer Impuls, der als Reaktion auf objektiv erlittenes und subjektiv empfundes Unrecht verstanden werden muß. Teile einer Bevölkerung ziehen sich auf eine nationalistische Identität zurück, wenn sie sich, als Opfer fühlen. Sie fragen sich, wer sie sind und warum sie zum Opfer gemacht werden. Wenn dies innerhalb einer größeren Einheit geschieht, stellt sich die Frage, ob es nicht besser sei, sich enger an die kleinere Einheit zu binden, sich in einer Bewegung zu engagieren und eine separate Identität zu etablieren. Ken Saro-Wiwa wollte keine Sezession, er verlangte mehr Autonomie für sein Volk. Das wurde nur nötig, weil die Ogoni marginalisiert und betrogen worden sind.

Besteht denn die Gefahr, daß Nigeria auseinanderbricht?

► Es gibt Schlimmeres. Eine Teilung könnte sogar bedeutend weniger schlimm sein als eine ununterbrochene innere Explosion, bei der das Land in einen Zustand der vollständigen Gesetz- und Orientierungslosigkeit zerfällt und nicht mehr klar ist, ob es noch existiert oder einfach zu einem Somalia oder Liberia geworden ist. Diese Länder lassen sich auf dem Atlas zwar noch ausmachen, aber sind sie noch als Staaten zu bezeichnen? Die Zerstörung der zivilen Gesellschaft, der Zerfall der Sicherheit, die totale Verarmung eines potentiell so reichen und viel beneideten Landes sind mögliche Perspektiven für Nigeria wenn es so weitergeht.

Politische Ökologie

Ökologie ist in den 90er Jahren zu einem Themenfeld geworden, auf das sich alle politischen Strömungen positiv beziehen – von der Neuen Rechten über die bürgerliche 'Mitte' bis zur radikalen Linken. Kein Partei- und Regierungsprogramm, keine entwicklungspolitische Konzeption, keine Selbstdarstellung eines Chemiekonzerns und keine Anklage der Herrschenden, die ohne die Thematisierung ökologischer Probleme bzw. deren Überwindbarkeit auskommen. Der Rio-Gipfel hat eine Flut von Publikationen zu Umweltfragen nach sich gezogen. Schon jetzt ist sicher, daß das in Rio popularisierte Schlagwort von der 'Nachhaltigen Entwicklung' der meistbenutzte Politikbegriff der 90er Jahre ist. Die Kulturindustrie hat Umweltthemen in kommerziellen Produktionen à la Kevin Costners 'Waterworld' umgesetzt und damit Publikumserfolge erzielt, die kaum hinter denen der Action-Abenteuer üblicher Machart zurückstehen. Manche Beobachter des Zeitgeschehens werten all dies als positive Zeichen – scheint sich doch auch in Kreisen, denen Umweltzerstörung bislang relativ gleichgültig war, die Einsicht in die Notwendigkeit eines politischen Umsteuerns durchzusetzen. Der teilweise Verzicht auf die Förderung ökologisch (und sozial) fragwürdiger Entwicklungsprojekte wie zum Beispiel des Narmada-Staudamms in Indien kann ja auch durchaus als Erfolg einer umweltorientierten Entwicklungspolitik – oder besser: des starken Drucks einer kritischen Öffentlichkeit auf dieselbe – gewertet werden.

Andere weisen mit guten Argumenten darauf hin, daß trotz (oder sogar wegen) des allseits präsenten Geredes über Ökologie die Umweltprobleme nicht gelöst, sondern eher schlimmer geworden sind. Treibhausgase reduziert? Müllfluten eingedämmt? Ozonloch gestopft? Tropenwaldzerstörung gestoppt? Fehlanzeige! Vielfach ist heute ein völlig ungerechtfertigter 'Öko-Optimismus' ausgebrochen, der in seinen Auswirkungen eher noch fataler ist als die lähmende Weltuntergangsstimmung, die in den 70ern und 80ern durch Publikationen wie 'Global 2000' zum Ausdruck kam. Umweltorganisationen wie Greenpeace schüren mit Kampagnen wie zum Beispiel der Entwicklung eines '3-Liter-Autos' die Hoffnung, die Umweltprobleme seien allein technologisch in den Griff zu bekommen. Daß diese Art von High-Tech-Umweltschutz der Luxus von einigen wohlhabenden Industrieländern ist und somit eine internationale Klassengesellschaft auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes entstehen läßt, interessiert die Architekten eines metropolitanen Ökokapitalismus allenfalls am Rande. Verteilungsfragen sind ihr Thema nicht.

Zunehmend wird deutlich, daß sich hinter Begriffen wie 'Ökologie', 'Natur' oder 'Umwelt' sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber verstecken, wie Gesellschaften zu organisieren seien. Je nach Naturbild können egalitäre, kommunitäre oder autoritäre hierarchische Formen menschlichen Zusammenlebens aus der 'Natur' abgeleitet werden. Doch diese Ableitungen sind allesamt fragwürdig, weil sie nämlich unterschlagen, daß Natur in ihrem 'ursprünglichen' Zustand seit mindestens 50.000 Jahren nicht mehr existiert. Der Mensch hat sie durch seine gesellschaftlich vermittelten (also nicht 'natürlich' vorgegebenen) Verhaltens- und Produktionsweisen 'nachhaltig' beeinflußt. Die Tatsache massiver Eingriffe an sich ist nicht verwerflich. Hinter der Naturfreundlichkeit mancher Umweltschützer steht ja eine eigentümliche Menschenfeindlichkeit, die den Menschen nur als Störfaktor in halluzinierten 'natürlichen Gleichgewichten' sieht, und die vergessen macht, daß 'Natur' ohne die Beeinflußung des Menschen nicht existiert und auch nicht zu denken ist. Die künstliche Trennung von 'Natur' und 'Kultur' im Denken vieler Ökologen wird in neuerer Zeit durch den Begriff der 'gesellschaftlichen Naturverhältnisse' kritisiert. Mit ihm geraten soziale, gesellschaftliche Aspekte des Naturverhältnisses in den Blick, etwa die Frage nach der Produktionsweise (zum Beispiel die kapitalistische), den Akkumulationsregimen (zum Beispiel das fordistische) oder den Herrschaftsformen (zum Beispiel die des Nationalstaates).

Die erste Hälfte unseres Themenblocks greift die verschiedenen, heute dominanten Vorstellungen von 'Ökologie' auf. So hat sich anknüpfend an den Gedanken der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in letzter Zeit der Begriff der 'Politischen Ökologie' durchgesetzt. Ökologie, die ursprünglich rein naturwissenschaftlich ausgerichtete Wissenschaft von der Umwelt, wird darin mit sozialwissenschaftlichen Fragestellungen und Methoden verknüpft. Politische Ökologie heißt, Erscheinungsformen der Umweltdegradation im Zusammenhang mit ihren politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen erfassen zu können. Ein konkreter Fall aus Indien zeigt auf, wie dies aussehen kann.

Politische Ökologie als Wissenschaftszweig ist zu unterscheiden von ökologischer Politik, die als praxisrelevantes, umweltbezogenes politisches Handeln definiert werden kann. Um heutige und zukünftige ökologische Politik geht es uns in der zweiten Hälfte des Themenblocks. Beiträge über Südkorea und Zimbabwe berichten von dortigen Umweltproblemen und den entstehenden Umweltbewegungen. Globale Verhältnisse hat der Beitrag über die (Miß-)Erfolge der internationalen Ozon- und Klimapolitik im Blick. Das Beispiel des Solarkochers zeigt, daß auch wohlgemeinte Umweltschutzmaßnahmen und 'angepasste Technologien' häufig über die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen insbesondere im Süden hinweggehen. Zum Schluß spannen zwei Debattenbeiträge den Bogen zu der wieder etwas theoretischeren Frage, wie ökologische Politik für ein 'Zukunftsfähiges Deutschland' beschaffen sein muß. Haben echte ökologische (und damit gesellschaftliche) Reformen unter den Bedingungen der herrschenden Gesellschaftsordnung eine reale Chance? Dieses Thema ist keinesfalls nur von akademischem Interesse oder nur für ein 'Zukunftsfähiges Deutschland' von Bedeutung. Es ist der eigentliche Kern der ökologischen Frage.

die redaktion



Wie funktioniert Natur?

Die ideologischen Grundlagen des Ökologiebegriffs

von **Heide Mertens**

Der Begriff 'Ökologie' wird in der heutigen Umweltdiskussion selten ideologiekritisch hinterfragt. Dabei beinhalten viele ökologische Krisenszenarien und Ökosystemansätze äußerst problematische Annahmen über das Verhältnis von Mensch und Natur. Sie blenden zumeist die gesellschaftlichen Bedingungen des Naturverhältnisses aus.

► Die Warnungen vor den weltweit sich zuspitzenden Umweltproblemen und ihre Darstellung in globalen Krisenszenarien und Statistiken sind wichtig. Sie können insbesondere zur Bewußtseinsschärfung bei den Bewohnern der Industrieländer führen, die immerhin 85% der Ressourcen verbrauchen. Doch die konkreten regionalspezifischen Bedingungen der Umweltzerstörung und ihre Ursachen gehen angesichts der Konjunktur globaler Krisenszenarien nicht selten unter. Dabei bedeutet die Analyse lokaler Umweltprobleme keinesfalls die Ausblendung globaler Zusammenhänge. Vielmehr können globale Strukturen in ihren konkreten Auswirkungen vor Ort gesehen werden. Die spezifische Eingebundenheit einer Region in den Weltmarkt, die Auswirkungen kolonialer Eroberungen, die Veränderung der Anbaumethoden, Bevölkerungsbewegungen, geographisch-klimatische Bedingungen etc. stehen in Zusammenhang zu ökologischen Bedingungen. Globale Szenarien blenden die politisch-ökonomischen Ursachen jedoch eher aus. Warum dem so ist, zeigt eine kritische Auseinandersetzung mit dem Ökologiebegriff und mit den modernen Ökosystemansätzen.

Die Entwicklung des Begriffs »Ökologie« ist geprägt vom ambivalenten Begriff der Natur in der europäischen Aufklärung, bei dem das Verhältnis von Mensch und Natur als doppelte Trennung gedacht ist. Das Individuum »Mensch« ist in diesem Denken getrennt von seiner »natürlichen« Lebensgrundlage der Natur und von seinen Mitmenschen, mit denen erst im Kulturzustand eine Gemeinschaft entsteht. Die 'Natur' der Antike und auch noch des Mittelalters war vom Menschen nicht beeinflußbares, vorausgesetztes, mit einem Sinn ausgestattetes Sein, in das der Mensch unlösbar eingebunden ist. Dieser Naturbegriff wird in der Aufklärung abgelöst. Der Mensch wird als vernunftbegabtes Wesen von der Natur abgegrenzt. Andererseits begründen sich alle individuellen Menschenrechte im Naturrecht, das auf der Vorstellung von der in der Natur ruhenden Vernunft basiert. So wird Natur seit der Aufklärung zum positiven und negativen Gegenbild des Menschen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wird dies z.B. in zwei geistesgeschichtlichen Strömungen deutlich, die sich beide auf Natur berufen: Die Romantik übt konservative Kulturkritik an den Folgen der industriellen Entwicklung. Demgegenüber steht die »Utopie der Herrschaft des Menschen über eine gänzlich unterworfene, nach Maßstäben instrumenteller Vernunft umkonstruierte und zurechtgestutzte Natur«[1]. Auch innerhalb der heutigen Ökodebatte findet sich die Ambivalenz zwischen dem »Zurück zur Natur« und der immer perfekteren Beherrschung der Natur durch den Menschen.

Ökologie, was nichts anderes als Haushaltslehre bedeutet, meint heute einerseits eine Wissenschaft bzw. bestimmte wissenschaftliche Teilgebiete innerhalb der Geographie und Biologie. Andererseits stellt sie den Leitbegriff für vielfältige Diskussionen, Forschungsansätze

und Konzepte dar, deren Gemeinsamkeit vielleicht darin besteht, daß sie durch die wachsenden Umweltprobleme inspiriert sind. Wesentliches Moment dieses modernen Ökologiebegriffs ist auch ein jeweils bestimmtes Verständnis des Verhältnisses von Mensch und Natur. Ökologie entwickelte sich so nicht nur als Teildisziplin der Biologie und Geographie. 'Ökologische Ideen', worunter etwa Denkfiguren wie 'ökologischer Kreislauf', 'Stabilität', 'Kampf ums Dasein' fallen, wurden auch zu Schlüsselbegriffen mit jeweils bestimmten ideologischen Inhalten innerhalb der außerwissenschaftlichen populären Diskussion um die zunehmende Bedrohung der Erde durch die Umweltzerstörung. Für den Aufschwung der Ökologiedebatte nach dem 2. Weltkrieg zur »Leitwissenschaft« ist vor allem die Übernahme von Begriffen aus der Systemtheorie entscheidend.

Natürliche Gleichgewichte?

► Als entscheidender »Popularisator des Ökosystemansatzes«[2] fungierte Pierre Odum (1953). Mit ihm endet die Entwicklung der Ökologie als Naturgeschichte, in der einzelne Erscheinungen und ihre Veränderung von Botanikern und Naturhistorikern, die mit Köcher und Botanisiertrommel durch die Landschaft streifen, beobachtet und aufgeschrieben werden. Nicht mehr einzelne Phänomene sind interessant, sondern die Frage: Wie funktioniert Natur? Ein Bild der Natur als System, in dem jede einzelne Veränderung Auswirkungen auf das Ganze hat, wurde populär.

In physikalischen Modellen von abgeschlossenen Systemen können die komplexen ökologischen Zusammenhänge und ihre Veränderlichkeit mit wenigen Begriffen dargestellt werden. Doch das Erstellen von Naturmodellen beinhaltet schon eine bestimmte Art des Umgangs mit der Natur, die von problematischen Voraussetzungen ausgeht. Ähnlich wie bei extrem »eingriffstiefen« Technologien (Atomtechnik, synthetische Chemie und Gentechnologie) interveniert ein auf dem Ökosystemmodell beruhendes Ökosystemmanagement nicht mehr auf der Ebene von Phänomenen, sondern der dahinterliegenden Gesetze. Sinnliche Naturerfahrung, die nur in einem längeren Zeitraum angeeignet werden kann, geht verloren. Die Frage, ob der Gegenstand »Natur« der Theorie entspricht, bleibt offen. Denn die Prinzipien der Systemtheorie sind im Hinblick auf die Gegenstandsgemäßheit äußerst problematisch. Methodisch geht die Systemtheorie von der Möglichkeit exakter Abgrenzung einzelner Systeme von ihrer Umwelt aus. Aber weder einzelne Biotope noch größere Regionen der Welt, und auch nicht die Welt an sich, lassen sich als abgeschlossenes System von einer Umwelt abgrenzen.

Es wird weiter unterstellt, daß die einzelnen Teile des Systems, seien es Mikroben, Pflanzen oder Menschen, nach den Prinzipien der Selbstregulation und Selbstorganisation funktionieren. Es wird angenommen, durch die Prinzipien der Selbstorganisation stellten sich bestimmte Gleichgewichtszustände ein. Das ist der Hintergrund der oft wiederholten, aber selten definierten Forderung nach Bewahrung des »ökologischen Gleichgewichtes«. Gerade dieses Harmoniegebot führt innerhalb von Ökosystemkonzepten leicht zu definitorischen Zielvorgaben, die der Offenheit evolutionärer Entwicklungen widersprechen.

Die Ambivalenz, die im Gleichgewichtsaxiom der Ökosystemtheorie liegt und die zwischen der Unterordnung unter Naturgegebenheiten und der Herstellung neu definierter Gleichgewichtszustände im aktiven Eingreifen liegt, birgt traditionsreiche ideologische Momente. Robert Malthus stellte in seinem 1797 erschienen Buch »Ein Essay über das Bevölkerungsprinzip« die These auf, daß das Gleichgewicht zwischen Ressourcen und menschlicher Bevölkerung nur durch den »Kampf um das Dasein« der Individuen untereinander hergestellt werden könnte. Er beeinflusste mit diesem Bild die Evolutionstheorie Charles Darwins. Hierin wurde »Natur« von der vorgegebenen, fixen zu einer historischen Größe. Die Weiterentwicklung der Natur und damit immer neue Gleichgewichtszustände wurden denkbar.

Mit der Kombination von Evolutionsgedanken und Selektionsprinzip vereinigte Darwin in seiner Theorie aufklärerischen Fortschrittsoptimismus und reaktionäres Konkurrenzdenken. Mensch und Tier wurden von nun an als Ergebnis identischer Entwicklungsmechanismen betrachtet. Das entsprach einerseits der Abkehr vom Glauben an den Menschen als Krone der Schöpfung und ordnete ihn in die Natur ein, ermöglichte damit aber gleichzeitig die schrankenlose Anwendung des vermeintlich 'natürlichen' Selektionsprinzipes auf soziale Gemeinschaften ('survival of the fittest').

Darwins Evolutionsgedanke legitimierte sowohl fortschrittliche, vernunftgeleitete Steuerung der menschlichen Entwicklung als auch reaktionäre Gesellschaftsanalyse. So diente das Selektionsprizip zur Legitimation des bürgerlichen Herrschaftsanspruchs gegenüber der Arbeiterklassse und den unterworfenen Ethnien in den Kolonien. Das Selektionsprinzip führte schließlich auch zur These von der Gegenauslese. Diese besagt, daß durch gesellschaftliche Eingriffe die natürliche Auslese behindert sei und deswegen der Staat zur Wiederherstellung der Auslese beitragen müsse. Wegen der Verquickung von staatlicher Lenkungsfunktion und Selektionsprinzip im Begriff der Gegenauslese hingen diesem Gedanken, der sich vor allem in der Rassehygiene- und Eugenikbewegung des frühen 20. Jahrhunderts niederschlug, auch viele Sozialdemokraten an.

Die entscheidenden Momente dieser Debatten finden sich heute in den auf systemtheoretischem Denken beruhenden Analysen der Umweltproblematik wieder: Wird der angestrebte harmonische Gleichgewichtszustand allein durch Selbstregulation und Selbstselektion bzw. Konkurrenzkampf erreicht? Oder ist planvolles Eingreifen und Management durch die Menschen notwendig? Gibt es absolute Grenzen des Wachstums? Oder können durch Diversifizierung und Innovationen immer höhere Gleichgewichtsstufen erreicht werden?

Moderne Ökosystemansätze

► Die heutigen Ökosystemansätze beinhalten weniger unterschiedliche Aussagen über den Zustand der Erde als unterschiedliche Bilder über das Verhältnis von Mensch und Natur.

Die Warner vor den *Grenzen des Wachstums* haben einen Begriff von Natur als endlicher Größe, an die der Mensch sich anzupassen hat, und rufen deshalb zur Selbstbeschränkung auf. Es gibt mittlerweile auch Stimmen, die angesichts der von ihnen unterstellten Grenzen des Wachstums nicht mehr an die Einsichtsfähigkeit der Menschen glauben. Sie sehen nur in der Selbstregulation, d.h. der Unterlassung von Hilfeleistungen bei Hunger, Krankheit und anderen Katastrophen, die Möglichkeit zur erneuten Herstellung eines »Gleichgewichts«. Die Propheten der Grenzen des Wachstums gehen von den auf Wachstum angelegten Strukturen des Industriesystems aus. Ihre Prämisse ist, daß sich Natur in ihren Grenzen vorausberechnen läßt, ähnlich wie das über Selbsterhaltung und Konkurrenz definierte Verhalten des Menschen. In der Studie Global 2000 versuchten amerikanische Wissenschaftler im Jahr 1980 mit mathematischen Modellen, die Zukunft der Erde vorauszuberechnen. Ihre Berechnungsgrundlagen sind der Energie- und Ressourcenverbrauch gegenwärtiger industrieller Gesellschaften. Endliche natürliche Ressourcen stehen einer wachsenden Zahl von Menschen gegenüber, die sich wie Einzelkämpfer im Kampf um die Ressourcen verhalten. Die Begrenzung des Wachstums und vor allem der Bevölkerungszahl entweder aus vernünftiger Einsicht oder mit Zwang wird so zur politischen Priorität. Freiheit, Demokratie und die Rechte des Einzelnen treten hinter dem Überleben als oberster Maxime, die sogar Diktatur rechtfertigt, zurück.

Diejenigen, die weiterhin optimistisch an die Beherrschbarkeit der Natur durch den Menschen glauben, hoffen auf die weitere technologische Entwicklung vor allem im Bereich der Gen- und Biotechnologie, mit der der Mensch selbst zerstörte Natur wiederherstellen und ihre Selbstreproduktion steuern kann. Auch hier können wir unterscheiden zwischen der Vorstellung von vollkommener liberaler Selbstregulation von Mensch und Natur (z.B. Lutz 1987) und der Forderung nach technokratischer Steuerung durch globales Ökomanagement (z.B. Capra 1986).[3]

Unkontrollierbares Chaos...

► Ein weiterer Ansatz beruht auf der klassischen Physik, die die Existenz eines strengen Kausalitätsprinzips unterstellt. Darauf basierte die Annahme, daß alle Prozesse zeitlich und räumlich vorhersagbar seien. Die Lehre von der *Thermodynamik* besagt, daß die Dissipation von Energie (d.h. der Übergang einer umwandelbaren Energieform in Wärmeenergie)

die Wärmeunterschiede in der Natur aufhebt. Für alle isolierten Systeme liegt die Zukunft in der Richtung der zunehmenden Entropie, des Wärmegleichgewichts. Die Zwangsläufigkeit und Unumkehrbarkeit der entropischen Entwicklung bedeutet, daß ein totales Wärmegleichgewicht der Erschöpfung der Energievorräte der Erde gleichkäme. Die Thermodynamik bietet also den theoretischen Hintergrund für die Prognose einer möglichen Zerstörung und Erschöpfung der Natur. Sie hat die Vorstellung von unkontrollierten, nicht reversiblen Prozessen in die Naturwissenschaft eingeführt.

Die neuen mathemathisch-physikalischen *Chaostheorien* haben einer nicht statischen, undeterminierten Betrachtungsweise der Natur den Weg geebnet und damit auch einer neuen Reflexionsweise des Verhältnisses Natur-Gesellschaft. Die neuen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse widersprechen in drei Punkten den herkömmlichen Annahmen: Naturgegenstände und Prozesse in der Natur lassen sich nie in ihrem Anfangs- und Endzustand betrachten. Vielmehr handelt es sich um Prozesse, die aufgrund der Komplexität der jeweils betrachteten Systeme nicht nach dem Kausalitätsprinzip vorauszuberechnen sind. Deshalb ist ihr Verlauf offen.

Es lassen sich keine absoluten Grenzen des Wachstums angeben. Die Vielfalt der einzelnen kausalen Zusammenhänge, die jeweils nur einen geringen Anteil am Geschehen haben, lassen den Schluß zu, daß der Verlauf des Geschehens nicht total determiniert ist und verschiedene Ausgänge möglich macht, je nach komplexem Zusammenspiel verschiedener Ursachen und Folgen.

...und avantgardistische 'Supersysteme'

▶ Im Gegensatz zu den Theorien von den Grenzen des Wachstums führt die Annahme dissipativer Strukturen und der Offenheit der Systeme zu größerem Optimismus über die mögliche Selbstregulation der Probleme auf einer höheren Stufenleiter der Evolution. In einem weiteren Ansatz wird angenommen, durch technologische Innovationen könnte ein neues Gleichgewicht zwischen menschlicher Gesellschaft und Ökosystem geschaffen werden. Vom begrenzten determinierten Ökosystem Erde wird hier Abschied genommen. Nicht Maßhalten, sondern symbiotisches Zusammenleben wird gefordert. Das Ökosystem Erde funktioniert nach den Gesetzen des Systems: dynamische Selbstorganisation durch Mutation, Selektion und Adaption. Der Mensch ist Teil dieses Systems und den Gesetzen von Konkurrenz und Anpassung unterworfen. In manchen Modellen wird der Untergang der Menschheit auf einer höheren Entwicklungsstufe des Systems einkalkuliert, weil er nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Andererseits wird erwägt, ob der Mensch nicht zum Manager des Systems werden könnte. So wie bei des Warnern vor den Grenzen des Wachstums liegen auch hier 'liberaler' Selbstorganisationsprozeß und Übernahme des Systemsmanagements durch den Menschen nahe beieinander. Autoritäre Kontrolle und Verwaltung von Menschen und Ressourcen und das Setzen auf »natürliche Auslese« durch Katastrophen sind zwei Seiten derselben Medaille. Gesellschaftliche Ungleichheit und Herrschaft werden sowohl bei den Propheten des nahen Untergangs wie den Avantgardisten des »Supersystems« ausgeblendet.



Fortschrittliche und vernunftgeleitete menschliche Entwicklung? Fotos: Sabine Adorf/version

Alle Ökosystemansätze spiegeln ein ambivalentes Verständnis des Naturverhältnisses des Menschen wieder. Einerseits wird der Mensch als Individuum der Natur gegenübergestellt, andererseits wird die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zum Objekt naturwissenschaftlicher Betrachtungsweise. Die Ausblendung der Produktions- und Reproduktionsverhältnisse unterschiedlicher Gesellschaften führt dabei zu einer einfachen statistischen Abgleichung zwischen Bevölkerungszahl und Ressourcen, auf die das Problem der tragfähigen Entwicklung reduziert wird. Die optimistischen Szenarien gehen von einer Erweiterung der Gestaltungsspielräume vor allem durch neue Technologien aus. Die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst geprägten Auswirkungen auf die Natur und ihr Produktionspotential bleiben unbeachtet. Die Dynamik menschlicher Gesellschaften in ihrer Auseinandersetzung mit ihrer natürlichen Umwelt wird auch in den Theorien, die ein offenes Naturverhältnis propagieren, naturwissenschaftlichen, modellhaften Betrachtungsweisen untergeordnet.

Ein dialektisches Verhältnis...

► Ein Ansatz, der sowohl das dialektische Verhältnis von Mensch und Natur darstellt wie auch die soziale Organisation des Menschen und die Frage der Arbeitskraft einbezieht, findet sich bei Marx. Für ihn stellt die menschliche Arbeit einen gebrauchswertschaffenden Prozeß dar, einen Stoffwechsel des Menschen mit der Natur. Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Indem er durch diese Bewegung auf die äußere Natur wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur.[4] Die materielle Beziehung des Menschen zur Natur wird hier als Austausch von Stoffen beschrieben. Dieser Stoffwechsel aber ist immer ein gesellschaftlich organisierter Naturprozeß. Der Mensch tritt der Natur nie als Individuum gegenüber, sondern immer vermittelt durch die spezifische Form, in der die Aneignung der Natur in seiner Gesellschaft organisiert ist[5].

Der Mensch als Teil der Natur und zugleich sie historisch verändernder Akteur sowie der immer von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen abhängige Charakter des Veränderungsprozesses sind zwei wesentliche Gedanken für einen politischen Ökologiebegriff. Darüberhinaus kann die Definition gesellschaftlich notwendiger Reproduktionsarbeit zur Herstellung gewünschter Naturzustände ein Maßstab für die Eingriffe in die Natur sein. Denn jeder Eingriff erfordert ein bestimmtes Maß an pflegerischen und erhaltenden Arbeiten, deren soziale und ökonomische Kosten mitgerechnet werden müssen. Zu den Voraussetzungen der menschlichen Arbeit als Naturaneignung gehört die Wiederherstellung von Naturzuständen, die eine solche Aneignung erst möglich macht.

So haben Menschen in allen Teilen der Erde den jeweiligen Bedingungen angepaßte Techniken zur Verhinderung der Umweltdegradierung entwickelt. Bergbauern legen Terrassen an oder entwickeln spezifische Formen der Viehhaltung. Die Anlage von Hecken, Baumreihen, Einhaltung von Brachen und bestimmte Kulturfolgen beim Anbau dienen der Erhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens und sind in der Regel sehr arbeitsintensiv. Es wird somit Arbeit zur Reproduktion der Natur aufgewendet. Genau die Frage, ob und wie die Reproduktion der Natur geleistet werden kann, bietet einen Maßstab dafür, ob eine bestimmte Produktionsweise in einem bestimmten Gebiet sinnvoll ist. Wenn dazu entweder wegen des Charakters der angestrebten Produktion oder wegen der natürlichen bzw. standortlichen Gegebenheiten ein zu hoher Aufwand an Arbeitskräften, Technik, Energie, sozialen Folgekosten etc. notwendig ist, ist eine Produktionsform nicht sinnvoll. Der Begriff der Reproduktion der Natur verweist damit nicht nur auf die Notwendigkeit menschlicher Arbeitsinvestition in Natur, sondern auch auf die Qualität dieser Arbeit. Oft ist etwa bei bestimmten Formen industrieller Produktion die Wiederherstellung der Natur gar nicht mehr oder nur unter menschenunwürdigen Bedingungen möglich. Die gesellschaftliche Reproduktion von Natur bedeutet »nicht einfach kontinuierliche Wiederherstellung eines Naturzustandes, sondern die intentionale Aufwendung von gesellschaftlicher Arbeit zur Herbeiführung gewünschter Naturzustände«.[6] Welcher Naturzustand als wünschenswert zu gelten hat, unterliegt der politischen Entscheidung der Gesellschaft und kann Gegenstand von Konflikten sein.

...zwischen Mensch und Natur

► Die Möglichkeit, einen solchen Prozeß der Willensbildung einzuleiten, setzt einen Abschied vom herkömmlichen Gedanken des Naturschutzes voraus. Begreift man erst einmal, daß das, was wir gemeinhin als 'Natur' bezeichnen, zum überwiegenden Teil vom Menschen geschaffene Natur ist, wird auch die Problematik des »Naturschutzes« offensichtlich. Bei der alltäglichen Verwendung des Begriffs 'Natur' meinen wir eine vom Menschen bzw. einer bestimmten Gesellschaft geschaffene Kulturlandschaft. Denn der Mensch muß sich seit dem Neolithikum seine Lebensgrundlage mittels Veränderung der Natur erst selbst schaffen.

Der Einsatz menschlicher Arbeit zur Erhaltung der Natur findet nicht isoliert, sondern eingebunden in ein System sozialer Organisation statt, durch das auch die Ziele der Reproduktion der Natur vorgegeben werden. Die Entscheidung für oder gegen umweltgerechte Produktion ist also eine politische. Viele Beispiele belegen, daß Besitzverhältnisse und Arbeitsteilung entscheidend für die Auswahl der angebauten Produkte sind. Während Großgrundbesitzer und Konzerne Früchte für Industrie und Export anbauen, bevorzugen KleinbäuerInnen Produkte für den Eigenbedarf und lokale Märkte. Auch zwischen den Geschlechtern geht das Interesse an umweltgerechten landwirtschaftlichen Produkten auseinander. Beispiele dafür sind zahlreiche Konflikte in Aufforstungsprojekten über die zu pflanzenden Bäume und die Nutzung des Waldes. Männer sind eher an schnellen monetären Erträgen interessiert und plädieren für Obstbäume, Cashewnuts oder schnell wachsende Nutzhölzer. Frauen dagegen sollen die Selbstversorgung sichern und plädieren deshalb eher für die Nutzung durch Feuerholz und Futterbäume.

An anderen Orten kommt es in ländlichen Gebieten nicht wegen Übernutzung der Böden, sondern aus Arbeitskräftemangel zu Umweltzerstörung. In vielen Gegenden wandern vor allem die jüngeren Männer in die Städte und lassen Frauen, Alte und Kinder zurück. Diesen fehlt es an finanziellen Mitteln und Arbeitskraft, aber auch an gesicherten Eigentumsrechten am Boden, um umweltgerechte Landwirtschaft praktizieren zu können. Sie können die notwendige Reproduktionsarbeit zur Erhaltung der Fruchtbarkeit nicht mehr leisten (z.B. Bewässerung, Zwischensaaten, Anpflanzungen). Dort, wo vor allem Frauen, die um ihr Existenzminimum kämpfen, auch noch der Umweltschutz aufgetragen wird, kann Ökologie keinen Erfolg haben. Umweltgerechtes Wirtschaften kann nur auf der Grundlage der Einbeziehung und Beteiligung der Bevölkerung Erfolg haben. Ohne eigenes oder gemeinschaftliches Land, Verfügungsrechte über die Produkte ihrer Arbeit und Mitbestimmungsrechte gehen Umweltmaßnahmen an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei.

Anmerkungen:

1 Ludwig Trepl 1987, Geschichte der Ökologie. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt, hier: S. 87

2 ebd. S. 190

3 Rüdiger Lutz 1987, Die sanfte Wende: Aufbruch ins ökologische Zeitalter, Frankfurt, sowie Fritjof Capra 1986, Wendezeit, Bausteine für ein neues Weltbild, Bern u.a.

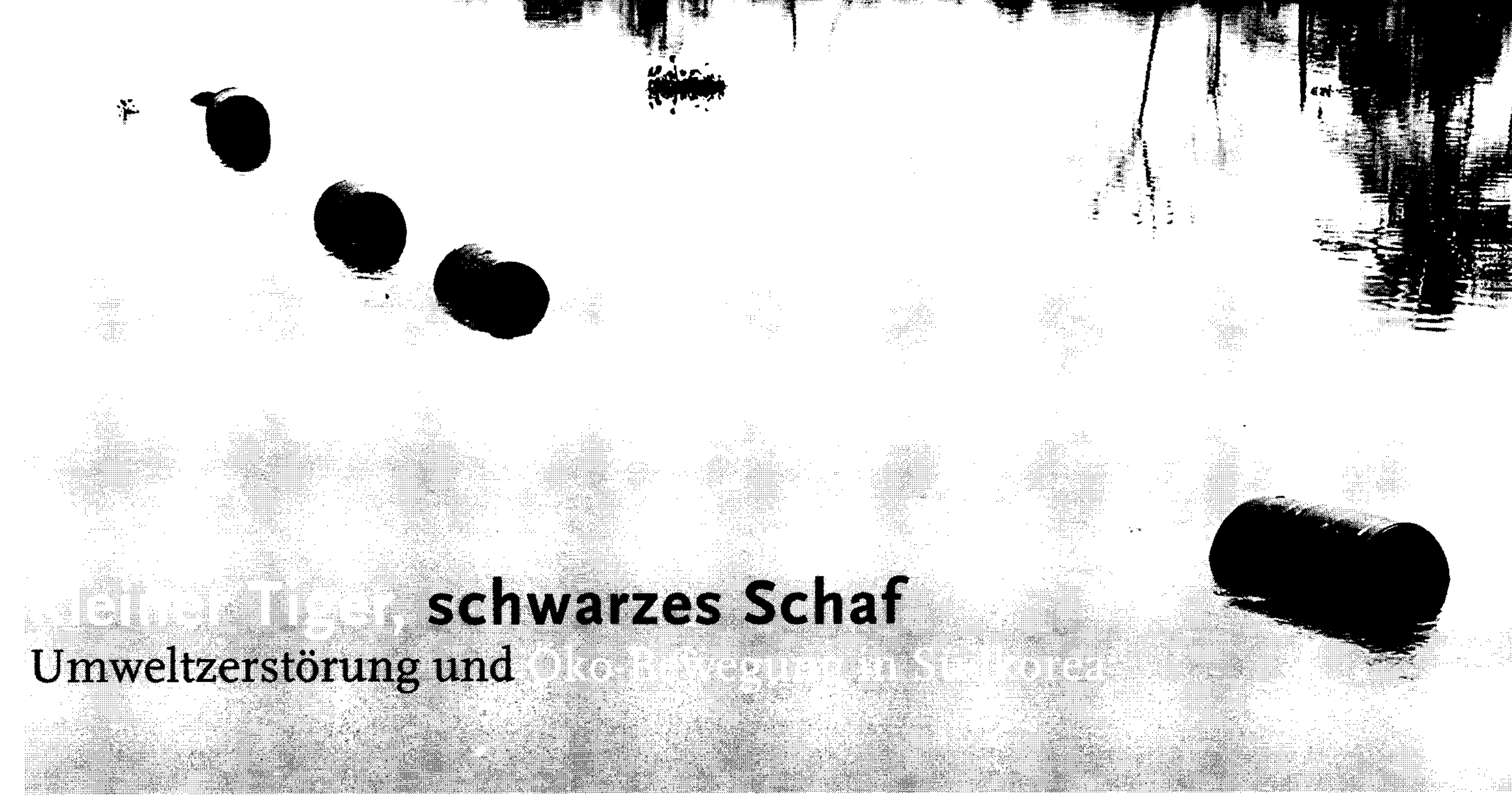
4 Karl Marx 1976, Das Kapital, 1.Bd., Frankfurt, hier S. 192

5 Karl Marx 1974, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin, hier S. 384f.

6 Engelbert Schramm 1985, Ökosystem und ökologische Gefüge, in: Böhme/ Schramm, Soziale Naturwissenschaft, Frankfurt, hier S. 103

► **Heide Mertens** ist freiberufliche Sozialwissenschaftlerin und Redaktionsgeschäftsführerin der Zeitschrift Peripherie. Der Artikel ist die von der Autorin überarbeitete und gekürzte Fassung eines Beitrages aus Peripherie Nr. 51/52 (1993), S. 137 - 154. Dort findet sich ein ausführliches Literaturverzeichnis.





Kleiner Tiger, schwarzes Schaf

Umweltzerstörung und Öko-Bewegung in Südkorea

Foto: Sabine Adorf

von **Christian Stock**

Der vielgerühmte 'kleine Tiger' Südkorea hat nicht nur wirtschaftliche Erfolge, sondern auch massive Umweltprobleme aufzuweisen. Die rücksichtlose Umwelt- und Atompolitik der alten Eliten wird seit einigen Jahren von einer wachsenden Öko-Bewegung kritisiert. Sie kann erste Erfolge verzeichnen.

► In den 60er Jahren noch als rückständiger Agrarstaat eingestuft, soll Südkorea 1997 in die OECD aufgenommen werden. Was Ökonomen und Politikern im Westen, aber auch nacheifernden Staaten wie Malaysia uneingeschränkte Bewunderung abverlangt, hat unübersehbare Schattenseiten. Die verschiedenen südkoreanischen Entwicklungsdiktaturen seit 1961 gingen nicht nur mit eiserner Faust über soziale und politische Rechte hinweg, sondern nahmen auch eine beispiellose Umweltzerstörung in Kauf. Heute hat Südkorea die zweifelhafte Ehre, weltweit größter Müllproduzent pro Kopf der Bevölkerung zu sein. Seoul rangiert in der WHO-Hitliste der Metropolen mit größter Luftverschmutzung nur knapp hinter Mexiko-City auf Platz zwei. 60% aller Abwässer fließen ungereinigt in den Ozean, und seit 1992 gab es jährlich 300 gravierende Unfälle mit Giftmüll.

In den 70er Jahren waren vor allem die für die Exportwirtschaft so bedeutsamen schwerindustriellen Komplexe für die hohen Umweltbelastungen verantwortlich.[1] Die meisten dieser ca. 70 Komplexe wiesen aufgrund veralteter, aus Industrieländern importierter Technologien einen extrem niedrigen Sicherheitsstandard auf. In den Regionen Ulsan, Yeocheon u.a. sorgten die Emissionen japanischer Tochterunternehmen (Petrochemie, Leiterplattenproduktion), später auch koreanischer Konzerne für das Auftreten massiver Haut- und Augenerkrankungen. Der einstige Fischerort Onsan kam zu trauriger Berühmtheit durch die nach ihm benannte 'Onsan'-Krankheit, die schwere Lähmungserscheinungen hervorruft. Verantwortlich dafür sind die hohen Schwermetallkonzentrationen durch die Abwässer und Abgase der Kyungki Chemicals, Pungsan Metals und anderer Firmen, die über die Nahrungskette auch in die Körper der Einheimischen gerieten. Erst im Jahr 1990 beendete die Regierung das Drama um Onsan durch die Umsiedlung der Bewohner.

Atomstaat Südkorea

► Ein eindrückliches Beispiel für den rücksichtslosen Umgang mit der Umwelt und den Einwohnern ist die Atompolitik.[2] Nach der Teilung des Landes im Jahr 1953 hat Südkorea den Zugriff auf die Steinkohlelagerstätten im Norden verloren. Die Energieknappheit, gekoppelt mit dem rasanten Wirtschaftswachstum, hat seit den späten 60er Jahren alle Regierungen bewogen, ehrgeizige Atomprogramme voranzutreiben. 1978 ging in Kori der erste Reaktor ans Netz. Heute sind 9 Atomkraftwerke in Betrieb, die 35% des Strombedarfs decken. Im Jahr 2006 sollen bereits 23 Reaktoren in Betrieb sein. Die Atomenergie ist angesichts der niedrigen Sicherheitsstandards für die Betreiber profitabel. So sind bis heute keine Umweltverträglichkeitsprüfungen für Atomreaktoren vorgesehen. Einfache Reparatur- und Wartungsarbeiten werden oft von Tagelöhnern ausgeführt, die ohne Abfindung fristlos entlassen werden, wenn sie über das zulässige Maß von 5000 mrem hinaus strahlenbelastet sind.

Die Pro-Nuklear-Politik hatte neben energiepolitischen auch militärische Gründe. Nach Angaben des damaligen militärischen Geheimdienstchefs Kang Chang Sung war 1978 die Produktion einer eigenen Atombombe zu 95% abgeschlossen. Nur der Druck der USA habe zur Aufgabe des Atomwaffenbaus geführt. Die Gegenleistung des Westens zum Verzicht auf die eigene 'Bombe' war die politisch-diplomatische Anerkennung Südkoreas. Die 'zivile' Nutzung der Atomkraft hingegen wurde nicht nur von westlichen Staaten unterstützt, sondern von ihnen überhaupt erst ermöglicht. Nach dem Reaktorunfall von Harrisburg 1979 und den folgenden Absatzschwierigkeiten in den USA suchten und fanden amerikanische Konzerne wie Westinghouse und General Electric in Südkorea neue Märkte für ihre Reaktoren. Auch der französische Konzern Framatome wurde zu einem festen Lieferanten für Nukleartechnologie.

1989 war es die südkoreanische Militärregierung, die nach dem GAU von Tschernobyl die weltweit ersten neuen Reaktoren in Auftrag gab. Man entschied sich für einen Leichtwasserreaktor der US-Firma Combustion Engineering. Dieses Modell hatte die Sicherheitsprüfung der US Nuclear Regulatory Commission nicht bestanden und war auch von Staaten wie Ägypten und Taiwan nicht zugelassen worden. US-amerikanische Medien enthüllten später, daß der Bruder des damaligen südkoreanischen Präsidenten Chun Du Whan von Combustion Engineering Schmiergelder bekommen hatte, um Regierungsmitglieder zu beeinflussen.

Standard auf niedrigem Niveau

► Mittlerweile hat das Korea Atomic Research Institute diesen Reaktortyp zum sog. 'Koreanischen Standardreaktor' weiterentwickelt. Damit ist die langersehnte self-reliance im Nuklearsektor erreicht. In naher Zukunft sollen 'Standardreaktoren' nach Nordkorea und China exportiert werden. Angesichts des für alle

Seiten profitablen Geschäfts treten politische Feindschaften in den Hintergrund, sind doch die 'Standardreaktoren' ein Drittel billiger als die japanischen Konkurrenzprodukte.[3]

Trotz der technischen Fortschritte ist die südkoreanische Atomindustrie heute in einer schwierigeren Lage als in den 70er und 80er Jahren. 1987 demonstrierten erstmals die Fischer von Youngkwang, einem Standort von zwei Reaktoren, gegen die Wassererwärmung durch Kühlwasser und verlangten vom Monopolkonzern Korean Electric Power Corporation (KEPCO) Kompensation für den ausbleibenden Fischfang. Der sorglose Umgang der KEPCO mit Atommüll und insgesamt 338 Störfälle im Zeitraum von 1978 bis 1991 lädierten das vormals gute Ansehen des Konzerns. Ein erster Höhepunkt der mittlerweile entstandenen Anti-Atom-Bewegung wurde 1990 erreicht, als der Plan zur Errichtung eines großen Komplexes zur Atommüllentsorgung und Nuklearforschung in der Kleinstadt Anmyndo trotz aller Geheimhaltung der Regierung bekannt wurde. Nahezu die gesamte lokale Bevölkerung demonstrierte täglich und legte mit Streiks das öffentliche Leben lahm. Die von der Regierung geschickte Polizeitruppe wurde von 10.000 militanten Demonstranten empfangen und die »Unabhängige Republik Anmyndo« ausgerufen. Die Atompolitik sah sich zu einem Rückzieher gezwungen.

Neuerdings versucht die Atomindustrie, der Öffentlichkeit die sogenannte Insellösung schmackhaft zu machen. Auf der kleinen Insel Guleop, 60 km vor dem Festland an der Westküste gelegen, sollen die 1000 Einwohner weichen, um dem Atommüll Platz zu machen. Doch nicht nur unter den Einheimischen, sondern auch in der an der Küste gelegenen Großstadt Inchon erregt dieser Plan Unmut. Der Gedanke an die drohende Verseuchung des Pazifischen Ozeans im Falle eines Schiffunglücks – der Atommüll müsste auf dem Seeweg von den weit entfernt gelegenen Atommeilern transportiert werden – schreckt viele.

Die Regierung in Seoul reagiert auf den wachsenden Widerstand gegen ihr Atomprogramm mit einer Mischung aus restriktiven und opportunistischen Maßnahmen. Ende 1993 wurde entgegen allen Demokratisierungsversprechen ein Gesetz zur Erleichterung von Atommüllentsorgung erlassen, das die Entscheidungsgewalt über Standortfragen allein dem Minister für Wissenschaft und Technik zuwies. Auch Grundstücksenteignungen und der Verzicht auf ein Mitspracherecht der Bevölkerung wurden darin festgeschrieben. Als Zugeständnis an die ablehnende Haltung vieler von Atomanlagen betroffener Gemeinden wurde ein Gesetz geändert, das vorschrieb, 0,5 % des Umsatzes zugunsten der umliegenden Kommunen zu verwenden. Jetzt beträgt diese Quote 0,8%, und die Kommunen haben die Wahl, davon öffentliche Bibliotheken zu bauen oder Rabatte auf die Stromrechnungen der Einwohner zu gewähren.

Umwelt im Sandwich

► Wie kommt es, daß der rücksichtslose Umgang mit der Umwelt erst in jüngster Zeit auf Widerspruch in der koreanischen Öffentlichkeit stößt? Zum einen ist dies auf das autoritäre politische System zurückzuführen, das wirtschaftliches Wachstum allen anderen Zielen unterordnete. Aufgrund ihrer Exportorientierung waren die südkoreanischen Industrien dabei dem sog. 'Sandwich'-Problem ausgesetzt. Von 'oben' setzte der Protektionismus der Industrieländer enge Grenzen, von 'unten' die Billigkonkurrenz durch Dritte-Welt-Länder wie Malaysia. Der Ausweg aus diesem Dilemma gelang Südkorea durch die Übernahme moderner Technologien bei gleichzeitiger Kostensenkung mittels niedriger Umweltstandards, die notfalls mit Gewalt gegen die Betroffenen durchgesetzt wurden. Die laxe Umweltgesetzgebung wurde zudem in vielen Fällen durch die weitverbreitete Korruption noch unterlaufen.

Das utilitaristische, d.h. durch reine Nutzbarkeitsüberlegungen geprägte Naturbild der meisten Koreanerinnen ist ein weiterer Grund für die langjährige Akzeptanz der Umweltzerstörung. Die frühere Tradition eines religiös geprägten Naturbewußtseins, die heute nur in einigen ländlichen Regionen noch existiert, wurde von individuellen Wohlstandsinteressen verdrängt. Wie im deutschen Wirtschaftswunder spielte dabei das eigene Auto eine wichtige Rolle. Innerhalb von 10 Jahren hat sich der Autobestand auf 8,5 Millionen versiebenfacht. Seoul ist zur 'Verkehrshölle' geworden, und kein anderes Land hat, gemessen an der Zahl der Autos, soviele Verkehrstote wie Südkorea zu beklagen. Die Umweltbelastungen gehen schon lange nicht mehr nur von den Großkonzernen aus, sondern wie in westlichen Industrieländern auch von der breiten Masse der Bevölkerung. Während die Konzerne mittlerweile Kontrollen unterliegen oder von sich aus in Umwelttechnologie investieren, halten viele kleine Betriebe und Privatleute keine der mittlerweile eingeführten Umweltauflagen ein. So ist es z.B. weit verbreitet, Altöl einfach in die Kanalisation zu entsorgen.

Doch im Zuge der allgemeinen politischen Aufbruchstimmung, die nicht nur von der Studentenbewegung ausgeht, kommt auch das Thema Umwelt auf die politische Tagesordnung. Die Presse berichtet häufig und unzensiert über ökologische Probleme. Die ersten auf dem Markt erhältlichen Ökoprodukte finden reißenden Absatz. Die Anti-Atombewegung wird inzwischen nicht mehr nur von lokal betroffenen Bevölkerungsgruppen getragen, sondern hat sich landesweit institutionalisiert. Das 1994 von über 160 Organisationen gegründete Korean Network of Anti-Nuclear-Movements for a Nuclear-Free Society ist zu einem politischen Faktor geworden, den die Politmanager einkalkulieren müssen. Die Ausrichtung des No Nukes Asia Forum in Seoul zeigte zudem, daß die Bewegung zunehmend über den nationalen Tellerrand hinausblickt und die Exportpläne der Atomwirtschaft bekämpft. Das ist mutig in einem Land, dessen neuer Wohlstand wesentlich von der Exportorientierung abhängt.

Anmerkungen:

1 Byungkok Ahn, Umweltzerstörung und Umweltpolitik in Südkorea, Trier 1996

2 Yu Mi Mun, Fighting the Atom in the Tiger, Seoul 1995

3 Frankfurter Allgemeine Zeitung 8.1.1996

► **Christian Stock** ist Mitarbeiter des iz3w



Die 1993 gegründete Korean Federation for Environmental Movement (KFEM) ist mit 25.000 Mitgliedern der größte Umweltverband in Südkorea. Im Rahmen eines ASA-Austauschprojektes besuchten die beiden hauptamtlichen KFEM-Mitarbeiter Kyoung-Song Choe und Min Eun Ju auch das iz3w. Kyoung-Song arbeitet in Seoul als Anti-Atom- und Friedensaktivist, Min Eun ist in der Pusaner Regionalgruppe für die Müllproblematik zuständig.

Christian Stock: Die Umweltbewegung in Südkorea ist noch jung. Wie ist die Resonanz eurer Arbeit in der Öffentlichkeit?

► Min Eun: Das Interesse ist mittlerweile sehr groß. Die wirtschaftliche Situation der meisten ist recht gut, so daß sie über Umweltprobleme nachdenken können. Die Umweltbewegung wird vor allem als Garant für die Zukunft angesehen.

► Kyoung-Song: Das Interesse ist aber ziemlich selektiv. Luft- und Wasserverschmutzung werden wegen der vielen spektakulären Unglücke problematisiert, Giftmüll, Atomkraft und die alltägliche Umweltzerstörung nicht so sehr.

► M.E.: Nach Umfragen ist den Leuten das Thema Politik am wichtigsten, dann der Verkehr und an dritter Stelle die Umweltproblematik. Erst danach kommen soziale Probleme. Der Verkehr ist so wichtig, weil in den Ballungsgebieten extreme Verkehrsprobleme herrschen und jeder davon betroffen ist.

In vielen asiatischen Städten ist das Fahrrad ein wichtiges Verkehrsmittel. Warum nicht in Südkorea?

► M.E.: In den ländlichen Regionen wird das Fahrrad noch viel benutzt. Aber in den Städten ist seit dem ökonomischen Aufstieg in den 70ern das Auto Hauptverkehrsmittel. Dort gibt es auch keine Fahrradwege. Fahrradfahren ist außer in den Vororten von Seoul viel zu gefährlich und wegen der Luftverschmutzung ungesund.

► K.S.: Wer die Verkehrsprobleme löst, wird ohne Zweifel neuer Präsident...

Es fällt auf, daß die KFEM mit ihren 110 festangestellten Aktivisten ein sehr professionell und relativ zentralistisch agierender Umweltverband ist. Woher kommt dies?

► K.S.: Es gibt sehr ernsthafte Umweltprobleme in Südkorea, und da sind 110 Aktive noch viel zuwenig. Aber die Hauptursache liegt in der Geschichte Koreas. In Japan z.B. gibt es eine lange Tradition von lokaler, dezentraler Organisation. Korea hat immer Zentralismus erlebt. Die Umweltbewegung in Südkorea orientiert sich natürlich an den Traditionen. Auch das Expertentum ist hier viel wichtiger. Die KFEM ist deswegen der größte Umweltverband in ganz Asien. In Japan gibt es keinen zentralen Verband, dafür viel mehr kleine Gruppen.

► M.E.: Südkorea ist nicht föderalistisch aufgebaut. Alle Zeitungen, Firmen und Regierungsinstitutionen sind zentralisiert. Es ist nicht unsere Absicht, auf Seoul konzentriert zu sein, es ist ein Sachzwang. Die örtlichen Gruppen sind aber durchaus stark, weil sie lokale Probleme erfolgreich aufgreifen können. Außerdem sind sie in ihrer Öffentlichkeitsarbeit und beim Fundraising unabhängig vom Zentralverband.

Gibt es Konflikte zwischen der Verbandsführung und den Aktivisten?

► K.S.: Sicher, in Seoul stört viele der hauptamtlichen Aktivisten, daß sie sich in allen Umweltbereichen engagieren müssen, ohne daß dabei auf die Partizipation der betroffenen Bürger viel Wert gelegt wird. Wir machen zuviel selber. Außerdem ist unsere Arbeit thematisch zu breit angelegt. Eine Spezialisierung auf einzelne Probleme, ohne deswegen gleich den Überblick über das Ganze zu verlieren, wäre besser.

► M.E.: Unser größtes Problem ist, daß wir zwar ausdrücklich Grassroot-Gruppen wollen, aber die Bevölkerung und auch unsere einfachen Mitglieder sich nicht ausreichend engagieren, vor allem in Seoul. Andernorts ist die Beteiligung besser.

► K.S.: Die Situation ist schwierig. In einer Region wie Kori richten gleich vier AKWs erheblichen Schaden an. Die Einwohner unternehmen kaum etwas dagegen. Deswegen müssen wir von Seoul aus aktiv werden. Gleichzeitig führt dies zur Überforderung von KFEM. Diese Überforderung hat aber auch mit der politischen Lage zu tun. Weil in Südkorea alle Parteien konservativ sind, sind die NGOs eine Art von Ersatz-Oppositionsparteien, auch wenn sie nicht an Wahlen teilnehmen.

Stichwort Partei: Drängt die südkoreanische Umweltbewegung nicht ähnlich wie die deutsche in die Parlamente?

► K.S. Manche Aktivisten gehen in bestehende Parteien, was viele NGOs vor allem aus dem Sozialbereich ziemlich schwächt. Die Demokratisierung der Politik ist für viele NGOs, auch unsere, ein sehr wichtiges Thema. KFEM hat z.B. 46 eigene Kandidaten für Gemeinderäte aufgestellt, die auch großteils gewählt wurden. Bislang gibt es aber keine Repräsentanten für soziale und ökologische Politik im Kongreß. Gäbe es eine progressive Partei, würde sich viel ändern.

► M.E.: Viele Leute denken über die Gründung einer grünen Partei nach. Wenn es konkret wird, sollten wir sie unterstützen. Aber in unserem politischen System ist es sehr schwierig, progressive Parteien zu gründen.

Woran liegt das?

► K.S.: Die Zivilgesellschaft ist sehr schwach ausgeprägt. Es gibt relativ wenige öffentliche politische Diskussionen. 1992 ist der Gründungsversuch der Peoples Party, die ein sozial und ökologisch orientiertes Programm hatte, mit 2,3% Stimmenanteil an der 3%-Hürde gescheitert. Linke Politik hat es wegen des verbreiteten Antikommunismus und der Nordkoreafrage schwer.

Wie steht KFEM zu den politischen Systemen in Nord- und Südkorea?

► K.S.: Das fordistische und tayloristische System in Südkorea ist umweltzerstörerisch, aber sehr stabil. Allerdings setzt auch das stalinistische System in Nordkorea auf Schwerindustrie und nimmt keine Rücksicht. Aber das kapitalistische Modell gibt uns mehr Hoffnung, weil durch eine Zivilgesellschaft Veränderungen möglich sind.

► M.E.: Nein, das kapitalistische System in Südkorea hat mehr Umweltzerstörung gebracht. Umwelt ist hier nur ein Produktionsfaktor. Aber was in Nordkorea und auch in der Sowjetunion war, ist nicht wirklicher Kommunismus. Ich persönlich hätte gerne einen Ökosozialismus, wo es einen Ausgleich zwischen Mensch und Natur und arm und reich gibt.

Engagiert sich KFEM auch zu den sozialen Problemen in Südkorea?

► M.E.: Nur bei einzelnen Themen wie z.B. der Luftverschmutzung gibt es eine lose Zusammenarbeit mit Gewerkschaften. Aber diese Kooperation wird stärker, weil die Belastungen an vielen Arbeitsplätzen unerträglich sind. Wir würden 'grüne' und 'rote' Ideen gerne stärker als bisher vereinen. Die Diktatur hat unsere Gesellschaft lange gefangen gehalten. Eigentlich beginnt unsere Bewegung erst jetzt so richtig. Wir müssen noch viele Erfahrungen sammeln.

Das Interview führte Christian Stock

Perma statt Mono
Alternative Landnutzungskonzepte in Zimbabwe

von **Ute Zurmühl**

Über Jahrzehnte hinweg wurde in Zimbabwe Monokultur betrieben. Die Böden sind ausgelaugt, Quellen versiegen, der Bodenertrag geht immer weiter zurück. Seit 1991 wird versucht über Permakultur das Problem zu lösen.

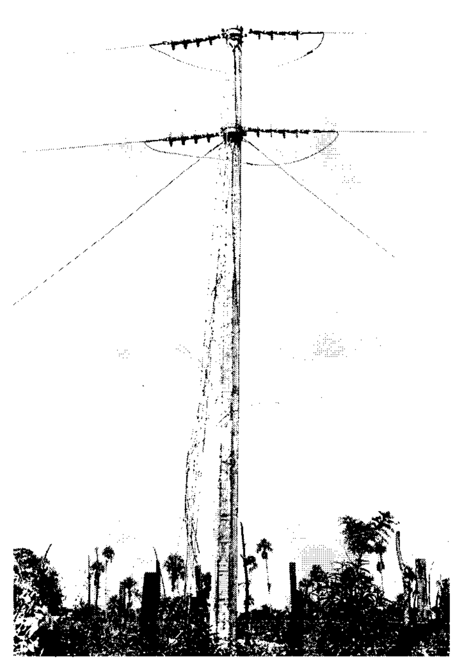
▶ Hohe Berge, auf den ersten Blick fruchtbares Land, überall grün, beim Näherkommen entdeckt man plötzlich karge Hügel und tiefe Erosionsrinnen: Chikukwa – im Osten Zimbabwes, nicht weit von der mosambikanischen Grenze gelegen – ist ein kleines sogenanntes »Communal Land«[1]. Man nähert sich dem Hochtal mit seinen kleinen Seitentälern über eine rauhe, aber befestigte Piste. Der Bus hält im »Geschäftszentrum«, das sind zwei Reihen winziger Läden, einige aus Stein, die meisten aber windschiefe Holzverschläge. Die sechs Dörfer, die zu Chikukwa gehören, sind nicht deutlich voneinander abgegrenzt, verbunden durch Fußpfade, die steil die Hänge hinaufführen und nur schwer begehbar sind. Bis hoch hinauf sind die Hänge mit Mais bepflanzt, der Wald ist in Dorfnähe fast vollständig abgeholzt. Die kargen Hügel sind ehemalige Weideflächen, auf denen heute nichts mehr wächst.

»Wir freuen uns natürlich, wenn der Regen endlich kommt, aber er macht uns auch das Leben schwer; Süßkartoffeln werden weggerissen, Haus und Hof nicht selten überschwemmt. Immer wieder gab es Ärger mit den oberhalb liegenden Nachbarn, da sie durch Gräben das Wasser vom eigenen Hof weggeleitet haben und damit nicht selten die Überflutung der darunterliegenden Höfe, Gärten und Felder verursacht haben. Wir mußten etwas unternehmen, wir sahen unsere Lebensgrundlage bedroht«, so Mai Bi, die Vorsitzende der *Nyuchi Dzakazimba*, der fleißigen Bienen, einer aktiven Umweltgruppe in Chikukwa. Die *Nyuchis* haben sich zusammengeschlossen, um sich dem drohenden Kollaps ihres Tales entgegenzustemmen. Die Umweltschäden waren nicht mehr zu übersehen: Nicht nur Erosionsschäden wurden zu einem massiven Problem, auch ist in den letzten Jahren fast die Hälfte aller Quellen ausgetrocknet. Die vom Monokulturprodukt Mais ausgelaugten Böden geben kaum mehr genug für die Selbstversorgung her. Fruchtbare Erdschichten werden weggewaschen, das Pflanzenwachstum wird immer spärlicher. Das zwingt die Bauern und Bäuerinnen zu immer stärkerem Einsatz von umweltschädigendem Kunstdünger und teurem Saatgut. Ein Teufelskreis, dem die BewohnerInnen von Chikukwa entkommen wollen.

Es waren hauptsächlich Frauen, die sich 1991 zusammenschlossen und nach Lösungen für ihre Probleme suchten. Über 70% der landwirtschaftlichen Betriebe, zwischen 0,3 und 3 Hektar klein, werden hier von Frauen geleitet. Die Männer arbeiten im angrenzenden Staatsforst, auf kommerziellen Großfarmen oder in den weit entfernten Städten. Die tägliche Versorgung der Großfamilie liegt wie in so vielen afrikanischen Ländern mehr oder weniger ausschließlich in der Verantwortung der Frauen. Lösungsansätze fanden die Bäuerinnen bei einem Seminar über *Permakultur*, eine Form von Landwirtschaft, die den bisherigen »modernen, westlichen« Landnutzungskonzepten Alternativen entgegensetzt. Einige der Bäuerinnen ließen sich auf das Experiment ein und stellten Teile ihrer Felder um. Sie hörten auf mit der Monokultur, fort also vom Feld, auf dem bisher nur Mais angebaut wurde, und hin zu einer Mischkultur mit einer für den Außenstehenden verwirrenden Vielfalt von Nutzpflanzen: Mais wird z.B. zusammen mit Bananen, Bohnen und Erbsen, Möhren, Kürbis, Gurken angepflanzt. Da die Felder in z.T. extremer Hanglage liegen, wurden Höhenlinien bestimmt und mit einer schnell wachsenden Grassorte (vertiver grass) befestigt. Mulchen und Kompostieren sowie das Anpflanzen von einheimischen Büschen und Bäumen auf eigenen kleinen Aufforstungsflächen sind weitere Experimentierfelder.

Das Wagnis hat sich gelohnt. Erfolge sind sichtbar. Für ein mehrere Hektar großes Gebiet wurde ein kompliziertes Erosionsprogramm angelegt. Die *Nyuchis* entwickelten ein System von bepflanzten Gräben und Auffangbecken, um die Wucht der in der Regenzeit herabstürzenden Wassermassen zu brechen. In der letzten Regenzeit hat die Anlage die Bewährungsprobe bestanden. Einzäunungen und Aufforstungen der Quelleinzugsgebiete konnten das Versiegen weiterer Quellen verhindern. In jedem Dorf angelegte Baumschulen sorgen für den Nachschub an angepaßten Busch- und Baumsorten.

Heute sind 80 Personen Mitglied im Permaculture Club. Die *Nyuchis* sind eine kleine aktive Gruppe als Teil dieses Clubs, die ihre ganze Energie darauf verwenden, Ideen in die Praxis umzusetzen und mit anschaulichen Beispielen beweisen, daß durch einen anderen Umgang mit der Natur wirkliche Verbesserungen der Lebensbedingungen erreicht werden können. Sie haben sich hierfür Beratung und Unterstützung von außen geholt. Zum einem organisierte das Fambizanai Training Center (ein Ausbildungszentrum, das ein ökologisch, sozial und ökonomisch stimmiges Landnutzungskonzept vermitteln will) mehrere Seminare, zum anderen wurde der Permakulturclub Mitglied beim Natural Farming Network (einem Zusammenschluß von 13 Organisationen, die sich natürlichen Landbaumethoden verschrieben haben). »Wir wollen den Teufelskreis von Markt- und Preisabhängigkeit sowie der Zerstörung der eigenen Lebensgrundlage durchbrechen. In Zimbabwe gab es schon immer nachhaltige Landwirtschaft, ohne daß diese jemals so genannt wurde, nämlich bevor die grüne Revolution unsere Strategien in der Landwirtschaft verändert hat. Bis heute haben aber einige Farmer z.B. ihre einheimischen Samen weiter kultiviert, und wir experimentieren viel damit, um von dem unangepaßten Hybrisaatgut und dem damit verbundenen künstlichen Dünger unabhängiger zu werden«, so Simba Muzuva, der Direktor von Natural Farming Network.



Perma-Kultur? Foto: Sabine Adorf/version

Anmerkung:

1 Communal Land, Gemeindeland, ist das ehemalige »Tribal Trust Land«, trockene, meist wenig fruchtbare Gebiete, in die die schwarze Bevölkerung während der Kolonialzeit abgedrängt wurde. Bis heute hat sich die Landverteilung zwischen schwarzer und weißer Bevölkerung in Zimbabwe nicht entschieden verändert.

▶ **Ute Zurmühl** ist Soziologin und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim WFD (Weltfriedensdienst e.V.).

Die Adivasi und das staatliche (Ge)Waldmonopol

Von heiligen Hainen zur Politischen Ökologie und zurück

von **Hannah Büttner**

In der Debatte um Umwelt- und Ressourcenzerstörung bestimmen naturwissenschaftliche oder ökonomische Erklärungsansätze die Diskussion und das Handeln der Entscheidungsträger. Dabei werden die politischen und sozialen Dimensionen von Umweltzerstörung meist nicht berücksichtigt. Diese Wechselwirkungen von gesellschaftlichen Strukturen und ökologischem Wandel aufzuzeigen und die gängigen Konzepte zu überprüfen, ist das Anliegen der Politischen Ökologie.

»Mittlerweile haben wir keine Rechte mehr über Land oder Wälder. Wir dürfen aus den Wäldern kein Holz nehmen, keine Blätter, kein Bambus. Wir schützen die Wälder, aber heute werden wir als Feinde des Waldes bezeichnet. Die Vertragshändler haben das Recht, soviel aus dem Dschungel zu schlagen, wie sie wollen, sie werden reicher und reicher, während wir in große Schwierigkeiten gebracht werden, wenn wir nur Feuerholz sammeln wollen.«

▶ Dieser Satz stammt von einem Adivasi aus Indien. Die Adivasi sind ethnische Minderheiten, in Indien auch als 'tribes' bezeichnet, von denen es noch circa 70 Millionen gibt. Mit ihren Kulturen und religiösen Praktiken stehen sie außerhalb des hinduistischen Systems und Kastenwesens. Sie haben sich vor den fremden Einflüssen in unzugängliche und dichtbewaldete Bergregionen zurückgezogen, um dort ihre spezielle Lebensweise praktizieren zu können. Mittlerweile jedoch dringen Externe und Vertreter des indischen Staates auch in diese abgelegenen Räume ein, weil sie oftmals reich an natürlichen Ressourcen sind, die als Rohstoffe für die nationale Ökonomie oder die Industrie ausgebeutet werden. Neben wertvollen Holzbeständen wie Teak oder Sal gibt es in den Adivasigebieten auch große Vorräte an Kohle oder Mineralien.

Ressourcen- und Wissenskonflikte

▶ In den Adivasigebieten prallen exemplarisch zwei Welten aufeinander: die bürokratischen und politischen Vertreter des indischen Staates, Geschäftsleute, Holzfirmen und Industrielle treffen dort auf meist abgeschlossene, zurückgezogene Gemeinschaften, die nach eigenen Werten und Regeln leben. Ihre Kultur und ihre Existenz sind auf die Nutzung der Wälder ausgerichtet. Nicht nur Feuerholz für die tägliche Zubereitung der Mahlzeit, sondern auch Nahrung, Viehfutter, Medizin und Baumaterial erhalten sie aus den Wäldern. Als Ausdruck der großen Bedeutung der Bäume für ihre Existenz gibt es eine Vielzahl von Heiligen Hainen. Diese Baumgruppen – es gibt sie in unterschiedlicher Ausdehnung – spielen als Sitz der Götter sowie als Ort gemeinsamer Feste und Entscheidungen eine zentrale Rolle für die Gemeinschaft. Aus den Hainen dürfen kein Holz und keine Pflanzen entnommen werden. Deshalb enthalten sie in der Regel wertvolle und vielfältige Vegetationsbestände und haben aus ökologischer Perspektive eine wichtige Funktion als genetisches Regenerationspotential für die Umwelt.

Die Konfrontation mit dem indischen Staat, die ihren Anfang bereits in der Kolonialzeit nahm, ist für die Adivasi mit einer anhaltenden Verdrängung und Entrechtung verbunden. Dabei spielt die Forstpolitik eine zentrale Rolle: Die Wälder wurden zu Staatseigentum erklärt und der Staat übernahm das Monopol über Nutzung und Management der Wälder. Das System der *»scientific forestry«*, der wissenschaftlichen Forstbewirtschaftung, ist seitdem das alleingültige Prinzip; die traditionellen Nutzungs- und Wissenssysteme der Adivasi wurden gleichzeitig als irrational und schädlich abgetan.

Seit der Verstaatlichung der Wälder ist es ein Vergehen, wenn die Adivasi so wie früher ihren täglichen Bedarf aus ihnen decken. *»Sobald ein Adivasi den Wald mit Pfeil und Bogen betritt, übertritt er das Gesetz. Wenn sein Vieh, wie üblich, im Wald weidet, verletzt er das Gesetz und seine Tiere können konfisziert werden. [...] Nachdem man es ihnen unmöglich gemacht hat, die Gesetze zu befolgen, kommt der Staat und bestraft die Adivasi dafür, daß sie sie übertreten.«* [1]

»Als ich klein war, stand hier noch dichter Wald mit vielen Tieren und es war deshalb zu gefährlich alleine hindurchzulaufen«, erläutert mein Begleiter, ein circa 60-jähriger Santal aus dem nordindischen Bundesstaat West-Bengalen, als wir auf einem staubigen Pfad unter sengender Sonne durch eine karge Buschlandschaft zum nächsten Dorf gehen. Nur noch vereinzelte Bäume geben Zeugnis von dem dichten Monsunwald, der hier einst stand. Nach den Ursachen gefragt, weist er auf die ausweglose Situation der Adivasi hin, die oftmals keine andere Überlebensmöglichkeit haben, als illegal das Holz aus den Wäldern zu schlagen und auf lokalen Märkten oder an Holzhändler zu verkaufen. Und die Forstbehörden? Das Verhältnis zwischen Adivasi und Forstbehörden ist denkbar schlecht. Die Forstbeamten sind berüchtigt für ihre Korruption und Gewalt im Umgang mit Adivasi, wenn sie sie bei illegalem Fällen erwischen. Ihre heiligen Haine, die oftmals die wertvollsten – weil ältesten – Bäume enthielten, sind unter der Verstaatlichung kommerziellen Interessen zum Opfer gefallen.

»Feinde des Waldes«

▶ Die Adivasi haben sich immer wieder in gewaltsamen Aufständen gegen die staatliche Unterdrückung gewehrt, Forstbungalows und Pflanzungen angezündet. In Jharkand hat sich eine Unabhängigkeitsbewegung entwickelt, die auch die Rechte der Adivasi am Wald einfordert, wobei die spezifische Adivasi-Identät mit dem Wald verknüpft wird. Die Kontrolle über die Wälder ist zum Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen geworden.

Die Wälder haben mittlerweile so gravierend abgenommen, daß die Forstbehörden nun in Legitimationsschwierigkeiten geraten und über neue Wege der Forstpolitik nachdenken müssen, wollen sie nicht ihre letzten Wälder verlieren. Entscheidend bei diesen Überlegungen ist, welche Ursachen für den Schwund der Wälder zugrundegelegt werden. Die Beantwortung dieser Frage bestimmt, welche Lösung letztlich angestrebt und umgesetzt wird. Bisher galt von offizieller Seite aus jenes Paradigma, das die lokale Bevölkerung für die zerstörerische Nutzungspraxis verantwortlich machte. Daraus wurde die Notwendigkeit restriktiver Forstbewirtschaftung abgeleitet und »wissenschaftlich« legitimiert – mit den oben dargestellten Konsequenzen.

Dabei hatten die Forstbehörden jedoch »übersehen«, daß die Entfremdung der Bevölkerung von den Wäldern gerade durch deren Verstaatlichung ausgelöst wurde, weil die traditionellen, schonenden Waldnutzungssysteme durch diesen Schritt delegitimiert und zerstört wurden und damit den Menschen die Motivation entzogen wurde, die Wälder schonend zu nutzen. Die Forstbehörden beanspruchten das Monopol, den Wald zu schützen und darüber auch am besten Bescheid zu wissen; diejenigen, die seit Jahrhunderten die Wälder zu nutzen verstanden, wurden auf diese Weise zu Feinden des Waldes erklärt und ausgeschlossen.



Fremdelnder Forst...

Die desolate Situation der indischen Wälder (nach über 100 Jahren »scientific forestry« ist Indien nur noch zu ca. 11% bewaldet[2]) macht deutlich, daß die staatliche Kontrolle den Wald vor Zerstörung nicht schützen konnte – im Gegenteil, zu seiner Zerstörung beitrug. Wie konnte es dazu kommen? Was sind die Ursachen für die Persistenz dieses Systems, das die Bedürfnisse der lokalen Nutzer auf fatale Weise übergeht? Welche gesellschaftlichen Bedingungen liegen dieser Waldzerstörung zugrunde und wie bestimmen sie den Umgang mit den Ressourcen, das Verhältnis zur Natur?

Neutral, rational, unsozial

► Der Ansatz der Politischen Ökologie entstand aus einer Kritik an jenen herrschenden Erklärungsansätzen, die in den letzten Dekaden das umweltrelevante Handeln der politischen Entscheidungsträger bestimmt haben. Ein wichtiger Ansatz, der lange Zeit das Denken und Handeln prägte, ist das seit den 60er Jahren populär gewordene Konzept von der vielzitierten *»tragedy of the commons«*. Es besagt in etwa, daß jeder für sich selbst rational die Ressourcen nutzt, dabei jedoch die Gemeinschaft schädigt. Beliebtes Beispiel hierfür waren Überweidung und Übernutzung der Böden. Dieses Konzept lieferte das zentrale Argument mit dem die Bevölkerung vom Ressourcenmanagement ausgeschlossen und die Notwendigkeit einer ausschließlich staatlichen Regelung begründet wurde. Andere Erklärungsansätze verweisen auf das Bevölkerungswachstum oder machen »irrationale Landnutzungstechniken der Bauern« für die Zerstörung der Ressourcen verantwortlich. Diese These hat ganz besonders in Entwicklungsländern Folgen gehabt, weil dort ein hoher Anteil der Bevölkerung noch mit den natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Wald ihre Existenz sichert.

Im Laufe der letzten Jahre ist jedoch ein stärkeres Bewußtsein dafür entstanden, daß die westliche Wissenschaft so neutral und rational nicht ist, und daß ihre Erklärungsansätze nur einige unter vielen anderen möglichen sind. Der Hintergrund für diese Entwicklung ergibt sich u.a. aus der erweiterten Kennntnis indigener Nutzungssysteme oder dem Einfluß postmoderner Philosophie. Sie haben dazu beigetragen, daß die Konzepte zum Thema Umwelt und Natur kritisch unter die Lupe genommen und als soziale Konstruktionen mit einem spezifischen Entstehungskontext betrachtet werden. Dabei rückt die Frage in den Vordergrund, wie sich bestimmte Sichtweisen durchsetzen konnten – insbesondere jene, die erkanntermaßen zur Erklärung und Verhinderung von Umweltzerstörung nur wenig beitragen konnten, wie beispielsweise das oben erwähnte Konzept der *»tragedy of the commons«*, das nicht nur die indische Forstpolitik bestimmte.

Für die Politische Ökologie ist nicht nur die Frage von Bedeutung, wie und weshalb bestimmte Konzepte sich durchsetzen konnten, sondern auch, welche Folgen das aus ihnen resultierende Handeln für verschiedene Gruppen hat. Dieser Ansatz beruht auf der Beobachtung, daß weder Umweltzerstörung noch Umweltschutzprogramme sozial neutral sind. Vielmehr sind es oftmals gerade die sozial schwächsten und marginalisiertesten Gruppen, die den Umweltproblemen am wenigsten ausweichen können. Hierzulande sind das z.B. die Gruppen, die am stärksten Industrieemissionen ausgesetzt sind, in Indien sind es oft die Adivasi, die zum einen auf die Wälder zur Existenzsicherung angewiesen und dadurch am meisten unter ihrer Zerstörung zu leiden haben, weil das Nahrungs- und Feuerholzangebot abnimmt. Zum anderen sind sie auch besonders von Maßnahmen betroffen, die sie im Namen des Waldschutzes von der Waldnutzung ausschließen ohne ihnen Alternativen zu bieten. So ist es nicht verwunderlich, daß es einigen Adivasi so scheint, als ob der Staat sie unter dem Vorwand des Waldschutzes zu unterdrücken sucht.

Vielfalt der Handlungsrationalitäten

► Die beiden Aspekte – soziale Bedingtheit der Erklärungen und soziale Bedingtheit der Auswirkungen – zu beleuchten, sind zentrale Anliegen der Politischen Ökologie. Eine grundlegende Prämisse der Politischen Ökologie ist es, die Vielfalt der Sichtweisen und Interessen der verschiedenen Gruppen oder Akteure transparent zu machen. Einer der wissenschaftlichen Pioniere der Politischen Ökologie, Piers Blaikie, betont die Notwendigkeit, dabei Verständnis für Alltagspraxis und -rationalität zu entwickeln, denn nur so könne wissenschaftliches Denken *»im wahrsten Sinne des Wortes auf die Erde gebracht werden.«* [3]

Das bedeutet, die verschiedenen Realitäten zunächst zu akzeptieren – die des Forstbeamten, der aus seiner Sicht rational handelt ebenso wie die des Geschäftsmannes, der aus seiner Sicht den Adivasi Arbeit und Einkommen verschafft – was aus der Perspektive eines Beobachters eher als Ausnutzung der desolaten Situation der Adivasi für eigene kommerzielle Interessen erscheinen dürfte. Jede der beteiligten Personen nutzt die Situation gemäß ihren Interessen, ihrem »persönlichen Projekt«.

Ebenso entscheidend wie die verschiedenen Sichtweisen der Akteure, die z.B. um eine Ressource konkurrieren, sind ihre unterschiedlichen Handlungsspielräume und Machtposi-



...oder wissender Wald? Fotos: Sabine Adorf/version

tionen. Der indische Staat beispielsweise kann aufgrund seines Wissensmonopols eine »Entwicklung der tribes« als Legitimation für deren Vertreibung durch Projekte vorschieben sowie die Delegitimierung der Adivasi-Nutzungssysteme begründen. Einzelne Politiker können ihre Verfügungsgewalt über die Ressourcen dazu nutzen, sich z.B. durch Zugeständnisse an Industrie und Stadtbevölkerung, ihre Macht zu sichern. Die Interessen von Industrie, Politik und Bürokratie arbeiten dabei in einem »eisernen Dreieck« zusammen. Den politisch-ökonomisch marginalisierten Adivasi bleibt wenig anderes übrig, als das Gesetz zu übertreten um sich zu versorgen oder gegen Hungerlöhne als illegale Holzfäller zu verdingen. Ohne Zugang zu Macht und Entscheidungsbefugnis haben sie kaum eine Chance, gegenüber dieser Interessenkooperation ihre Handlungspielräume zu erweitern.

Etablierung eines Forschungsansatzes

► Anstoß für die Etablierung der Politischen Ökologie als Forschungsansatz war die Notwendigkeit, die Verflechtungen von Weltmarktdynamik, gewandelter Ressourcennutzung und lokalem Umweltwandel zu erfassen. Um diese Zusammenhänge zu beleuchten, mußte die Grenze zwischen Naturwissenschaften und Sozialwissenschaften, zwischen quantitativ positivistisch orientierten und qualitiatv interpretierenden Disziplinen betreten werden.

Die Grundlagen der politischen Ökologie beruhten zunächst auf ökologisch orientierten Sozialwissenschaften sowie den Prinzipien der politischen Ökonomie, mit denen insbesondere die ökonomischen und politischen Dimensionen von Umweltwandel erforscht wurden. Diese Grundlagen wurden erweitert durch die Entwicklungen in der postmodernen Sozialwissenschaft, wodurch der Aspekt der verschiedenen Realitäten und Wahrnehmungen Eingang in das Konzept der Politischen Ökologie fand.

In Abgrenzung zu umweltpolitischen Untersuchungen, die dafür (inter-)nationales Recht und Politik sowie ihre Instrumente analysieren, setzt die Politische Ökologie *empirisch* an den Schnittstellen zwischen Staat und Gesellschaft an und untersucht sowohl die lokale Entscheidungssituation als auch ihre Verflechtungen auf verschiedenen Ebenen. Nicht nur die Sozialwissenschaften wie Ethnologie, Soziologie oder (Kultur)Geographie, sondern auch naturwissenschaftliche Disziplinen wie Bodenkunde, Hydrologie und Geomorphologie müßten am Projekt der Politischen Ökologie beteiligt werden – der Konjunktiv an dieser Stelle soll auf noch offene Betätigungsfelder verweisen...

Die Politische Ökologie ist ein noch in der Diskussion befindlicher Ansatz, weshalb es *die* Politische Ökologie nicht gibt. Vielmehr können unter dem Begriff je nach Kontext verschiedene Aspekte angesprochen sein. Und die erste Verwendung des Begriffes[4] hat mit dem hier erläuterten Konzept nur sehr wenig zu tun.

Bei der Eingrenzung des Begriffs 'Politische Ökologie' stößt man auf zwei Schwierigkeiten: Erstens besteht Verwechslungsgefahr mit ähnlich klingenden Konzepten wie »Kultur-, Sozial- und Humanökologie« sowie mit dem der Politischen Ökonomie. Letztere spielt auch eine große Rolle für die Politische Ökologie, unterscheidet sich jedoch von ihr durch Fokus und Ansatz.

Zweitens unterscheiden sich die Schwerpunkte der Politischen Ökologie für Industrieländer von jenen für Entwicklungsländer. So stehen in den Industrieländern neben philosophisch-grundsätzlichen Überlegungen zum Verhältnis Mensch-Natur oftmals praxisbezogene Aspekte im Vordergrund. Eine zentrale Frage ist beispielsweise, mit welchen Instrumenten eine ökologisch orientierte Politik umgesetzt werden kann. Im Hinblick auf Entwicklungsländer stehen eher die Verflechtungen und lokalen Auswirkungen von Ressourcenzerstörung im Zentrum der Untersuchungen; u.a. deshalb, weil dort noch viel mehr Menschen unmittelbar auf natürliche Ressourcen zur Existenzsicherung angewiesen sind.

Der Ansatz

► In den 90er Jahren wurden von verschiedenen angelsächsischen Wissenschaftlern, wie Piers Blaikie, Richard Peet und Michael Watts sowie Raymond Bryant[5] verstärkte Anstrengungen unternommen, um eine zukunftsweisende Agenda für die Politische Ökologie aufzustellen. Folgende Punkte gelten als zentrale Aspekte:

- Die Verflechtung der verschiedenen Handlungsebenen: lokal, national, international.
- Die Rolle von Institutionen, Wissenschaft bzw. die Politik wissenschaftlicher Information.
- Die Konflikte, Interessen, Machtrelationen und Handlungsspielräume der Akteure.
- Die Inhalte und Positionen konkurrierender Wissenssysteme.

Wenn man diese Themen nach den jeweiligen Untersuchungsebenen aufschlüsselt, ergeben sich konkrete Ansatzpunkte für eine Untersuchung. Die folgende Auflistung soll einen Einblick geben – sie ist nicht vollständig:

- Die Rolle der internationalen Politik und Wirtschaft, sowie die der globalen Umweltdiskurse. Am Beispiel Indiens wäre hier z.B. der Einfluß der internationalen Umweltdebatte anzuführen, die auf dem Weg über NGOs Einfluß auf die nationale Umweltpolitik nimmt.
- Auf nationaler Ebene ist die Rolle des Staates entscheidend: wie er Zugang und Ausschluß von Ressourcen regelt und in welchem politisch-ökonomischen Kontext er handelt. So kann man die Situation der Forstpolitik in Indien nur verstehen, wenn die nationale Situation nach der Unabhängigkeit die gewählten Entwicklungswege etc. berücksichtigt werden.
- Auf regional/lokaler Ebene ist die Struktur der jeweiligen Agrargesellschaft von Bedeutung, d.h. Landrechte, Arbeitsteilung und Organisation etc. Auch Fragen nach lokalen Entscheidungsträgern, Identitäten, Rollen etc. sind relevant.
- Lokale Geschichte(n) und lokalspezifischer Umweltkontext sind wichtig, da sie die Dimensionen und oftmals erst die Hintergründe für den Umweltwandel erschließen.
- Die jeweiligen lokalen Ressourcen-Nutzungssysteme, lokales Wissen und Technologie müssen berücksichtigt werden.
- Ferner können lokale Auseinandersetzungen sowie Strategien, Ziele und Handlungsspielräume der beteiligten Akteure untersucht werden. In diesem Zusammenhang ist die Thematik der sozialen Bewegungen ebenfalls von Bedeutung. Im Hinblick auf ethnische Minderheiten ist ferner die Frage nach Zusammenhängen von ethnischer Zugehörigkeit und Ausgesetztheit gegenüber Umweltrisiken ein Thema – das Beispiel aus Indien verweist bereits darauf.

Die Vorgehensweise

► Aus dem Ansatz kann eine mehrstufige Vorgehensweise abgeleitet werden, die quer durch die Ebenen führt. Sie kann beinhalten:

- Die Erfassung der physischen Symptome, d.h. den Zustand von Vegetation, Boden etc. mit Hilfe von Luftbildern, Satellitenaufnahmen oder mündlichen Berichten über längeren Zeitraum. Als Problem ergibt sich die eindeutige Feststellung anthropologisch verursachter Veränderungen.
- Die ökonomischen Symptome: Ertragsminderungen etc. Hier besteht oftmals das Problem, daß die Zusammenhänge nicht eindeutig nachweisbar sind, und daß staatliche Interpretation und Politik eine entscheidende Rolle spielen.
- Die Landnutzungspraktiken und ihre Auswirkungen auf Wasser und Boden.
- Das Ressourcenmanagement, lokales Wissen und die Technologie vor Ort sowie die Organisation der Agrargesellschaft, Land- und Nutzungsrechte.
- Schließlich die staatliche Politik und Gesetzgebung, sowie die Rolle internationaler Beziehungen.

Ein grundsätzliches Problem von politisch-ökologischen Untersuchungen besteht darin, die Zusammenhänge zwischen politischen, sozialen oder ökonomischen Prozessen und Umweltwandel zu operationalisieren und nachzuweisen. Toxische Emissionen und ihre Wirkungen auf den Menschen lassen sich in der Regel noch auf positivistischem Wege nachweisen – im Fall von Konzepten wie Biodiversität oder Degradation ist die Lage schon unklarer: Sie sind nicht nur schwer zu fassen in ihren Wirkungen, sondern oftmals auch noch ideologisch belegt.

Von der Lage in Indien...

► »*Wir haben jetzt viel mehr Selbstvertrauen als früher – und wir haben erfahren, daß Lernen und Austausch wichtige Voraussetzungen für Veränderungen sind...*«, erzählt eine Adivasifrau von ihren Erfahrungen mit der neuen Forstpolitik in West-Bengalen.[6]

Dort ist eine Entwicklung in Gang gekommen, zu der die Politische Ökologie zwar in keiner Weise beigetragen, die jedoch ein anschauliches Beispiel dafür liefern kann, worauf es dem Ansatz ankommt: die Berücksichtigung der sozialen und politischen Dimensionen von Ressourcenzerstörung.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben in West-Bengalen einzelne Forstbeamte die Notlage der Adivasi erkannt und begriffen, daß sie nur mit deren Kooperation die Zerstörung der Wälder aufhalten können. Die Existenz der Adivasi wird zunehmend nicht mehr nur als Problem, sondern auch als Teil eines Lösungsweges gesehen. So werden in immer mehr Dörfern sog. Waldschutzkommitees initiiert, die die Wälder schützen und dafür bestimmte Nutzungsrechte zuerkannt bekommen. Diese Komitees müssen mit dem lokalen Forstbeamten zusammenarbeiten – und er mit ihnen. Der Prozeß ist ziemlich beschwerlich, stellt er doch bisherige Konzepte und Konstellationen von Forstbeamten und Adivasi auf den Kopf. Doch in den Dörfern, wo die Kooperation gut funktioniert, konnte sich nicht nur der Wald regenerieren, sondern auch die Existenz und darüber hinaus die Organisationsfähigkeit der Dorfmitglieder verbessern; im aufgezeigten Beispiel haben die Frauen die Komiteeorganisation übernommen und sich eigene Einkommensquellen und Zukunftserspektiven erschlossen.

Ob diese Forstpolitik, die im Gegensatz zu ihren Vorgängern die Menschen als Bestandteil – nicht als Feinde – des Ökosystems Wald betrachtet beibehalten wird, ist jedoch fraglich. Ein neuer Gestzesentwurf, der die lokalen Entscheidungsmöglichkeiten wieder einschränkt, ist bereits im Umlauf.

...zur Leistung der Politischen Ökologie

► Mit dem Ansatz der Politischen Ökologie sollte der Blick geschärft werden für die politischen Hintergründe und sozialen Auswirkungen von Umweltzerstörung. Die besondere Leistung kann zum einen darin bestehen, herrschende Paradigmen empirisch zu überprüfen und die meist komplexeren Prozesse, die zu Umweltzerstörung führen, transparent zu machen.

Zum anderen können Analyse und Verständnis von Alltagspraxis beteiligter Akteure ihre Rationalitäten, Bewertungen und Handlungsspielräume deutlich werden lassen. Werden diese differenzierteren Erkenntnisse den gängigen, oftmals zugunsten bestimmter Gruppen wirkenden Konzepten entgegengehalten, können im günstigsten Fall neue Verhandlungsräume geöffnet werden. Im genannten Beispiel aus Indien kam ein Verständigungsprozeß durch die akute Notlage der Wälder in Gang. Langfristig könnten die Erkenntnisse der Politischen Ökologie dazu beitragen, bei solchen Verhandlungsprozessen die vielfältigen Positionen und Sichtweisen der beteiligten Gruppen zu vermitteln. Und auch für die Projektpraxis könnte die Politische Ökologie von Interesse sein. Viele Entwicklungs- oder Umweltschutzprojekte sind schließlich deshalb fehlgeschlagen, weil ihnen falsche Prämissen über Umwelt und Gesellschaft zugrunde lagen.

Anmerkungen:

1 P. Sainath 1994: »Desperate Peoples. The vanishing world of India's tribes.« in: Frontline Jan. 28 S. 79-81.

2 Hier muß auf die Problematik der Erfassung der Waldbestände hingewiesen werden, denn zum einen weicht die Definition dessen, was als Wald bezeichnet wird, mitunter erheblich voneinander ab; zum anderen spielt die Wahl des jeweiligen Bezugszeitraumes für die Einschätzung der Waldverluste eine wichtige Rolle.

3 Piers Blaikie 1995: »Changing Environment or Changing Views?« in: Geography Vol. 80 (3), No.348, S.203-214, hier: S.208

4 Nach Atkinson (1991: »Principles of Political Ecology.« London. S.11) wurde der Begriff erstmals von Heberle verwendet, der 1951 den Einfluß von lokalen Einflüssen auf das Wahlverhalten untersuchte.

5 Literatur:
- Piers Blaikie 1994: »Political Ecology in the 1990s: An evolving view of nature and society.« CASID Distinguished Speaker Series No. 13. Michigan.
- Richard Peet / Michael Watts 1993: »Introduction: Development Theory and Environment in an Age of Market Triumphalism«. in: Economic Geography, Vol.69, No.3, S.227-253.
- Raymond L. Bryant 1992: »Political Ecology. An emerging research agenda in Third-World studies.« in: Political Geography Vol.11, No.1, S.12-36.

6 Hierbei handelt es sich um das »Joint-Forest-Management-Project«, das in West-Bengalen von einzelnen Forstbeamten initiiert, und seit 1989 zur offiziellen Forstpolitik in West-Bengalen erklärt wurde. Es dient mittlerweile als Modell für die anderen indischen Bundesstaaten.

► **Hannah Büttner** promoviert zur Zeit am Südasien-Institut in Heidelberg.

Publikationen zum Thema Ökologie

von **Christian Stock** und **Eva Zányi**

'Rechte Ökologie'

▶ Ökologie wird in der bundesdeutschen Öffentlichkeit meist als ein von der politischen Linken besetztes Politikfeld angesehen. Die radikale Linke hingegen ist dem Thema immer mit einer gewissen Distanz begegnet, weil sie Natur- und Umweltschutz mit Heimattümelei, Rassenlehren oder Ökoimperialismus verband. Wie sehr diese Sichtweise berechtigt ist, weist Oliver Geden in seinem informativen Buch 'Rechte Ökologie' nach. Für Geden, BUND-Mitarbeiter, hat 'rechte Ökologie' den Zweck, »eine antiemanzipatorische Politik zu legitimieren« und die »Einbindung des Menschen in gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse (wieder-)herzustellen«. Geden wirft einen tiefen Blick in die Geschichte der Ökologie – von ihren Grundlagen in der klassischen Naturgeschichte im 18. Jahrhundert über Rudolf Steiners Rassenlehre bis hin zu Herbert Gruhls Ideen einer Ökodiktatur. Die Tradition des konservativen bis faschistischen Gedankenguts wirkt bis heute: Die Verknüpfung von ökologischen Fragen mit der angeblichen 'Überbevölkerung', die 'Ökologisierung' der Asylfrage oder biologistische Argumentationsmuster finden sich nicht nur in der Neuen Rechten, sondern z.T. auch in Publikationen des BUND. Dessen Vorsitzender Hubert Weinzierl tut sich nicht nur durch inhaltliche, sondern auch durch sprachlich mehr als zweifelhafte Äußerungen hervor wie: »Unsere Art ist 'ausgebrochen', sie quillt über die Grenzen eines zumutbaren und gesunden Lebensraumes hinaus.«

Anders als manche KritikerInnen des 'Ökofaschismus' argumentiert Geden meistens differenziert, will z.B. den BUND nicht als ganzes in die rechte Ecke stellen, sondern nur dessen rechten Flügel. Ihm geht es darum, Ökologie und Umweltschutz nicht den neuen alten Rechten kampflos zu überlassen, sondern untrennbar mit emanzipatorischen Ansätzen zu verbinden. Wer sich schon intensiv mit der fatalen Nähe von Ökologie und rechten Ideologien auseinandergesetzt hat, wird von Geden vermutlich nicht viel Neues erfahren. Allen anderen sei das gut recherchierte Buch angesichts einer zunehmend autoritär orientierten Umweltpolitik, die Umweltprobleme durch Grünhelmeinsätze und Einwanderungsstopps zu lösen trachtet, dringend empfohlen.

▶ *Oliver Geden, Rechte Ökologie – Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Elefanten Press, Berlin 1996, 252 S., DM 29.-.*

Natur-Macht-Ökonomie

▶ Um die von Geden vermißte emanzipatorische Orientierung ökologischer Politik geht es der Zeitschrift 'links' in ihrem Themenschwerpunkt 'Natur-Macht-Ökonomie'. Die links-Redaktion, eine undogmatische Gruppe radikaler Linker, die sich unter dem Dach des 'Sozialistischen Büros' zusammengefunden hat, konstatiert in ihrem Editorial: »... die Möglichkeiten der Politisierung des zerstörerischen Verhältnisses von kapitalistischer Gesellschaft und Natur (...) sind nicht besonders gut, wenn als Ursachen der Naturzerstörung nicht konkrete soziale Verhältnisse und Interessen benannt werden, sondern der 'Industrialismus', 'die Ökonomie' oder – mit dem aufgeklärten Blick für's globale Ganze – 'die Bevölkerungsexplosion'«. Für die links-Redaktion und ihre Autoren ist klar, daß sich emanzipatorische Öko-Politik weder technokratischen Lösungen einer 'Effizienzrevolution' noch der Installierung rot-grüner Machtverhältnisse verschreiben darf. Denn die Erfahrung der letzten Jahre zeige, daß ein gesellschaftliches 'Steuerungszentrum' wie der Staat kaum grundlegende Veränderungen herbeiführen könne.

Christoph Görg analysiert in seinem Beitrag, wie die ökologische Krisenerfahrung umgedreht wird und statt zu einem Ausstieg aus der kapitalistischen Wachstumsdynamik hin zu einem neuen Innovations- und Wachstumsschub führt. Damit werde unter ökologischen Vorzeichen ein Produktivkraftoptimismus verbreitet, der über den des alten Marx weit hinausgehe. Oliver Brüchert thematisiert, wie die Kulturindustrie den Marktwert der ökologischen Frage entdeckte, und warum dies durch die Spaltung der Welt in 'Natur' und 'Kultur' in der bürgerlichen Vergesellschaftung nicht anders hat kommen können. Steffen Becker und Ulrich Brand skizzieren die Konturen eines metropolitanen Ökokapitalismus, der sozial-ökologische Ansprüche selektiv in herrschende Produktions- und Konsummuster integriert, solange sie den klassischen kapitalistischen Rationalisierungskalkülen entgegenkommen.

▶ *links – Sozialistische Zeitung Nr. 314/315 (Juli-August 1996), 13.- DM, Bezug: Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach.*

Seeing the people behind the trees

▶ Auf einer weniger theoretischen Ebene leistet ein ASA-Studienband einen Beitrag zu sozial-ökologischen Fragestellungen. Hier geht es um die entwicklungs- und umweltpolitisch hochaktuelle Debatte um Waldnutzung, Ressourcenmanagement und Naturschutz. Der allegorisch gewählte Titel 'Seeing the people behind the trees' zeigt, daß nicht der rapide Rückgang der Tropenwälder, sondern die von diesen Wäldern existentiell abhängigen Menschen im Vordergrund stehen. Der einleitende Text von M. Rademaker analysiert zwei internationale Konzepte zu Waldschutz und -nutzung und kommt zu dem vernichtenden Ergebnis, daß durch sie Waldzerstörung eher gefördert als gehemmt wird und Lebensräume indigener Gruppen eingeschränkt werden. Die folgenden elf Einzelbeiträge untersuchen, wie sich die Forstpolitiken verschiedener Länder der Dritten Welt unterstützt von externen Einflüssen über die lokalen Sozialstrukturen hinwegsetzen und so die weitere Verarmung ohnehin schon marginalisierter Bevölkerungsgruppen bewirken. Berichte über allbekannte bedrohte Tropenwaldregionen und indigene Gruppen, etwa Amazonas und die Yanomani, sind bewußt vermieden worden. Die Beiträge leisten gründliche Ursachenanalysen, um die Komplexität der Probleme zu verdeutlichen. 'Lösungen' werden nur ansatzweise präsentiert – wohl mit Absicht, denn das Anliegen der Autoren ist, einfache Lösungen und »moderne Märchen« wie z.B. das von der angeblich so nachhaltigen Forstwirtschaft durch Teakplantagen nachhaltig zu hinterfragen. Das Buch ist sowohl für Einsteiger in die Tropenwaldproblematik wie für 'Fortgeschrittene' aufschlußreich.

▶ *Mario Kahl u.a., Seeing the people behind the trees, ASA-Studien 28, Verlag für Entwicklungspolitik Breitenbach, Saarbrücken 1995, 273 S., DM 44,-.*



Chicken Game
Globale Umweltpolitik zwischen Nord und Süd

Foto: Herby Sachs/version

von **Frank Biermann**

Vor viereinhalb Jahren gelobten die Regierungschefs der Industrieländer in Rio de Janeiro, daß es »gerecht« zugehen soll bei der Lösung der globalen Umweltkrise. Manche zweifeln daran: Vertreter des Südens warnen vor »Handelskriegen per Umweltverordnung« und einer Weltumweltpolitik, mit der dem Süden jegliche Entwicklungschance genommen wird. Muß der Süden die Zeche der vergangenen und gegenwärtigen Umweltsünden des Nordens bezahlen, oder ist eine gerechte Weltumweltpolitik möglich?

► Als »Musterbeispiel« einer gerechten und zugleich effektiven internationalen Umweltpolitik gelten die Verträge zum Schutz der stratosphärischen Ozonschicht. Als sich im Dezember 1995 die Diplomaten in Wien zum zehnjährigen Jahrestag des »Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht« versammelten, war ihr Selbstlob überschwenglich: Das Ozonregime sei ein Erfolg, weil es auf der »Partnerschaft zwischen Entwicklungs- und entwickelten Ländern, mit gemeinsamen und doch anders gelagerten Verantwortlichkeiten« gründe, einschließlich einer »ausgeglichenen und gerechten Verteilung der Bemühungen und Verpflichtungen« zwischen Nord und Süd.

Das Ozonregime ist in der Tat einzigartig und enthält zahlreiche Elemente eines vergleichsweise gerechten Nord-Süd-Ausgleichs in der Weltumweltpolitik. Es stellt sich jedoch die Frage, ob sich dieses »Modell« übertragen läßt, beispielsweise auf die Entwicklung des Regimes zum Schutz des Weltklimas. Immerhin wurde das »Modell Ozon« durch eine Reihe von Sonderheiten begünstigt. Auch haben die Industrieländer das vergleichsweise »südfreundliche« Ozonregime nicht einfach so akzeptiert – es bedurfte langjähriger zwischenstaatlicher Verhandlungen, bis Nord und Süd sich 1990 einigen konnten.

Was ist neu und möglicherweise wegweisend in der Ozonpolitik? Zunächst fällt die Differenzierung der Pflichten auf. Für Entwicklungsländer gelten andere Reduktionszeitpläne: Sie dürfen die allgemeinen Fristen um zehn Jahre verschieben. Die Bedingungen, die an dieses Verzögerungsprivileg geknüpft wurden, sind denkbar lax: Der Begriff »Entwicklungsländer« schloß in der nachfolgenden Praxis alle Staaten der Gruppe der 77 sowie China und gar die Türkei ein. Zwar schiebt das Protokoll Entwicklungsländer, die pro Kopf und Jahr mehr als 300 Gramm Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) verbrauchen, in die Gruppe der Industrieländer – dieser Schwellenwert ist aber derart hoch, daß er nur einige wenige Staaten des Südens dem Rechtsstatus der Industrieländer unterwarf und zur Zeit nur noch von fünf Entwicklungsländern überschritten wird.

Nun sind Sonderklauseln für Entwicklungsländer nichts neues – es gibt Privilegien für einzelne südliche Länder auch im GATT oder in den Lomé-Verträgen zwischen der EU und den AKP-Staaten. Der Unterschied zwischen Handelsrecht und dem Ozonvertrag liegt in der Definitionsmacht: Während die Handelszugeständnisse von den Industrieländern jeweils nach innenpolitischer oder außenpolitischer Großwetterlage zugestanden werden und jederzeit wieder zurückgezogen werden können, entscheidet über die Privilegien im Ozonregime die Konferenz der Vertragsstaaten – und hier haben die Entwicklungsländer seit 1990 de facto ein Vetorecht.

Vetorecht und paritätische Entscheidungsverfahren

► Bislang gab es, grob betrachtet, zwei Formen von Entscheidungsverfahren in internationalen Gremien: Entweder gilt der Ein-Land-eine-Stimme-Modus – dann sind die Entscheidungen in der Regel nicht bindend oder ohne praktische Bedeutung, wie in der UN-Generalversammlung und der UNCTAD. Oder die Stimmen sind zugunsten der Industrieländer gewichtet, wie in der Weltbank, dem IWF oder dem UN-Sicherheitsrat. Die im Ozonregime 1990 von Entwicklungsländern durchgesetzten Entscheidungsverfahren sind anders: Um die Reduktionszeitpläne zu verschärfen, müssen zwei Drittel aller Vertragsparteien diesem zustimmen, und diese qualifizierte Mehrheit muß die einfache Mehrheit der Entwicklungsländer und die einfache Mehrheit der Industrieländer einschließen. Im Ozonregime gelten somit paritätische Entscheidungsverfahren, in denen Nord und Süd jeweils Vetorechte haben.

1990 wurde zudem eine andere wichtige Revision des Vertrages vorgenommen: Die unverbindlichen Klauseln über Nord-Süd-Finanztransfers wurden geändert, und die Industrieländer verpflichteten sich bindend, nun die »vollen vereinbarten Mehrkosten« zu tragen, die in Entwicklungsländern durch den FCKW-Ausstieg entstehen. Außerdem sollen FCKW-freie Technologien seit 1990 »schnellstmöglich und unter gerechten und sehr günstigen Bedingungen« in den Süden transferiert wer-

den. Wenn man sich die Umsetzung dieser völkerrechtlichen Pflichten des Nordens betrachtet, zeigt sich, daß die Industrieländer ihnen bislang weitgehend nachgekommen sind. Etwa dreißig Prozent der FCKW-Nutzung in Entwicklungsländern ist inzwischen umgestellt worden, und der Norden hat hierbei den Großteil der (absoluten) Mehrkosten getragen.[1]

Ist das Ozonregime ein Einzelfall, nur eine Fußnote in den Nord-Süd-Beziehungen? Mit welchem Ergebnis werden ähnliche Konflikte in den übrigen Bereichen der Weltumweltpolitik gelöst?

Tatsächlich finden sich Parallelen zum Ozonregime auch in der UN-Klimarahmenkonvention von 1992. Auch hier finden sich für Industrieländer und Entwicklungsländer getrennte Vorschriften, wobei indes selbst die Pflichten des Nordens noch vage sind. Anders als im Ozonregime, werden auch den »Staaten, die sich im Übergang zur Marktwirtschaft befinden« Sonderrechte eingeräumt – vor allem ein »gewisser Grad an Flexibilität« in der Erfüllung (zukünftiger) Reduktionspflichten und die Befreiung von Zahlungen an die Entwicklungsländer.

Die vollen vereinbarten Mehrkosten

▶ Wie diese Pflichtentrias zwischen West, Süd und Ost fortgeschrieben werden, wenn die Konkretisierung der Klimarahmenkonvention durch Zusatzprotokolle auf der Tagesordnung steht, bleibt eine offene Frage. Die Industrieländer streben inzwischen offen eine Aufspaltung des Blocks der Entwicklungsländer in mehrere Gruppen an, um manche Schwellenländer zumindest teilweise schon jetzt in das Reduktionsregime einbinden zu können. In der Biodiversitätspolitik ist eine derartige Differenzierung im übrigen kaum denkbar: Etwas »mehr oder weniger« Artenschutz ist nicht möglich, und die sogenannten globalen »Biodiversitätszentren« liegen zudem alle in Entwicklungsländern.

Hingegen wurden die Finanzierungsregelungen des Ozonregimes großenteils in die Verträge zu Klima und Biodiversität übernommen. In diesen beiden »Rio-Konventionen« von 1992 haben die Industrieländer erneut zugesagt, die »vollen vereinbarten Mehrkosten« des Südens zu übernehmen, die diesem in der Umsetzung der Verträge entstehen, und hierfür »neue und zusätzliche Mittel« bereitzustellen. Letzteres ist in der Praxis freilich kaum überprüfbar, solange die allgemeine Entwicklungsfinanzierung dem Ermessen der Industriestaaten überlassen bleibt.

Es bleibt abzuwarten, ob und inwieweit die Industrieländer ihre auf der Rio-Konferenz eingegangenen Pflichten auch erfüllen werden. Bislang haben die Entwicklungsländer noch keine substantiellen Pflichten übernommen, für die sie nennenswerte Erstattungszahlungen vom Norden einfordern könnten. Auch war es auf den Vertragsstaatenkonferenzen beider Konventionen noch nicht möglich, eine »Liste der vereinbarten (zukünftigen) Mehrkosten« zu erstellen, wie sie seit 1990 die Grundlage in der Finanzierung des Ozonregimes bildet. Dies wird für die Rio-Konventionen auch weit schwieriger sein, da es sich nicht mehr um die Konversion einer begrenzten Zahl von Umweltschadstoffen wie den FCKW handelt. Wie sollten zum Beispiel die »vollen Mehrkosten« des Schutzes der Regenwälder oder der Biodiversität kalkuliert und dann erstattet werden?

Jedoch konnten die Entwicklungsländer bei den Entscheidungsverfahren über Finanztransfers schon einen erheblichen Erfolg erzielen: Die Finanzierung der Klimapolitik erfolgt zwar nicht wie im Ozonregime über einen eigenständigen »Klimafonds«, sondern (voraussichtlich) über die 1990 eingerichtete »Globale Umweltfazilität« (GEF) der Weltbank. Hierdurch erhofften die Industrieländer die alleinige Kontrolle auch über die umweltpolitischen Transferzahlungen zu behalten, wie sie es bei den übrigen Nord-Süd-Finanztransfers durch die Bretton-Woods-Organisationen haben. Die GEF sollte den Multilateralen Ozonfonds gleichsam zum Einzelfall, zu einem »Betriebsunfall« der Nord-Süd-Beziehungen werden lassen.

Dies wollten die Entwicklungsländer jedoch nicht hinnehmen, so daß die GEF aufgrund des Widerstands der Entwicklungsländer 1994 grundlegend reformiert werden mußte, vor allem in ihren Entscheidungsverfahren: Während ursprünglich die weltbanküblichen Modi gelten sollten – für jeden Dollar eine Stimme – gelten nun dem Ozonfonds vergleichbare »doppelt-gewichtete Mehrheiten«. Entscheidungen bedürfen seit 1994 sowohl der Zustimmung durch sechzig Prozent der Teilnehmer der GEF – was Entwicklungsländern ein Vetorecht gibt – als auch der Zustimmung durch sechzig Prozent der Beitragszahler – womit auch den Industrieländern ein Vetorecht gesichert bleibt. Dies ist zwar noch keine »Demokratisierung« der Weltbank, wie sie vom Süden in den siebziger Jahren gefordert worden war, aber doch schon weit mehr, als bislang von den Bretton-Woods-Organisationen bekannt war. Und es scheint sich zu bestätigen: Die Spielregeln in den internationalen Umweltschutzregimen sind vielfach »südfreundlicher« als in anderen Bereichen der internationalen Politik.

Die Erfolge des Südens

▶ Manches deutet darauf hin, daß der Süden an Verhandlungsmacht gegenüber dem Norden gewonnen hat. Die Erfolge des Südens in der Ausgestaltung des Ozonregimes waren nur möglich, weil die großen Entwicklungsländer, vor allem Indien und China, glaubhaft drohen konnten, dem Ozonregime nicht beizutreten, solange die Frage der Entscheidungsverfahren, der Kompensierung der vollen Mehrkosten und der Verfügbarkeit der neuen FCKW-freien Technologien nicht zufriedenstellend geklärt sei. Diese Verhandlungsstrategie schien gerechtfertigt und glaubhaft, da der FCKW-Pro-Kopf-Verbrauch des Nordens den des Südens deutlich übertraf, so daß Indien und China trotz ihrer »ökologischen Erpressungsstrategie« auch moralisch Oberwasser behalten konnten. Obendrein war der Druck in der Öffentlichkeit des Nordens groß – die alarmierenden Pressemeldungen über den jährlich wachsenden Ozonabbau – setzten die Regierungen der Industrieländer unter Erfolgsdruck, während eine vergleichbare Öffentlichkeit in den Entwicklungsländern nicht existierte. Und last but not least waren die Kosten eines »südfreundlichen« Ozonregimes tragbar – Deutschlands Beitrag zum Multilateralen Ozonfonds betrug in den Jahren 1991 – 1995 beispielsweise insgesamt nur 57 Millionen US-Dollar: Dies sind selbst bei schrumpfenden Staatshaushalten Peanuts, wenn hiermit öffentlichkeitswirksam die Ozonschicht über den Alpen geflickt werden kann.

All diese Voraussetzungen liegen in anderen Bereichen der Weltumweltpolitik weniger vor. Der Pro-Kopf-Ausstoß beim Kohlendioxid ist in Industrieländern zwar deutlich größer als in Entwicklungsländern. Jedoch werden die Entwicklungsländer, anders als in der Ozonpolitik, vom Klimawandel real (wohl) am stärksten betroffen sein. Auch werden die Kosten der Klimaschutzpolitik die der Ozonschutzpolitik weit übertreffen, so daß die Aushandlung der Definition der »Mehrkosten« des Südens hier vor einem anderen Hintergrund erfolgen wird. Dies alles schließt natürlich nicht aus, daß die Eliten des Südens dennoch eine Konfrontationsstrategie wie bei der Aushandlung des Ozonregimes verfolgen werden. Dies wäre das von James Dean (und aus der Spieltheorie) bekannte Chicken Game – man rast aufeinander zu, und wer zuerst aufgibt, hat verloren.

Anmerkungen:

1 Vgl. Frank Biermann, Financing Enviromental Policies in the South. An Analysis of the Multilateral Ozone Fund and the Concept of »Full Incremental Costs«; kostenlos bestellbar beim Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

▶ **Frank Biermann** ist Politologe und Völkerrechtler und arbeitet als Lehrbeauftragter an der Stanford University (Berlin-Programm). Zuletzt erschien: Saving the Atmosphere. International Law, Developing Countries and Air-Pollution, Frankfurt am Main: Peter Lang, 1995.



Bessere Luft Foto: R. Maro/version

Die Zukunft der Nachhaltigkeit
Der Streit um die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland«



Foto: Herby Sachs/version

»Das politische Subjekt sind wir alle«

von **Manfred Linz**

► Wenn Autoren auf Kritik an ihrer Veröffentlichung antworten, hat das wenig Sinn, sofern ihre Entgegnung auf Rechtfertigung und Zurückweisung der Kritik angelegt ist. Autoren sind keine Schiedsinstanz, sie sind Partei. Ich werde darum keinen Versuch dieser Art unternehmen. Ob und wie weit die der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« angelasteten Versäumnisse und Fehler zurecht moniert werden, ob die Studie wirklich all das nicht behandelt, was die Kritiker vermissen (oder ob sie es nicht doch in anderen Zusammenhängen und unter Verzicht auf das identitätsstiftende linke Vokabular aufnimmt) und ob sie tatsächlich ein »fundamentales Demokratiedefizit« aufweist sowie von »Opportunismus« geleitet ist (Armborst/Brandt in iz3w Nr. 211) – das alles können wir getrost der Urteilsfähigkeit der Leserinnen und Leser überlassen. Dazu gehört auch die Frage, ob der Studie vorzuwerfen ist, daß sie zunächst einmal tut, wofür das Wuppertal-Institut am meisten Kompetenz besitzt, nämlich die ökologischen Notwendigkeiten und Chancen vor Augen zu führen. Dabei wird ja wahrlich nicht verschwiegen, sondern in ganzen Kapiteln zu erkennen gegeben, daß ohne eine erhebliche Veränderung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse auch die Bewahrung der Natur nicht gelingen kann. Die Studie versteht sich als Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung und sie ist auf Ergänzung und Weiterführung angelegt. Auch ihren Verfassern ist klar, daß dabei die gegenwärtigen Machtkonflikte wie die zukünftige politische Organisation gründlich bedacht werden müssen.

Angesichts der Kritik kann es dagegen durchaus nützlich sein, wenn wir noch einmal den politischen Ansatz unserer Arbeit erklären und ihn mit den Positionen der Kritiker ins streitbare Gespräch bringen. Angenommen, die Verfasser der Studie und ihre Kritiker stimmen in folgendem überein: Zukunftsfähigkeit erfordert die Suche nach Naturverträglichkeit und Gerechtigkeit. An beidem fehlt es elementar, sowohl hierzulande als auch in den Nord-Süd-Beziehungen. Darum müssen zuerst die Industrieländer ihr eigenes Haus in Ordnung bringen, die offenkundige Übernutzung der Global Commons beenden, dort, wo es geschieht, die Ausnutzung und Ausbeutung von Menschen und Ländern des Südens aufgeben und durch einen substanziellen Finanztransfer, faire Handelsbedingungen und die Entschuldung der armen Länder dem Süden eine zukunftsfähige Entwicklung ermöglichen.

Angenommen, das läßt sich – bei Anerkennung unterschiedlicher Schärfe des Urteils – gemeinsam sagen, dann lautet die entscheidende Frage: Wie ist eine so gewaltige Aufgabe angesichts der bestehenden und zu erwartenden Widerstände gegen dieses Vorhaben am ehesten in Gang zu bringen? Welches sind die Kräfte, die Systeme verändern können und Menschen zu dem zu bewegen vermögen, was vielen Angst macht, als Verlust erscheint und den von ihnen als vordringlich angesehenen Interessen zuwiderläuft? Und wie lassen sich diese Kräfte am besten mobilisieren?

Trial and Error...

► In der Antwort auf diese Fragen unterscheiden sich die Verfasser der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« erheblich von nicht wenigen ihrer linken Kritiker. Wir sehen das kapitalistische System nicht so geschlossen und die herrschenden Interessen nicht so monochrom und nicht so fixiert, wie die »Restlinken« es offensichtlich tun. Darum rechnen wir, was die großen vor uns liegenden Veränderungen angeht, mit sehr unterschiedlichen Reaktions- und Verhaltensweisen. Auf der einen Seite rechnen wir mit Neugier, Aufbruch- und Handlungsbereitschaft. Auf der anderen Seite aber sehen wir auch bedeutende Hemmnisse, wie die Unkenntnis bezüglich der Gefahr oder der Möglichkeiten, ihr zu begegnen, die Angst vor Unsicherheit und Verlust und nicht zuletzt die Erfahrung, im herrschenden Wirtschaftssystem den gewonnenen Einsichten nicht oder nur begrenzt folgen zu können. Das sind drei Kategorien von Widerständen gegen den notwendigen Wandel, die jede für sich bedacht sein will, auch wenn sie aufeinander einwirken. Ließe die Studie außer acht, daß Unkenntnis und Angst schon im Vorfeld jeder Systemveränderung Barrieren errichten, und daß wiederum Systeme von handelnden bzw. untätigen Menschen geschaffen und am Leben erhalten werden, würden wir der Gesellschaft der Bundesrepublik nicht gerecht.

Es ist richtig, daß wir einen Schwerpunkt darin sehen, den notwendigen Wandel als möglich zu erweisen, dafür Neugier und Verantwortungswillen herauszulocken, Verlustangst abzubauen und Möglichkeitssinn zu entwickeln. Darum enthält unsere Studie die Bestandsaufnahme des Umweltverbrauches, darum setzen wir Reduktionsziele, fordern Innovationen und formulieren Strategien des Wandels und Leitbilder einer Umorientierung. Wir gehen dabei davon aus, daß eine gerechtere und sich in die Natur einfügende Industriegesellschaft erst am Ende eines langen Weges erreicht werden kann, und daß sie – so wichtig die produktiven Machtkonflikte

bleiben – das Ergebnis eines Lernprozesses von Trial and Error für alle sein wird. Wir glauben, daß es Sinn hat, Menschen auf ihre Veränderungsfähigkeit und Veränderungsbereitschaft hin anzusprechen und daß es aussichtsreich ist (daß jedenfalls der ernsthafte Versuch lohnt), ihre Interessen aufzuklären. Wenn die historischen Erfahrungen der Ökologiebewegung besagen, »daß grundlegende Veränderungen an bestimmten Interessen scheitern« (Armborst/Brandt), dann ist es umso wichtiger zu zeigen, daß diese Interessen nicht mehr so einheitlich sind, wie sie bislang zu sein schienen, daß sie vielmehr in immer stärkere Widersprüche zueinander geraten, daß also auch die herrschenden Interessen wählen müssen.

Das ist ein ebenso anspruchsvoller wie langwieriger Aufklärungsvorgang. Wir möchten so viele Menschen wie möglich mit auf diesen Weg nehmen. Nur wer die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes für unveränderbar unmündig oder einflußlos hält, kann der Studie vorwerfen: »Das politische Subjekt wird nicht erfaßt« (ebd.). Wir halten dagegen: Zukunftsfähigkeit ist in unseren pluralistischen Gesellschaften nur zu erreichen, wenn der dazu notwendige Wandel von einer ausreichend großen Mehrheit gewollt oder doch zugelassen wird. Darum hat die Studie ein unausgesprochenes Motto: soviel Konsens wie möglich, soviel Konflikt wie nötig. Wer rundheraus bestreitet, daß auf dem Weg der Ermutigung, der Einsicht und der Aufklärung der Interessen sinnvolle Anfangsschritte möglich und Teilziele zu erreichen sind, kann mit unserer Studie nichts anfangen – ja, muß sie als eine politische Dummheit, gar als Kotau oder doch als Kapitulation vor den Mächtigen empfinden.

Und das kapitalistische System? Wir machen deutlich, daß es nicht so bleiben kann, wie es ist. (Die Kritiker von rechts haben das sehr wohl verstanden.) Aber kann sich der Kapitalismus überhaupt ändern? Elmar Altvater hat diese Schlüsselfrage für mich am treffendsten formuliert und zwar als offene Frage (s. Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1996). Ich eigne sie mir so an: Warum ist die geforderte ökologische Erneuerung noch nicht weiter vorangekommen? Hat die so oft beklagte Differenz zwischen Einsicht und Handeln ihre Ursachen nur in der Uninformiertheit, der Indolenz, dem Vorrang der kurzfristigen und kurzsichtigen Interessen der Akteure – und in sonst nichts?

Nein, sagt Altvater, es gibt über die individuellen Fehlhaltungen hinaus eine Blockade, die diese Fehlhaltungen zum Teil erst hervorbringt. Sie liegt in der weltweit herrschenden Wirtschaftsweise, dem global agierenden Spätkapitalismus. Sie hat also systemischen Charakter, und das bedeutet: Die mit der Studie Angesprochenen haben den Handlungsraum, den ihnen die Studie zuweist und zutraut, nicht oder nur bedingt. Als Produzenten, Konsumenten, Arbeitnehmer, Händler, Politiker sind sie Teil eines globalisierten Marktes, der seine eigene Logik hat und seinen eigenen Gesetzen folgt. Deren Grundlage sind Konkurrenz und Verdrängung. Dieser globale Markt ist derzeit ohne ausreichende Checks and Balances. Er ist ein Antriebssystem ohne Bremsen. Überhaupt steckt im Geld eine das menschliche und umweltträumliche Maß sprengende Dynamik. Die handelnden Subjekte folgen ihrer individuellen Rationalität, wenn sie ihren Vorteil auf Kosten der Natur und der Mitbewerber maximieren. Sie haben sogar als einzelne Unternehmer und Manager kaum die Möglichkeit, sich anders zu verhalten, weil sie dann fürchten müssen, aus dem Markt geworfen zu werden.

Schon Marx habe die Annahme kritisiert, eine stationäre Wirtschaft sei ohne Änderung der kapitalistischen Akkumulationsdynamik vorstellbar. Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit, so Altvater, lassen sich nur vereinen wenn alle Konkurrenten sich ökologisch und sozial begrenzen lassen. Aber noch seien kaum Ansätze erkennbar, wie die Marktwirtschaft nach ihrer Separation von der Gesellschaft und nach ihrer globalen Ausdehnung sich wieder zu menschlichem und ökologischem Maß zurückführen läßt.

...und die Lernfähigkeit des Marktes

▶ Damit ist ein zentrales Problem der Zukunftsfähigkeit formuliert. Altvaters Vorzug ist, daß er es nicht schon für negativ beantwortet hält, denn die Systemfrage läßt sich gegenwärtig kaum entscheiden. Der Kapitalismus kann ja schwerlich das bleiben, als was er uns heute entgegentritt. Seine inneren Widersprüche kann er nicht länger seinem Gegenpart im Wettkampf der Systeme anlasten, er muß sie sich selbst zuschreiben. Daß er sich ökologisch den Ast absägt, auf dem er sitzt, daß globale Ungerechtigkeit globale Friedlosigkeit schafft, daß ein Großteil der Menschen in den Industrieländern auch zu Opfern der Ungleichheit werden könnte, die ihre Länder dem Süden bis heute auferlegen (und, was den Arbeitsplatz angeht, jetzt schon wird) – das alles können die Nachdenkenden unter den Mächtigen (und es gibt sie!) nicht verbergen. Niemand kann doch einfach ausschließen, daß sich dieses Wirtschaftssystem als lernfähig erweist. Also läuft alles auf die Frage hinaus: Kann sich das globale Marktsystem selbst begrenzen? Können seine Akteure und die politischen Kontrolleure das Konkurrenzprinzip so zähmen, daß es den bisherigen Wachstumszwang und den weltweiten Verdrängungsdruck nicht mehr erzeugt? Ist ein Markt denkbar, der Wettbewerb und Kooperation vereinbaren kann? Werden Gegenbewegungen zur Weltmarktorientierung nur »Fraktionierung und Ungleichheit vergrößern« (Armborst/Brand) oder stecken in Regionalisierung und Lokalisierung von Leben und Markt nicht unentbehrliche Antriebe für Zukunftsfähigkeit?

Diese Fragen stellen wir explizit und implizit, ohne sie zu beantworten. Die Studie zeigt, was alles sich ändern muß, wenn wir in diesem Land unseren Beitrag zur Bewahrung der Natur und zu genug Gerechtigkeit in der Welt leisten wollen. Wenn es gelingt, die Dringlichkeit der uns gestellten Aufgabe einzuschärfen, wenn Möglichkeiten, den Veränderungsprozeß mit Maß und Sinn voranzutreiben, einsehbar werden, dann hat die Studie ihren Auftrag erfüllt. Was daraus entsteht, läßt sich nicht vorwegnehmen, es wird sich in den nächsten Jahrzehnten herausprozessieren. Auch wir werden ja bei dem Gesagten nicht stehen bleiben.

Unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit erschien im Frühjahr die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« des inzwischen von BMW gesponsorten »Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie.« Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme des »Umweltverbrauchs« in Deutschland formulieren ihre Autoren einschneidende Reduktionsziele, die nur über Umstellungen von Produktions- und Lebensformen zu bewerkstelligen sind. Dazu führt die Studie den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren Möglichkeiten ökologisch verantwortbaren Handelns zur »Domestizierung der Marktwirtschaft« vor. Kritische Stimmen hielten der Studie vor allem analytische Defizite vor (siehe Armborst/Brand, iz3w Nr. 211). So führe die fehlende Analyse von Ursachen der weltweiten sozial-ökologischen Krise zu naiven Vorstellungen über die Realisierung ökologischer Leitziele unter Weltmarktbedingungen. Von der Linken forderten die Kritiker, die Debatte um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit zu nutzen, um das eigene Selbstverständnis und sich daraus ableitende politische Konzepte zu klären.

Ein halbes Jahr danach sind in der Debatte um die Studie auf beiden Seiten die grundlegenden Argumentationsmuster erkennbar geworden. Die Gegenüberstellung der beiden folgenden Texte repräsentiert daher die Positionen, die sich nicht nur in der Diskussion um das Konzept der Nachhaltigkeit prinzipiell gegenüberstehen: Es geht um »realistische« Reformvorschläge und »utopische« Grundsatzkritik. Zunächst skizziert Manfred Linz, Mitverfasser der vom Wuppertal Institut erstellten Studie, deren reformorientierte Herangehensweise. Dem stellen Stefan Armborst und Ulrich Brand vom BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) eine »Kritik der Verhältnisse« und alternative Optionen entgegen.

die redaktion

▶ **Manfred Linz** ist Mitverfasser der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« und arbeitet am 'Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie' in der Abteilung Nord-Süd-Beziehungen.

»Gegen ein technokratisches und naivaufklärerisches Politikverständnis«

von **Stefan Armborst** und **Ulrich Brand**

► Die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« ist Ausdruck eines weitverbreiteten realpolitischen Reform- und Politikverständnisses, das wir für sehr problematisch halten. Den Ansatz des Wuppertal-Instituts bezeichnen wir zum einen als technokratisch – geht er doch davon aus, mittels der bestehenden gesellschaftlichen Institutionen, das heißt im Rahmen ihrer Interessen und Kräfte, einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel in die Wege leiten zu können. »Umwelt und Entwicklung« werden zu einem Managementproblem. Zum anderen ist das Politikverständnis der Studie naivaufklärerisch. Denn sie versucht in Appellen an verschiedene gesellschaftliche Gruppen, umweltgerechtes Handeln zu bewirken.

Die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« repräsentiert nicht die vorherrschende Diskussion im Hinblick auf »Zukunftsfähigkeit«. Letztere ist von der Ausblendung wesentlicher sozialökologischer Fragen geprägt und wird bestimmt von den neoliberalen Marktapologeten, die die Adjektive marktgesteuert, wettbewerbsorientiert und zukunftsfähig synonym setzen. Das Problem des Ansatzes des Wuppertal-Institut besteht jedoch darin, daß er aus realpolitischem Kalkül an den neoliberalen Mainstream anschlußfähig werden will. Am deutlichsten wird das in der Frage der »internationalen Wettbewerbsfähigkeit« der Bundesrepublik. Die sozialökologische Wendung soll nämlich dahingehend erfolgen, daß über eine »Effizienzrevolution« und »neue Wohlstandsmodelle« die ökonomische Krise überwunden werden soll. Hinter diesem Ansatz steht die Hoffnung, je stärker sich sozialökologische Politikvorstellungen an den herrschenden Institutionen und Normen orientieren und je weniger sie in Gegensatz zu grundlegenden gesellschaftlichen Widersprüchen geraten, desto eher haben sie die Chance auf Umsetzung.

Die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« gibt stellenweise durchaus zu erkennen, daß eine ökologisch tragfähige Zukunft nicht ohne Veränderung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse zu haben sei. Dazu sollen die Menschen über ihre Interessen aufgeklärt und ihrer Unkenntnis, ihrer Angst vor Veränderung und ihrer Skepsis hinsichtlich der Möglichkeiten der Veränderung im herrschenden Wirtschaftssystem begegnet werden. Dieser Interessenbegriff scheint uns verkürzt. Die Manager und die ForscherInnen in den Laboren der Pharmakonzerne wissen sehr gut, was sie tun. Und den neoliberalen Durchzockern ist wohl auch nicht gerade »Angst vor Unsicherheit und Verlust« (Manfred Linz) zu unterstellen. Bleiben »die Menschen«, die aufgeklärt werden sollen. Die Studie geht aber auf die Menschen nicht als politische Subjekte ein, sondern lediglich in ihren Funktionen als Konsumenten, Manager, Landbewohner, Städter. Die Notwendigkeit, daß Menschen die gesellschaftlichen Verhältnisse über bestimmte Rollen hinaus bewußt politisch mitgestalten, wird dabei ignoriert.

Menschen schaffen Sachzwang

► Aufklärung ist zweifellos zentral für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel. Das Problem ist, daß dieser Wandel eben nicht nur mit dem besseren Alltagsverhalten von einzelnen zu erreichen ist. Die individuelle Einsicht ist zwar wichtig, schafft aber noch nicht die erforderliche Infragestellung der für die ökologische Krise verantwortlichen herrschenden politischen und ökonomischen Gruppen. Dem stehen neben mächtigen und kollektiv organisierten Interessen strukturelle Zwänge entgegen, die sich seit zwei Jahrzehnten sogar verstärken. Der »Sachzwang Weltmarkt« bzw. die Globalisierung des Kapitalismus hat ja neben den ideologischen Komponenten tatsächlich einen realen Kern. Jedoch ist dieser menschengemacht, Ergebnis von unterschiedlichen Strategien und sozialen Auseinandersetzungen, hat Profiteure und VerliererInnen. Wenn das nicht beachtet wird, wirken Begriffe wie derjenige der Globalisierung entpolitisierend und die Verhältnisse erscheinen als nicht mehr grundlegend änderbar.

Insbesondere der Teil der Studie zu internationalen Fragen strotzt vor Ignoranz gegenüber strukturellen Weltmarktzwängen und sich intensivierenden internationalen Dominanzverhältnissen. Deutschland soll, so die »zukunftsfähige« Perspektive, auf den »Märkten der Zukunft« mit Nachhaltigkeit in Produktion und Marketing »die Nase vorn« haben. Dann, ja dann, soll es sich auch noch in einer Mischung aus »Eigennutz und Fürsorge« um die Armen in peripheren Ländern kümmern. Im Bereich der internationalen Verhältnisse wird damit der Widerspruch zwischen allgemeinem normativen Anspruch und den konkreten Vorstellungen zu dessen Umsetzung besonders deutlich.

Stellungnahmen mit »progressivem« Anspruch wie die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« hätten die Aufgabe, neben der Bestandsaufnahme materialer Naturzerstörung und neben Vorschlägen für sozialökologische Reformen auch die gesellschaftlichen Ursachen von Nichtnachhaltigkeit zu benennen. Erst über die Kritik der bestehenden Verhältnisse, das heißt über die Analyse unterschiedlicher Interessen sowie des Beharrungsvermögens und der Veränderungsmöglichkeiten herrschender Institutionen und gesellschaftlicher Normen, kann Klarheit über die Bedingungen eines so radikalen gesellschaftlichen Wandels geschaffen werden, wie ihn auch das Wuppertal-Institut und seine Auftraggeber mittels Input- und Output-Reduktionen und Leitbildern anstreben.

Bezugnehmend auf die Kritik der Studie in der iz3w (s. Nr. 211) meinte Studien-Mitautor Wolfgang Sachs dazu in einer Diskussion, man müsse Wohlbekanntes doch nicht wiederholen. Das »Wohlbekannte«, das heißt die desaströsen Auswirkungen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft auf Menschen und Natur, ist jedoch in der öffentlichen Auseinandersetzung immer umkämpft und gerät in Zeiten von »Standortwettbewerb« und dem Ausspielen der »ökologischen« durch die »soziale Frage« kräftig unter die Räder. Auch die Studie will erklärtermaßen mit hoher Auflage und viel Medienrummel die gesellschaftliche Diskussion um »Zukunftsfähigkeit« beeinflussen.

Im folgenden stellen wir einige über die Studie hinausgehende Überlegungen zu der Frage an, was eine radikale sozialökologische Politik bedeuten könnte. Wir teilen die Erkenntnis so unterschiedlicher AutorInnen wie Maria Mies, Elmar Altvater, James O'Connor und vielen anderen, daß die bürgerlich-kapitalistische Vergesellschaftung in einem grundsätzlichen Widerspruch zu einer dauerhaften Reproduktion der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit steht. »Das System« ist aus emanzipatorischer Perspektive hinsichtlich sozial-ökologischer und anderer damit mehr oder weniger verbundener Fragen nicht reformierbar. Diese Prämisse führt »realpolitische« Positionen ad absurdum. Die abstrakte »Systemfrage« muß aber konkretisiert werden, um politisch produktiv zu sein und – perspektivisch – die Verhältnisse zum Tanzen bringen zu können; und in der Diskussion um diese Konkretisierung sind einige Fallstricke zu beachten.

Zwei Beispiele: Eine Variante linker Kritik hat derzeit die gesellschaftlichen Institutionen, ihre Funktionsweisen und Interessen ebensowenig im Blick wie die sich vollziehende Restrukturierung des globalen Kapitalismus. In der Diskussion wird in der Folge häufig auf ein »Außen«,

das heißt auf Gesellschaften außerhalb patriarchaler bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung rekurriert. Meist sind damit ländliche Gesell- bzw. Gemeinschaften gemeint. Dort soll das Neue entstehen. Verschlagwortet wird dieser Zugang unter dem Verweis auf »den« Subsistenzansatz (vgl. iz3w Nr. 200). Dabei wird oft nicht nur die soziale Konstruktion der Geschlechterrollen geleugnet – auch werden ländliche, nichtkapitalistische Gesellschaften idealisiert. Letztere dürften aber wohl wenig Anknüpfungspunkte für grundlegende Veränderungen in den kapitalistischen Metropolen aufweisen.

Demgegenüber läuft ein traditioneller »linker« Blick auf die sozialen Verhältnisse Gefahr, sich zu sehr am klassenfixierten Begriff des Interesses festzubeißen. Radikale sozialökologische Politik ist nicht mit eindeutig zuzuordnenden Betroffenheiten und daraus abgeleiteten konkreten Interessen entsprechender politischer Subjekte erfaßbar. Insofern macht die Rede vom »Gattungsinteresse« hinsichtlich des Mensch-Umweltverhältnisses zum Teil durchaus Sinn, darf jedoch nicht dazu führen, daß spezifische »Gruppeninteressen« und allgemeine »Gattungsinteressen« gegeneinander ausgespielt werden. Das Verhältnis beider muß vielmehr im Einzelfall genauer bestimmt werden.

Soll die »Systemfrage«, das heißt der Widerspruch zwischen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft und der dauerhaften Reproduktion der natürlichen Lebensgrundlagen, konkretisiert werden, ist zunächst Verständnis dafür notwendig, was die bestehenden Gesellschaften zusammenhält, was sie polarisiert, welches ihre grundlegenden Strukturen sind – sei es die gesellschaftliche und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Form des Staates und staatlicher Politik oder seien es internationale Dominanz oder ausbeuterische Naturverhältnisse. Hier bietet der regulationstheoretische Ansatz einen guten Ausgangspunkt, denn damit kann die sozialökologische Krise zunächst als Krise des sog. Fordismus (der im Realsozialismus und in peripheren Ländern spezifische, sehr unterschiedliche Ausprägungen hatte) verstanden werden (vgl. iz3w, Nr. 213). Auch das Konzept des 'Frankfurter Instituts für sozialökologische Forschung' von der »Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse«, das die soziale Komponente von »Natur« in den Mittelpunkt rückt und »Umwelt« damit nicht als etwas objektiv Gegebenes versteht, bietet Ansatzpunkte für fruchtbare theoretische wie empirische Arbeit.

Zugunsten der Sauberkeit den klassenfixierten Blick aufgeben — Foto: R. Maro/version



Hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen von »nachhaltiger Entwicklung« ist also ein genauerer Blick auf die Verhältnisse und ihre Veränderungen entscheidend. Denn im Gegensatz zu der in der Einleitung der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« postulierten Alternative zwischen Katastrophe und Harmonie ist die Herausbildung eines »metropolitanen Öko-Kapitalismus« viel wahrscheinlicher. Der »bearbeitet« unter gewaltigen sozialen Ausschließungen und bei Aufrechterhaltung einer desaströsen Naturvernutzung durchaus einige ökologische Probleme. Jedoch geschieht dies sehr selektiv und intensiviert sogar strukturelle Ungleichheits und Machtverhältnisse. Hier realisiert sich der schon eingangs angeführte Grundsatz, daß umweltpolitische Strategien desto mehr Chancen auf Durchsetzung haben, je mehr sie der vorherrschenden gesellschaftlichen Rationalität und ihren an dieser Rationalität ausgerichteten Institutionen entsprechen. So ist auch das allgemeine Verständnis von »nachhaltiger Entwicklung« in vielen Bereichen kompatibel mit gesellschaftlichen Modernisierungsstrategien. Bestes Beispiel dafür ist der sog. 'Grüne Punkt', der eine hochprofitable Recyclingbranche schafft (vgl. dazu den Schwerpunkt »Natur-Macht-Ökologie« in: 'links' 7/8, 1996).

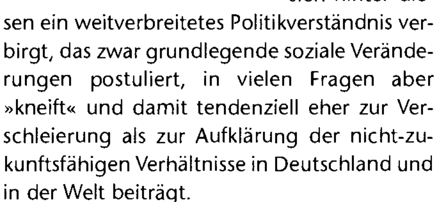


Diese Entwicklung ist natürlich keineswegs unabänderlich. Es stellt sich vielmehr die Frage, wie in Zeiten der Globalisierung des Kapitalismus und angesichts der sich verschärfenden Nichtnachhaltigkeit heutiger Gesellschaften soziale Verhältnisse auf regional-lokaler, auf nationalstaatlicher und auf globaler Ebene, in Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen, Familien, Universitäten und anderswo der Gestaltung durch die betroffenen Menschen wieder zugänglich gemacht werden können. Es stellt sich damit die Frage der Demokratie. Sie ist eng verbunden mit sozialen Auseinandersetzungen (auch »diskursiven« wie jener um das Leitbild »nachhaltige Entwicklung«) und Erfahrungsprozessen, die überhaupt nur etwas Neues entstehen lassen können. In diesem Zusammenhang mag die Skizzierung von Normen setzenden Leitbildern durchaus Sinn machen. Aber die bleiben wirkungslos, wenn sie das bessere Leben aller entwerfen wollen, unter Leugnung von Interessenkonflikten hinsichtlich grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen.

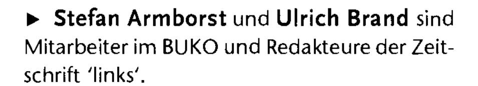
Neue Normen und politische Praxis

▶ Wie sollen ein nichtzerstörerisches Verhältnis von Gesellschaft und Natur, wie die gerechte Aneignung der gesellschaftlichen Produktion, wie ein gleichberechtigtes Geschlechterverhältnis selbstbestimmt durch Menschen, das heißt radikal demokratisch, gestaltet werden? Wie kann in Zeiten der Globalisierung vor allem technisch-ökonomischer Prozesse, die von politischen wie wirtschaftlichen Eliten vorangetrieben werden, ein Verständnis von internationaler Demokratie entwickelt werden, das sich grundlegend von der an den Nationalstaat gebundenen bürgerlichen, parlamentarisch-repräsentativen Demokratie unterscheidet? Es geht um eine Diskussion über neue Normen menschlichen Handelns, die zugleich politisch-praktisch auf deren gesellschaftliche Umsetzung zielt, um über die Kritik an den bestehenden Verhältnissen über diese hinauszugelangen.

Nötig sind Verständigungsprozesse in und zwischen politischen Spektren, die ein emanzipatorisches Politikverständnis haben. Es geht darum, soziale Praktiken auszuprobieren und weiterzuentwickeln, die herrschende Institutionen und Normen auf vielfältige Weise infragestellen. Das ist nicht wenig – selbst im Vergleich zu millionenschweren Studien. Nicht zuletzt, weil sich hinter die-



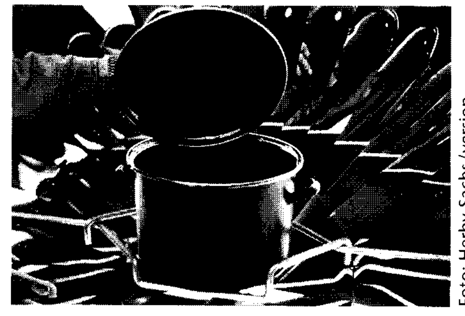
sen ein weitverbreitetes Politikverständnis verbirgt, das zwar grundlegende soziale Veränderungen postuliert, in vielen Fragen aber »kneift« und damit tendenziell eher zur Verschleierung als zur Aufklärung der nicht-zukunftsfähigen Verhältnisse in Deutschland und in der Welt beiträgt.



▶ **Stefan Armborst** und **Ulrich Brand** sind Mitarbeiter im BUKO und Redakteure der Zeitschrift 'links'.

Eitel Sonnenschein

Nachhaltig ignorant: der Solarkocher im Entwicklungseinsatz


Foto: Herby Sachs/version

von **Mark Hankins**

Auf dem Papier sieht alles gut aus. In den Anpreisungen der sogenannten Solarkocherprojekte fallen die richtigen Stichworte: Der Solarkocher rette die Bäume, sei billig, er erlasse Frauen die mühsame Arbeit des Holzsammelns und verbessere den Geschmack der Mahlzeiten. Umwelt geschützt, Armut bekämpft, Frauen unterstützt und Lebensqualität verbessert – Süden, was willst Du mehr? Und richtig, wenn die Sonne scheint, ist alles eitel Sonnenschein. Apropos eitel: Das einzige Problem scheint zu sein, daß afrikanische Frauen sich viel zu langsam auf die neue Technologie einlassen.

► Wenn an grünen Tischen im Norden ausgedachte Umweltprogramme die Prioritäten von Communities im Süden übergehen, entstehen Konflikte. Die fehlgeschlagenen Versuche, Solarkocher in Afrika zu promoten, sind ein gutes Beispiel dafür. Unsere Organisation wurde beauftragt, Solarkocherprogramme in Kenia zu evaluieren. Wir fanden heraus, daß nur 6 von 50 Kochern regelmäßig benutzt wurden. Trotzdem unterstützen die westlichen und einheimischen Projektorganisationen weiter fröhlich die meist erfolglosen Programme. Sie schickten ihren Geldgebern im Norden sogar Photos mit Frauen, die lächelnd Solarkocher in ihren Dörfern benutzten, und berichteten über Erfolgszahlen bei der Verbreitung der Kocher. Vor Ort bemerkten wir, daß die Frauen sich höflich bei den Spendern für die Kocher bedankten, um sie dann unbenutzt unter dem Bett zu verstauen. Die ambitionierten, idealistischen Projekterfinder im Norden hingegen glaubten, daß alles nach ihren Vorstellungen laufe. Die rechte Hand wußte nicht, was die linke tat. Zum Beispiel wurde behauptet, Solarkocher für die Armen würden die Entwaldung stoppen – und dies nicht von desinteressierten, gutbezahlten Experten, die normalerweise mit fehlgeschlagenen Entwicklungsprojekten assoziiert werden, sondern von Freiwilligen mit besten Absichten. Auch diese übersahen, daß das Holzsammeln durch die Frauen in den meisten Regionen Afrikas nur einen kleinen Teil zur Entwaldung beiträgt. Verantwortlich dafür sind vielmehr die Förster, Tabakpflanzer und Ziegelproduzenten.

Der Solarkocher-Kreuzzug wurde von Idealisten begonnen, die in den Süden kamen, um ihre Projektideen umzusetzen. Sie hatten Zugang zu Geld. Viele kamen als 'Entwicklungstouristen' zu kurzfristigen und unevaluierten Projekten. Für sie waren Solarkocher von Beginn an die Antwort. Sich schuldig fühlend für den Zustand der Welt, waren sie bemüht, Kocher zu spenden, anstatt eine dauerhafte Infrastruktur für ihren Gebrauch aufzubauen. Sie wußten wenig über afrikanische Dörfer, und die Kürze ihres Aufenthaltes trug das ihre dazu bei, daß sie kaum etwas lernten. Sie kamen mit einer einseitigen Technologiefixierung. Oft gingen sie desillusioniert weg, weil die Einheimischen, die im Planungsprozeß nie gefragt worden waren, ihre 'Lösungen' nicht akzeptierten.

Warum gehen diese Projekte weiter, selbst wenn sie fehlschlagen? Weil es wenig kritische Evaluation und Selbstanalyse in den Nord-Organisationen gibt, die, kaum zu Hause, weiter Geld für die Technologie sammeln. Sie glauben naiv, die Zahl der verteilten Kocher stimme mit der der benutzten überein. Sie bekommen sogar Auszeichnungen für ihre Arbeit. Zum Beispiel vergab eine japanische Organisation einen Preis an einen Solarkocher-Aktivisten von der Princeton University, weil die Solarkocher die Emission von Treibhausgasen in Afrika reduzierten. Sein Projekt war übrigens das erfolgloseste von allen, die wir untersuchten. Treibhausgase reduzieren? Wo kommen denn diese bitteschön her? Warum können nicht die energieintensiven Küchen von Los Angeles, Madrid und Sydney zum Gebrauch von Solarkochern mobilisiert werden?

Solarkocherprogramme haben überall in der Welt sehr begrenzten Erfolg gehabt. Die Kocher werden nicht benutzt, weil die meisten Leute im Süden wie im Norden es vorziehen, in ihren Häusern zu kochen, oft zu Zeiten, wenn die Sonne nicht scheint. Ihre Kochgewohnheiten haben sich anhand traditioneller Methoden entwickelt – Methoden, die sie am besten beherrschen und an die sie gewöhnt sind. Ähnlich wie Mikrowellenherde können Solarkocher niemals einen normalen Herd oder ein Drei-Steine-Feuer ersetzen. Bestenfalls bleiben sie ergänzende Kochwerkzeuge. Sicher gibt es Ausnahmen, in denen Solarkocher die erste Wahl sind, zum Beispiel, wenn die Sonnenstrahlung ausreichend und Brennstoff teuer ist wie etwa bei Flüchtlingslagern in ariden Gebieten.

Das Problem ist nicht der Solarkocher, sondern eine Vorstellung von Entwicklungszusammenarbeit, die im Norden nicht akzeptierte 'gute' Ideen in den Süden transplantiert, in der Hoffnung, daß man dort empfänglicher ist. Aber 'nachhaltige Entwicklung' heißt nicht, Paradiese mit angepaßten Techologien zu schaffen, sondern den Leuten Wahlmöglichkeiten in ihrem Leben zu geben und die Würde, wählen zu können. Wenn eine Technologie funktionieren soll, muß eine starke lokale Nachfrage vorhanden sein. Nur Einheimische können im Rahmen ihrer alltäglichen Arbeit die Verbreitung neuer Technologien leisten.

Als ich als idealistischer Freiwilliger nach Kenia kam, war eine meiner ersten Aktionen, einem Bauern eine Biogasanlage neben seiner Kuhweide aufzubauen. Ich war glücklich, eine neue innovative Technologie eingeführt zu haben. Nach ein paar Monaten erkundigte ich mich, wie es lief. Zu meinem Ärger war der Biogastank nicht mehr da, und der Bauer meinte verlegen, er sei in Reparatur. Später fand ich heraus, daß er Angst hatte, mir zu sagen, daß er daraus einen Wassertank gemacht hatte. Das war ihm wichtiger als Biogas, zumal es auf seinem Land genug Holz gab. Ich lernte daraus zwei Dinge: Erstens möchten die Einheimischen nicht, daß wir uninformierten Entwicklungshelfer uns schlecht fühlen, und zweitens setzen sie ihre Prioritäten weiter nach ihrem Willen, selbst wenn wir aus dem Norden sie mit unseren überfahren.

► **Mark Hankins** arbeitet bei Energy Alternatives Africa in Nairobi. Der überarbeitete und gekürzte Text erschien im Ecoforum 6/96, Übersetzung cst.

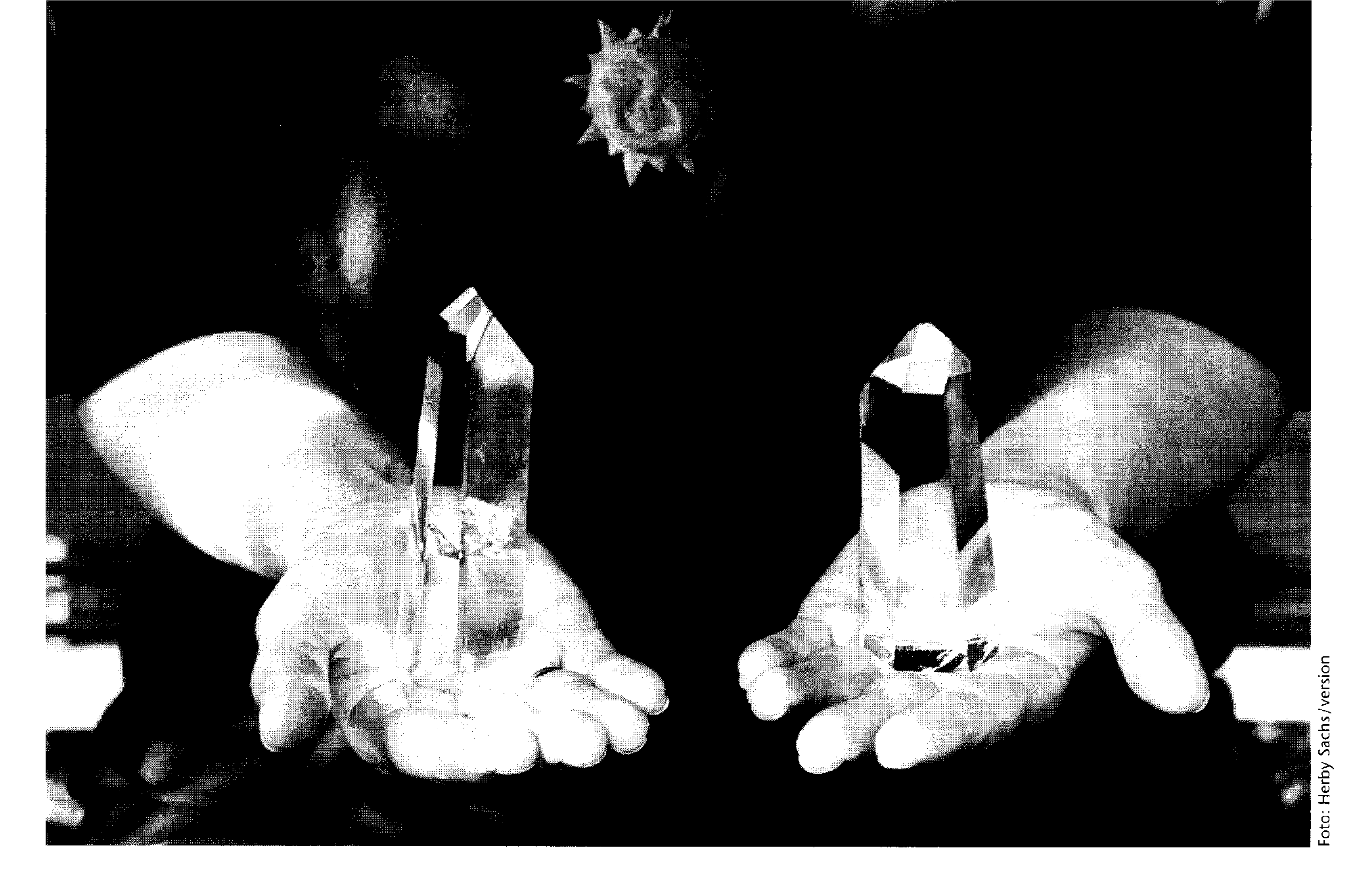


Foto: Herby Sachs/version

Östlichster Osten und westlichster Westen

Die Fusion von Spiritualismus und Biologismus im New Age

von **Maria Wölflingseder**

Die New Age- und Esoterik-Bewegung [1], die im deutschsprachigen Raum seit zehn bis fünfzehn Jahren boomt, hat im Laufe dieser Zeit ihr Erscheinungsbild verändert: von eher abgeschlossenen Zirkeln hin zur Etablierung vieler Ideen in Bereichen der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Politik, der Medien und des Alltagsdenkens. Die Rezeption bereits überwunden geglaubter biologistischer Ansätze ist in den letzten Jahren in den Geistes- und Sozialwissenschaften wieder stark angestiegen.

► In den ersten zehn Jahren des aktuellen New Age Booms war die Rezeption des Gedankenguts, die Teilnahme an einschlägigen Therapien und das Befragen von Tarotkarten, des Horoskops oder des Pendels mehr oder weniger Privatsache; genauso der Glaube an Karma und Wiedergeburt, an die Ideologie von Yin und Yang, an das Anbrechen des harmonischen Wassermannzeitalters bis hin zum Glauben, jede/r sei an seinem/ihrem Schicksal selber schuld: Krankheit, Verhungern, radioaktive Verseuchung oder Völkermord passieren nicht einfach so – ihre Ursachen seien in unserem Seelenhaushalt zu suchen.

Die AnhängerInnen hegten und pflegten ihre esoterischen Vorlieben alleine, mit FreundInnen, in fixen oder losen Gruppierungen, in New Age-Zentren oder auf Seminaren zu den unterschiedlichsten Themen. Zum Kennenlernen für neue Interessierte dienten und dienen vor allem in allen größeren Städten regelmäßig New Age- und Esoterik-Messen. Diese Erscheinungsformen sind zwar immer noch vorhanden, jedoch ist nunmehr vieles bereits »Allgemeingut« geworden.

New Age Ideologie wird zunehmend nicht mehr nur in einschlägigen Publikationen verbreitet, sondern ebenso durch etablierte Medien von der Boulevard-Presse bis zum staatlichen Rundfunk und Fernsehen. Gesundheits- und Psychotherapiekonvente oder Kongresse zu speziellen Themen werden gemeinsam von New Age und etablierten Veranstaltern wie Universitäten, Fernsehen und Rundfunk konzipiert und mit Fachleuten beschickt. Die zahlreichen Urlaubsangebote, die esoterische Seminare oder unterschiedliche Kurse beinhalten, werden nun nicht mehr nur von New Age-Zentren oder Einzelpersonen angeboten, sondern sind in das Programm staatlichen Fremdenverkehrs aufgenommen worden. Fortbildungsseminare für LehrerInnen sind zunehmend von esoterischen Inhalten geprägt. New Age-Ideen finden in Kreisen des gehobenen Managements genauso große Resonanz wie in Bereichen der etablierten Wissenschaft.

Biologismus – zentrales Merkmal der New Age-Ideologie

► Das biologistische Menschen- und Weltbild des New Age hat zweifelsohne mitgeholfen, daß sich nunmehr biologistische Ansätze in der Wissenschaft wieder etablieren können. In politisch unsicheren Zeiten gewinnen längst passé geglaubte Ideologien zunehmend an Bedeutung, die simplifizierende, beruhigende Erklärungen für komplizierte oder angstmachende gesellschaftliche Verhältnisse liefern. Dazu drei Beispiele:

* Im New Age heißt es oftmals, jede/r »bräuchte« genau jene Lebensumstände, unter denen er oder sie lebe, einschließlich dem Leiden an Hunger oder Krankheit als Folge von radioaktiver Verseuchung oder unzureichender Hygiene in sogenannten unterentwickelten Ländern, um an diesen Aufgaben wachsen und sich entwickeln zu können. In der Wissenschaft gewinnen jene wieder an Bedeutung, die behaupten, Intelligenz sei angeboren; die Konsequenz daraus: Jede/r bekäme seinen Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie, der ihm/ihr zustehe.

* Im New Age spielt die Differenz zwischen Mann und Frau eine große Rolle (zum Beispiel im spirituellen Ökofeminismus), aus der selbstredend verschiedene gesellschaftliche Rollen und Arbeitsbereiche abgeleitet werden. In der Wissenschaft gewinnen die Erklärungen aus der Soziobiologie, die gegenwärtig weite

mediale Popularität genießen, zunehmend an Bedeutung: Danach ist die Differenz zwischen den Geschlechtern in erster Linie genetisch determiniert und somit auch ihr gesellschaftliches Verhalten. Der Mann etwa neige »von Natur aus« mehr zu Aggressivität oder zu Promiskuität und Untreue als die Frau.

* Der Indianer- und Naturvölker-Kult des New Age wird oftmals wie folgt ideologisch untermauert: Da diese Völker nun aussterben (bzw. es ihre Bestimmung ist auszusterben), müßten wir Weiße ihre Weisheiten übernehmen und verbreiten. In der Wissenschaft wie generell in weiten gesellschaftlichen Bereichen wird die These von der Überbevölkerung, insbesondere die der sogenannten Dritten Welt, gebetsmühlenartig verbreitet. Überdies wird behauptet, die Bevölkerung der »Dritten Welt« sei das wahre Ökologieproblem.[2]

Was ist das gemeinsame Merkmal dieser biologistischen Theoreme? Ökologische, biologische »Gesetze« und Prinzipien werden als Norm für menschliches Handeln betrachtet. »Natur« wird zur Ideologie und weiter zur Politik. Das heißt, biologische oder auch sogenannte kosmische oder universalistische Gesetze werden auf Mensch und Gesellschaft übertragen. Wobei allerdings vorher etwas in die »Natur«, in den Kosmos, in das Universum hineininterpretiert wird, um es dann auf Mensch und Gesellschaft anwenden zu können – etwa eine angeblich angeborene »Fremden«-Angst. Die politische Nützlichkeit dieser ökologischen, biologischen, kosmischen oder universalistischen »Gesetze« liegt darin, daß in sie eigentlich alles und jedes hineininterpretiert werden kann, um den Erklärungsbedarf für gesellschaftliche Differenzen zwischen Mann und Frau, zwischen »Einheimischen« und »Fremden«, zwischen »Weißen« und »Farbigen«, zwischen Armen und Reichen, zwischen »Erster« und »Dritter Welt« oder zwischen »Intelligenten« und »Dummen« zu decken.

Der aktuelle Erfolg biologistischer und in der Folge rassistischer Welt- und Menschenbilder liegt also in der damit ermöglichten, angeblich wissenschaftlichen Rechtfertigung einer Politik, die Differenzen aufrechterhält und zementiert, sowie in der psychologischen Entlastungsfunktion, die diese Ideologien für jeden Einzelnen bieten. Letzteres trifft eher auf New Age-AnhängerInnen zu.

Füllhorn für alle möglichen politischen Zwecke

► Das Irrationale und Bedrohliche am Biologismus ist also nicht, daß er von Rechten »mißbraucht« wird, wie oft bedauert wird, sondern daß er gleich einem Füllhorn eben für alle möglichen politischen Zwecke benutzt werden kann. Dies geschah auch immer wieder von linker Seite. Die theoretische, wissenschaftliche Unbrauchbarkeit dieses Ansatzes liegt vielmehr in falschen Annahmen begründet: Wer die Natur mit Eigenleben, ja mit »Eigendenken« ausstattet, kann folglich aus ihr beliebige Positionen ableiten, die aber in Wirklichkeit erst vom Menschen in sie hineingelegt werden. Der Fehler liegt also darin, die differentia specifica der Gattung Mensch außer acht zu lassen. Die Natur wird als handelndes Subjekt betrachtet, das sie nie sein kann. Was uns fehlt, wird im New Age als von der Natur Intendiertes eingeklagt, die Natur als Autorität, deren Gesetze uns retten können, da die Menschheit dazu außerstande zu sein scheint. Da die Mühen des analytischen Denkens nicht mehr auf sich genommen werden, wird nicht erkannt, daß Natur a priori frei von Denken ist. Der Mensch alleine hat sich von der Natur gesondert (nicht abgesondert!). Die Mißachtung dieser theoretischen Grunderkenntnis führt also automatisch zu falschen Konsequenzen.

Die weitreichende politische Wirkung biologistischer Welt- und Menschenbilder zeigt einmal mehr, daß das Bedrohliche und Menschenverachtende in erster Linie nicht von einzelnen rechten Personen und Organisationen ausgeht, sondern von Ideologien, die sich nahezu überall etablieren, auch in den Köpfen des Großteils der Bevölkerung oder in jenen von New Age-AnhängerInnen, die keineswegs als rechtsextrem bezeichnet werden können, sowie in etablierten demokratischen Institutionen der als politisch integer Geltenden.

In der Öffentlichkeit wird dieser Umstand meist konsequent übersehen. Beachtung und moralische Abqualifizierung erfahren fast nur einzelne rechtsextreme Personen und Organisationen. Die Auswirkungen dieser ideologischen Verbreitung von biologistischen und rassistischen Ideen zeigt sich etwa auch in den rassistischen Unruhen in den Südstaaten der USA, die nur deshalb hochkommen können, weil sie von Bevölkerung und Politikern geduldet bzw. ideologisch offen oder insgeheim unterstützt werden. In Österreich und Deutschland geht ähnliches vonstatten.[3]

Die Suche nach Sinn und Sinnlichkeit

► Der Psychologe Klaus Ottomeyer weist sehr treffend darauf hin, daß die kapitalistische Ökonomie seit ihrer Entstehung ein notorischer Sinnfresser sei. *»Sie ist nicht nur ein arbeitskrafteinverleibender und umweltzerstörender, sondern auch ein sinnfressender Moloch. Eine Zeitlang konnte der alltägliche Sinnbedarf der (dem Kapitalismus) unterworfenen Individuen noch aus übernommenen vorkapitalistischen Sinnsystemen, dem Christentum und der patriarchalischen Familie befriedigt werden.«* Der Protestantismus hat jedoch mitgeholfen, dem Religionsfetisch der Katholiken den Kapitalfetisch entgegenzusetzen. Der Prunk und Pomp, sowie die Marien- und Jesusverehrung des Katholizismus, die sehr viel sublimierte Sexualität enthält, wurde mehr und mehr abgelöst vom nüchternen protestantischen Arbeitsethos, dem Gelderwerb als Hauptquelle des Lustgewinns gilt.

Das im New Age so zentrale Bedürfnis nach Spiritualität ist eigentlich das Bedürfnis nach der verlorenen bzw. noch nicht zu sich gekommenen Sinnlichkeit. Ottomeyer schreibt: *»Die Produktionssphäre ist überwiegend und mehr denn je kapitalistisch (und bürokratisch) organisiert. Die Lohnabhängigen müssen sich selbst für einen außerhalb dieser Welt liegenden Zweck instrumentalisieren und disziplinieren, die eigene Sinnlichkeit immer noch 'asketisch' unter Kontrolle bringen.«* Der nicht lebbaren Sinnlichkeit wird versucht mit einer übersinnlichen Spiritualität beizukommen. *»Im raschen Bezug auf die spirituelle Dimension wird weder die Seite der individuellen Lebensgeschichte eines Menschen noch die Seite der Gesellschaftsgeschichte ernstgenommen und kommen nicht zueinander.«*

Der Ganzheits- und Symbiosewunsch wird im New Age von Ottomeyer richtigerweise als eine Folge zunehmender Zerrissenheit von moderner Identität analysiert, der Transformationskult als Resultat der gesellschaftlichen Blockierung von Zukunftsentwürfen und das seltsam anmutende Pathos vieler New Age-VordenkerInnen als Ergebnis der Konkurrenz, die unter den MarktteilnehmerInnen herrscht. Menschliche Beziehungswünsche, die immer weniger tragfähig sind, werden zunehmend in den Kosmos projiziert; und einer meiner Thesen zufolge werden die immer weniger stattfindenden gelingenden sexuellen Befriedigungen zwischen Menschen offensichtlich mehr und mehr durch den Wunsch nach Spiritualität ersetzt.

Im östlichen Denken ortet Ottomeyer zwar mehr Identität, mehr Verschmolzenheit zwischen Subjekt und Objekt, zwischen Mensch und Kosmos als im westlichen, jedoch zeigt er, daß auch Hinduismus und Buddhismus als Reaktion auf eine Klassengesellschaft mit despotischen zentralen Instanzen entstanden sind, und es sich dabei somit um eine auf Leid und Trennung antwortende Weltfluchtbewegung handelt. Wie im New Age üblich, interessieren aber nie die Wirtschafts- und Lebensformen der Lieferanten von neuen Ideen, weil diese nicht für ausschlaggebend erachtet werden, sondern lediglich die Macht des Bewußtseins, des Geistes zählt.

Die zentralen Ideologeme des New Age sind reine Glaubensfragen. Dies macht neben der sinnspendenden und trostreichen Wirkung und der oft rezepthaften Lebensanleitungen den religiösen Charakter des New Age aus. Wenn mit »Natur«, mit Weiblichkeit, mit Heiligkeit, mit Spiritualität Politik gemacht wird, hört die Verständigung auf. Wissenschaft wird durch Glauben, durch Religion ersetzt.

In unserer verdinglichten Welt, in unserer kapitalistischen Welt, in der die ökonomischen »verschleierten und verkehrten Verhältnisse« (Marx) auch vor dem Bewußtsein nicht haltmachen, sind Religion und Spiritualität genauso ein notwendiges Mittel zur Alltagsbewältigung wie der sogenannte »Gesunde Menschenverstand« und das »Alltagsbewußtsein«, aber kein angeborenes Bedürfnis, wie oft behauptet wird.

AnhängerInnen von New Age und biologistischen Ideologien mögen zwar die Ausweglosigkeit der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse richtig erkannt haben, zumindest ein Gefühl dafür scheint schon da zu sein; jedoch erliegen sie dennoch der allgemeinen



Der Geist in der Kamera

Foto: Herby Sachs/version

»Verdinglichung des Bewußtseins« (Marx), das kein spezieller psychischer Zustand ist, sondern der gesellschaftliche Lebensprozeß selbst. Das heißt, verkehrt sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht das spontane Bewußtsein davon, das notwendigerweise auch all die Trost-Ideologien beinhaltet, die das New Age bietet.[4]

New Age könnte man auch als »Strafe« für fehlende linke Utopien bezeichnen. New Age-AnhängerInnen haben oftmals (vielleicht besser als Linke) erkannt, daß die Logik unseres Systems in ökologische, in soziale, in humanitäre und andere Sackgassen geführt hat und noch weiter führen wird. Daher ist auch die vielbejammerte sogenannte Politikverdrossenheit, die bei New Age-AnhängerInnen ebenso gegeben ist wie bei einem Großteil der Bevölkerung, der seine Sinnlücken mit Konsum jeglicher Art stopft, nicht nur als antiemanzipatorisch anzusehen. Politik bzw. Demokratie im herrschenden Sinn sind nicht mehr imstande zu leisten, was sie versprechen.[5]

Stattdessen wären Utopien, die über unser aktuelles ökonomisches und politisches System hinausweisen, dringend vonnöten. Diese fehlen in linken Zusammenhängen fast gänzlich, und die des New Age weisen allerdings in eine falsche Richtung.

In Teufels Küche

► In unserem verdinglichten Leben unter kapitalistischen Verhältnissen stellt die New Age-Ideologie wie Religionen auch eine verständliche und »notwendige« Trost- und Sinngebung dar. Die New Age-»Religion« enthält aber kein rigides enges Glaubens- und Verhaltensdogma, sondern gemäß postmoderner Beliebigkeit kann hier aus einem reichhaltigen Angebot wie in einem Supermarkt gewählt werden. Spiritualität und Glauben stehen verständlicherweise kritisch-analytischem Denken im Wege und führen so logischerweise in »Teufels Küche«.

Das richtige Erkennen der Ausweglosigkeit unserer kapitalistischen Sackgassen führt im New Age allerdings nicht aus diesen heraus, sondern nur noch tiefer hinein. Die Suche nach »höheren« Auswegen führt in den Kosmos, in die vermeintliche Sicherheit und Geborgenheit der Vergangenheit oder zurück zur »Autorität Natur«. Der Teufel kann aber nicht mit dem Beelzebub ausgetrieben werden.

Anmerkungen:

1 Der Begriff »New Age« ist im vorliegenden Artikel eine Sammelbezeichnung für sämtliche Ideologien, die das Anbrechen des harmonischen goldenen Wassermannzeitalters, neues Denken oder den Sprung auf eine höhere transzendente kosmische Bewußtseinsebene und vieles andere verkünden; aber auch eine Bezeichnug für Ideologien, die von biologistischem Denken geprägt sind, wie etwa auch das der Bioregionalismus-Bewegung, die in Europa eben erst Fuß faßt. Biologistisches Denken ist aber beispielsweise auch in weiten Teilen der etablierten Öko-Bewegung vorhanden. »New Age« ist somit eine Bezeichnung für ein Phänomen, dessen Facetten sehr vielschichtig, sehr unterschiedlich und auch gegensätzlich sind.

2 Zum Mythos dieser Ideologie vgl. Susanne Heim/Ulrike Schaz: 1996a

3 Ausführlicher zum Thema Biologismus vgl. Maria Wölflingseder: 1995

4 Vgl. Volkmar Sigusch: 1994

5 Vgl. Franz Schandl: 1995

Literatur:

► Susanne Heim/Ulrike Schaz (1996a): Berechnung und Beschwörung. Eine Monographie zur Geschichte der Überbevölkerungsdiskussion im 20. Jahrhundert, Berlin/Göttingen.

► Susanne Heim (1996b): »Überbevölkerung« – Anmerkungen zur Geschichte und Aktualität eines Mythos. In: »Weg und Ziel« Nr. 3.

► Klaus Ottomeyer (1992): New Age verdiente Strafe für die Sünden der akademischen Psychologie. In: Eduard Gugenberger/Roman Schweidlenka (Hg.): Mißbrauchte Sehnsüchte?, Wien.

► Franz Schandl (1996): Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft, Wien.

► Volkmar Sigusch (1994): Die Mystifikation des Sexuellen, Frankfurt/Main.

► Maria Wölflingseder (1995): Biologismus »Natur« als Politik. New Age und Neue Rechte als Vorreiter einer (wieder) etablierten Ideologie. In: Gero Fischer/Maria Wölflinseder (Hg.): Biologismus – Rassismus – Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch. Wien.

► **Dr. phil. Maria Wölflingseder** lebt in Wien und gab zuletzt mit Gero Fischer das Buch »Biologismus – Rassismus – Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch«, Wien 1995, 260 Seiten, 29.80 DM, heraus.

Uncle Toms Haken

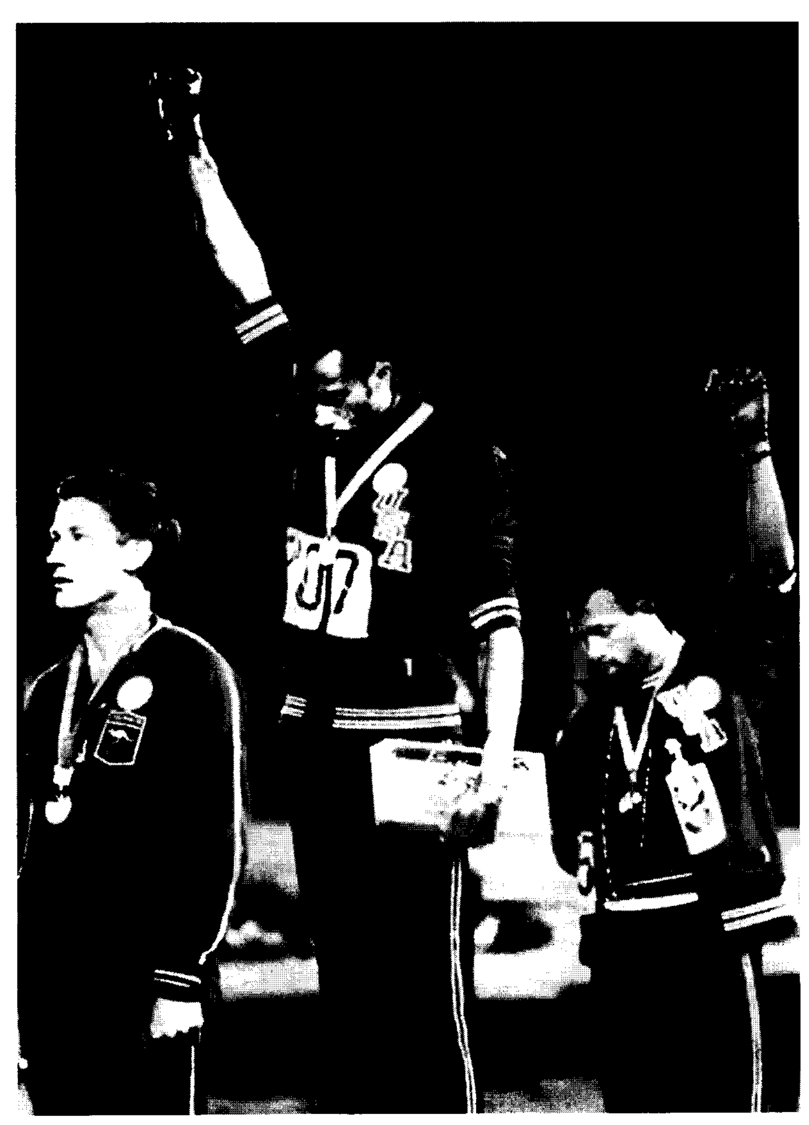
Sport und Stereotyp: Schwarze Boxer in den USA – (Teil III)

von **Mike Marqusee**

Muhammad Alis Weigerung, in Vietnam zu kämpfen, machte ihn auch bei den Leuten zu einem Helden, die nichts vom Boxen verstanden. Seine eigentliche Ausstrahlung liegt jedoch vor allem darin, daß er als einer der ersten ein politisches Verständnis des Schwarzseins repräsentierte.

► Ursprünglich war Ali ausgemustert worden, weil er bei den Intelligenztests so schlecht abgeschnitten hatte. Aber als die USA den Krieg verschärften, senkte das Pentagon die Ansprüche, und im Februar 1966 wurde er in die Tauglichkeitsstufe 1A klassifiziert. Auf die Nachricht hin äußerte er sich mit den Worten: »Ich habe keinen Streit mit diesen Vietcong.« Diese spontane Bemerkung wurde zu Alis Leitmotiv in seinem langen Kampf gegen die US-Regierung.

Das politische und das sportliche Establishment reagierte prompt und feindselig. Das Parlament des Staats Kentucky, das ihn für seine Goldmedaille geehrt hatte, verurteilte ihn nun, weil er »alle loyalen Bürger in Kentucky in Verruf bringe«. Der Staat Illinois verbot ihm, seinen Titel gegen den Herausforderer Ernie Terrell zu verteidigen. Namhafte Sportjournalisten forderten zu einem Boykott von Alis Kämpfen auf, ebenso rechte Politiker wie der Kongreßabgeordnete Frank Clark aus Pennsylvania: »Der Schwergewichtsweltmeister ist ein einziger Schandfleck. Ich fordere alle Bürger der Nation auf, seine Darbietungen zu boykottieren. Der Wagen mit seinem Sarg sollte aus dem Stadion über die Hauptstraßen der USA fahren.«



Für die Macht und die Einheit des schwarzen Amerika

Der Kampf gegen Terrell wurde schließlich abgesetzt, und Ali mußte seinen Titel im Ausland verteidigen. Dennoch weigerte er sich abzuschwören und formulierte seine Ablehnung des Krieges sogar noch deutlicher: »Warum fordern Sie mich auf, eine Uniform anzuziehen und 10.000 Meilen weit weg von zu Hause Bomben und Kugeln gegen braune Menschen in Vietnam zu werfen, während sogenannte Neger in Louisville wie Hunde behandelt werden?... Ich habe nichts zu verlieren, wenn ich aufstehe und nach meiner Überzeugung handle. Also werde ich ins Gefängnis gehen. Wir sind 400 Jahre im Gefängnis gewesen.«

Als er schließlich 1967 in Hudson gegen Terrell antrat, waren die Wetter schockiert über seine Aggressivität. Terrell galt als Alis gefährlichster Gegner seit Liston, hatte ihn aber in einer Pressekonferenz vor dem Kampf »Clay« genannt. Während Ali auf Terrell eindrosch, brüllte er immer wieder: »Wie heiße ich? Onkel Tom, wie heiße ich?« Die New Yorker Zeitung *Daily News* beschrieb den Kampf als »ein abstoßendes Beispiel berechnender Grausamkeit, einen offenen Verstoß gegen den Anstand, gegen den Sportsgeist und den Begriff von Gut und Böse«. Die Gewalt, die Ali im Ring (aber innerhalb der Regeln) zeigte, wurde von denselben Leuten als verwerflich bezeichnet, die ihn für seine Weigerung verurteilten, in Vietnam eine potentiell weitaus tödlichere Gewalt anzuwenden.

Die Regierung versicherte, daß Ali nicht würde kämpfen müssen. Wie früher Joe Louis würde er Schaukämpfe austragen können und, wie Ali es ausdrückte, »ein leichtes Leben haben und nicht im Dreck herumkriechen, kämpfen und schießen müssen«. Aber Ali lehnte alle einfachen Lösungen ab, einschließlich die des politischen Exils im Ausland.

Man muß sich vor Augen halten, daß 1966 die Ablehnung des Krieges zwar zunahm, aber noch alles andere als populär war. Erst ein Jahr später distanzierten sich Bobby Kennedy und der »liberale« Flügel der Demokratischen Partei von Präsident Lyndon B. Johnson. Die bekannteren Führer der Bürgerrechtsbewegung vermieden es, sich zu dem Thema zu äußern, denn bis in die späten sechziger Jahre lautete das Credo des weißen Establishments sowie vieler Führer der Schwarzen, daß Schwarze nur weiterkommen könnten, wenn sie sich als »gute Amerikaner« erwiesen. Gefragt waren »patriotische Schwarze« wie Joe Louis und Floyd Patterson.

Ali war tatsächlich den etablierten Führern der Bürgerrechtsbewegung voraus und brachte besser die Stimmung in den Ghettos zum Ausdruck, wo der wirkliche Preis für den Krieg bezahlt wurde. Am 29. März 1967 traf sich Martin Luther King privat mit Ali in Louisville und lobte dann öffentlich dessen Haltung. Am 4. April 1967 entschloß sich King nach gründlicher Gewissenserforschung in einer langen Rede in der Riverside-Kirche New York gegen den Krieg aufzutreten. Ein paar Wochen später wurde Ali in Houston einberufen. Er ignorierte dreimal den Versuch des Unteroffiziers, ihn mit dem Namen »Cassius Clay« aufzurufen. Dann unterschrieb er ein Dokument, in dem er formell den Kriegsdienst aus religiösen Gründen verweigerte und erklärte der Presse: »Ich bin stolz auf den Titel 'Schwergewichtsweltmeister', den ich in Miami am 25. Februar 1964 gewonnen habe. Der Träger dieses Titels sollte jederzeit den Mut besitzen, zu seinen Überzeugungen zu stehen und gemäß seinen Überzeugungen zu handeln, nicht nur im Ring, sondern in allen Phasen seines Lebens.«

Keep asking me, no matter how long on the war in Vietnam, I sing this song I ain't got no quarrel with the Vietcong.

Ali wurde zu fünf Jahren Gefängnis und zehntausend Dollar Strafe verurteilt. Er kam gegen Kaution frei und begann ein dreijähriges Berufungsverfahren bis hin zum Obersten Gerichtshof. Es wird deutlich, daß Ali seine Pflichten als 'role model' radikal neu definiert hatte. Als Konsequenz darauf erkannten ihm die Sportfunktionäre seinen Titel ab, ohne sich die Mühe einer Anklage, geschweige denn eines förmlichen Verfahrens zu machen. Ali sah sich gezwungen, den Boxsport aufzugeben. Um sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen, hielt er Vorträge an Universitäten im ganzen Land. Die radikalen Studenten unterstützten ihn begeistert, auch wenn sie mit seinen Predigten über die Übel der Integration, der Drogen und des Sex nicht einverstanden waren.

Muhammad Ali gab nicht nur Tausenden den Mut, den Kriegsdienst zu verweigern, er löste auch eine Protestwelle unter schwarzen Spitzensportlern aus. Im Studienjahr 1967/68 forderten schwarze Sportler in 37 überwiegend weißen Colleges und Universitäten mehr schwarze Trainer und Trainingsmöglichkeiten. Im selben Jahr schlossen sich schwarze Sportler im Olympic Project for Human Rights (OPHR) zusammen, dessen erste Forderung darin bestand, daß Muhammad Ali seine Titel zurückerhalten solle. Die zweite Forderung war der Rücktritt des Rassisten Avery Brandage als Vorsitzender des Nationalen Olympischen Kommitees der USA, die dritte der Ausschluß von Südafrika und Rhodesien von internationalen Wettbewerben.

Ursprünglich war das OPHR für einen Olympiaboykott der Schwarzen eingetreten, aber nachdem Südafrika ausgeschlossen worden war, richtete es sein Augenmerk darauf, die Olympischen Spiele von innen heraus zu unterwandern. Die mächtige Symbolik des Siegertreppchens – die Feier individueller Höchstleistungen im Dienst des Nationalstaats – stand im direkten Widerspruch zu den Forderungen der »Black Consciousness«, die sich zu dieser Zeit unter schwarzen amerikanischen Sportlern rasch ausbreitete, und sollte deshalb angegriffen werden.

Am 16. Oktober 1968 errang Tommy Smith, 24-jähriger Sohn eines Wanderarbeiters, die olympische Goldmedaille im 200-Meter-Lauf mit einem neuen Weltrekord. Bronze gewann John Carlos, ein weiteres Mitglied des OPHR. Auf dem Siegertreppchen senkten die beiden die Köpfe und erhoben ihre geballte Faust, während die US-Nationalhymne abgespielt wurde. Tommy Smith erläuterte ihre Geste: »Ich trug an der rechten Hand einen schwarzen Handschuh und Carlos trug den linken Handschuh dazu. Meine erhobene Faust stand für die Macht des schwarzen Amerikas. Carlos' erhobene linke Faust stand für die Einheit des schwarzen Amerikas. Zusammen formten sie einen Bogen der Einheit und der Kraft. Der schwarze Schal stand für den schwarzen Stolz. Die Füße in schwarzen Socken ohne Schuhe standen für die Armut der Schwarzen im rassistischen Amerika. Alles, was wir taten, zielte darauf ab, die Würde der Schwarzen zurückzugewinnen.«

Die Rhetorik des individuellen Sieges und des nationales Ruhms wurde durch eine Sprache der Solidarität ersetzt, die darauf hinauslief, die USA und alles, was sie repräsentierten, zu verwerfen. Tausende von Schwarzen waren schon für geringere Vergehen gelyncht worden. Smith und Carlos warf man aus dem olympischen Dorf, es wurde ihnen verboten, weiter an den Olympischen Spielen teilzunehmen, und zuhause wurden sie schlechtgemacht.

Das Problem der Behörden war aber, daß in den Augen des Publikums Smith und Carlos jeweils der beste und der drittbeste Zweihundertmeterläufer blieben, genauso wie Ali nach wie vor Schwergewichtsweltmeister war. Sie hatten diese Auszeichnungen im offenen und fairen Wettbewerb gewonnen. Die Unterstützung für Ali wuchs nicht nur deswegen, weil sich die öffentliche Meinung gegen den Krieg wandte, sondern auch, weil er sich auf die egalitäre Autonomie des Sports berufen konnte. Dem landläufigen Verständnis der Spielregeln entsprechend war Ali der Champion, und es spielte keine Rolle, was die Behörden sagten. Als die Funktionäre Meisterschaftskämpfe veranstalteten, um seinen »vakanten« Titel zu vergeben, warnte Ali: »Jeder weiß, daß ich der Champion bin, mein Geist wird alle Stadien heimsuchen. Ich werde da sein, mit einem Leinentuch bekleidet und flüstern: Ali, Ali«.

Alles, was wir taten, zielte darauf ab, die Würde der Schwarzen zurückzugewinnen.

Ali war 25 Jahre alt, als ihm sein Titel aberkannt wurde, er durfte 29 Monate lang zu keinem Boxkampf antreten, und das zu einer Zeit, als er sich gewiß auf dem Höhepunkt seiner sportlichen Fähigkeiten befand. Im Juni 1970 hob der Oberste Gerichtshof seine frühere Verurteilung auf, denn es war bekannt geworden, daß das FBI illegal sein Telefon angezapft hatte.

Als er den Boxring wieder betreten durfte, verlor er im März 1971 gegen Joe Frazier. Offiziell war Frazier der Weltmeister, aber in Wirklichkeit würde er erst dann als wahrer Träger des Titels anerkannt werden, wenn er Ali geschlagen hatte. Es war ein brutaler Kampf, der erste von dreien, die die beiden in den nächsten vier Jahren austrugen.

Ali wußte inzwischen, wie er hinsichtlich der Rassenfrage argumentieren mußte, und er kannte die symbolische Macht des Boxrings. Mehr als irgend jemand sonst verstand er es, diese beiden Faktoren so zu kombinieren, daß ihm eine breite Unterstützung gewiß war (wie ein guter Verkauf von Eintrittskarten). »Frazier ist kein richtiger Weltmeister. Niemand will mit ihm reden. Ach, vielleicht ruft ihn Nixon einmal an, wenn er gewinnt. Mich wird er gewiß nicht anrufen. Aber 98% von meinen Leuten sind für mich. Sie identifizieren sich mit meinem Kampf. Es ist der gleiche Kampf, den sie Tag für Tag auf der Straße austragen müssen. Wenn ich gewinne, gewinnen sie. Wenn ich verliere, verlieren sie. Jeder Schwarze, der meint, daß Frazier mich verhauen kann, ist ein Onkel Tom.«

Allerdings hätte sich Frazier, der unter den Ärmsten der armen Schwarzen in South Carolina aufgewachsen war, mit mehr Berechtigung auf den Mann von der Straße berufen können als Ali.

Frazier nahm es Ali übel, daß er ihn als einen zweiten Liston darstellte, und er ist auch heute einer der wenigen Leute, die bereit sind, öffentlich etwas Unvorteilhaftes über Ali zu sagen. »Er hat mich Onkel Tom genannt. Er hat mich den Champion des weißen Mannes genannt. Das war alles bloß ein Schwindel, um die Leute gegen mich aufzubringen. Damit hat er sich selbst geholfen, nicht den Schwarzen. Ali war kein Führer der Schwarzen. ... Viele Leute sind an diesem Abend zu dem Kampf gegangen, um zu sehen, um mitzuerleben, wie ich Clay einen Kopf kürzer mache, und ich habe mein Bestes getan, um sie zufriedenzustellen.«

Aber das war genau Joe Fraziers Tragik: Die Leute, die wollten, daß er Ali schlagen sollte, waren verstockte Rassisten oder Mitglieder des alten Boxestablishments. Seine bittere Klage, daß Ali ihm sein Schwarzsein gestohlen habe, zeigt, wieviel sich seit den Tagen Listons und Pattersons geändert hatte. Schwarzsein war zum positiven Attribut geworden: verkaufsfördernd für professionelle Sportler, ein Schlüssel zum Erfolg im Rahmen der Gleichheit auf dem Spielfeld und außerhalb desselben – eine Entwicklung, die sich in nicht geringem Maße Muhammad Ali zugute halten konnte.



...repräsentierte einen politischen Begriff des Schwarzseins
Foto: Norbert Rzepka

Der Höhepunkt Alis Karriere war der Kampf gegen Foreman in Zaire im Oktober 1974. Nachdem er Frazier in einem zweiten, mühevollen Kampf im Januar geschlagen hatte, hatte er sich die Chance verdient, gegen den neuen Schwergewichtsmeister George Foreman anzutreten, der allgemein als der Mann mit dem härtesten Schlag seit Jahrzehnten galt. Mit 32 Jahren fand sich Ali einmal mehr in der Rolle des hoffnungslos Unterlegenen wieder, der gegen eine unbesiegbar scheinende Kraftmaschine antreten mußte.

Als Bühne für Afrikas ersten Weltmeisterkampf im Schwergewicht war Kinshasa vorgesehen, was dem damals in der schwarzen amerikanischen Bourgoisie populären Afrikanismus entsprach. Mobutu wollte mit dem Kampf vor allem seine Macht im Land festigen, außerdem sein Land als eine moderne, aufstrebende Gesellschaft darstellen, die ausländisches Kapital willkommen hieß. Dem Kampf selbst ging eine lange Darstellung von staatlich geförderten »Stammes«tänzen voraus. Dem Mobutu-Regime diente dies dazu, auf der Bühne der weltumspannenden Medien die afrikanische Tradition zu betonen. Aber dieser Tanz war ebenso wie der darauffolgende Boxkampf die kommerzielle Darstellung schwarzer Körper zur Unterhaltung eines vorwiegend weißen Fernsehpublikums. Der Kampf integrierte Afrika in das Weltsystem des modernen Sports – jedoch in einer untergeordneten Position.

Als Ali-Fan sah ich den »Donner im Dschungel« (wie Ali es nannte) als einen letzten, wahrscheinlich aussichtslosen Versuch meines Helden, an vergangenem Ruhm anzuknüpfen. Ich mußte bald feststellen, daß ich nicht der einzige war, der so dachte. Viele Linke nahmen den Kampf sehr wichtig. Ein Freund von mir, ein politisch aktiver Asiate, der sich nicht für Boxen interessierte, sah sich den Kampf in einem Londoner Kino an, weil Ali für ihn »einen politischen Begriff des Schwarzseins« repräsentierte; ein anderer Freund von mir, ein jüdischer Trotzkist, tat das gleiche, weil Ali und Chrustschow die Helden seiner Kindheit gewesen waren.

Mit dem Sieg gegen Foreman rechtfertigte Ali alle Prahlereien, die er sich je geleistet hatte. Er selbst erklärte seine Attraktivität so: »Die Leute wollen gern Wunder sehen. Die Leute wollen gerne Underdogs sehen, die sich durchsetzen. Die Leute wollen gerne dabei sein, wenn Geschichte gemacht wird.« Aber es steckte mehr dahinter. Es war der Triumph von Intelligenz und Persönlichkeit über unpersönliche Muskulatur. Es war auch ein Triumph der Prinzipienfestigkeit und Solidarität über Berechnung und Egoismus. Aus diesem Grund empfanden Menschen überall in der Welt Alis Triumph als ihren Triumph.

Nach dem Kampf in Zaire mußten selbst Alis alte Feinde zugeben, daß er wirklich »der Größte« war. *Sports Illustrated* erklärte ihn zum »Sportler des Jahres«, Präsident Gerald Ford lud ihn ins Weiße Haus ein, was allgemein als ein Symbol der nationalen Versöhnung nach Vietnam und Watergate interpretiert wurde. Zudem erschien Ali weniger bedrohlich, nachdem die Protestwelle zurückgegangen war und die Befreiungsbewegung der Schwarzen auf der Stelle trat. Nach Zaire wurde er zum Liebling der Medien.

Alis letzte Jahre im Ring waren tragisch. Manche meinen, er sei so lange aktiv geblieben, weil er die Zeit wettmachen wollte, die er durch seinen Widerstand gegen den Vietnamkrieg verloren hatte. Andere sagen, daß sein Ego ihm nicht erlaubte, die Wahrheit zuzugeben: daß er schon längst seine besten Zeiten hinter sich hatte. Es besteht allerdings kein Zweifel darüber, daß einer der wesentlichen Gründe, warum Ali auch in den späten 70er Jahren weiterboxte, der war, daß er das Geld brauchte: Er hatte Millionen verdient, aber er hatte auch Millionen verschenkt.

Als die sozialen Bewegungen abebbten, verschwamm sein politisches Profil und wurde zusehends konfuser. 1980 sandte ihn Präsident Carter nach Afrika, um dort um Unterstützung für den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau durch die USA zu mobilisieren. Die afrikanischen Politiker sagten Ali klar und deutlich, daß sie die Haltung der USA für bloße Heuchelei im Rahmen des Kalten Krieges hielten. Ali kam verwirrt und beschämt zurück. 1984 unterstützte er die Präsidentschaftskandidatur Reagans, ließ sich aber 1988 mit Jesse Jackson photographieren. Im November 1990 fuhr er in den Irak und überredete Saddam Hussein, 15 Geiseln freizulassen, die er in der Zeit vor dem Golfkrieg gefangen hielt.

Heute leidet Ali unter der Parkinsonschen Krankheit, Folge einer Verletzung des Gehirnstamms, die er sich im Boxring zugezogen hat. Wenn man also den Boxsport rehabilitiert, weil er uns Muhammad Ali gegeben hat, muß man ihn auch verdammen, für das, was er aus Muhammad Ali gemacht hat.

Eine rassistische und hierarchische Symbolik hat schon immer sportliche Kämpfe überschattet, vor allem das Boxen. Diese Symbolik wird den Beteiligten von außen aufgezwungen, durch dieselben elitären Kräfte, die auch in anderen Bereichen die öffentliche Meinung prägen. Wie wir gesehen haben, hat Ali diesen Prozeß auf den Kopf gestellt. Er war Herr und nicht mehr Knecht des Boxens, und dies gelang ihm, weil er sich als Diener einer wichtigeren Sache betrachtete. Die Verflechtung seiner Kämpfe mit Politik war keine bloße Beigabe. Sie bestimmte seine Herangehensweise im Ring und schließlich auch seinen Erfolg. Nach Meinung des Journalisten Gary Smith von *Sports Illustrated* begriff Ali, daß man, »wenn man groß sein will, etwas haben muß, das außerhalb von einem selbst steht und in dem man aufgeht. ... Wenn du für dich selbst kämpfst, ist es vielleicht dein Kampf gegen die ganze Welt, und das beflügelt dich, aber es wird dir nie die Kraft geben, die Ali hatte. Muhammad kämpfte für mehr als für sich selbst. ... Seine Mission war gewaltig.«

Gekürzte Fassung des englischen Originalbeitrags »Sport and stereotype: from role model to Muhammad Ali« aus Race and Class 36/4 (1995), übersetzt von Christian Neven du-Mont. Der gesamte Artikel ist über das **iz3w** *für DM 6,- in Briefmarken zu beziehen.*

Das Risiko zu schreiben

Ein Interview mit der Schriftstellerin Assia Djebar

Assja Djebar ist eine der wenigen Schriftstellerinnen aus dem Maghreb, deren Werke auch international Bedeutung erlangten. In Algerien spielt die französischschreibende Autorin hingegen nur eine marginale Rolle: Keiner ihrer Romane wurde bislang ins Arabische übersetzt. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des iz3w stellte sie ihr neues Werk »Weißes Algerien« vor und sprach über ihre künstlerische Biographie, die nicht unwesentlich von einem Zwischen-den-Sprachen-Sein bestimmt ist.

Bernhard Thill: Frau Djebar, sieht man vom Berberischen ihrer Großmutter ab, sind Sie zumindest mit zwei Sprachen aufgewachsen – dem Französischen und Arabischen. Wie wirkt sich das auf Ihr Schreiben aus?

► Assia Djebar: Als ich meine ersten Romane schrieb, stellte sich mir mein Verhältnis zum Französischen noch nicht als Problem dar. Französisch war meine Sprache für das Schaffen und die Imagination, während das Arabische meine Sprache für den Familiengebrauch und meine Gefühle war. Diese »Zuständigkeiten« gerieten ins Schwanken, als ich Ende der 70er-Jahre das Bedürfnis empfand, mich dem autobiographischen Schreiben anzunähern. Über sich selbst als Frau zu sprechen, schließt unmittelbar emotionale Aspekte ein. Daraus ergab sich für mich das Problem des »Zwischen-zwei-Sprachen-Seins«. Ob ich wollte oder nicht, ich mußte mich von diesem Moment an zwischen den beiden Sprachen einrichten und mich mit der Geschichte und dem Weg der beiden Sprachen sowohl in mir als auch im Land konfrontieren. Das ist für mich zum Wichtigsten beim Schreiben geworden.

Die Sprache des Films hat Ihnen in dieser Hinsicht neue Wege eröffnet?

► Ich kam zum Film weniger der Bilder wegen, sondern wegen des Tons. Er ermöglichte es mir, mit meiner Muttersprache zu arbeiten. Von den Frauen in meiner Familie lernte ich, wie sich Frauen innerhalb einer Sprache oder eines Dialekts auf eine ganz eigene Art untereinander verständigen können. Diese weibliche Ausdrucksweise wollte und konnte ich nur über den Originalton aufspüren.

In Ihrem Aufsatz »Le Risque d'écrire« (Das Risiko zu schreiben) bekommt man den Eindruck, daß der Film eine befreiende Wirkung hat...

► Eher eine Rückkehr zu den Quellen würde ich sagen, nicht eine Befreiung. Das Zurückgehen an den Anfang. Es gab bei mir wirklich eine Suche nach einem der orientalen Kultur eigenen Stil, der sich von der okzidentalen Kultur unterscheiden sollte und ohne Voyeurismus und platte Verallgemeinerungen auskommt.

Sie sind Historikerin. Gibt es da eine Verbindung zu ihrer Arbeit als Schriftstellerin?

► Bis zu meinem vierzigsten Lebensjahr begriff ich Geschichtswissenschaft als mein originäres Betätigungsfeld als Intellektuelle in Algerien. Meine ganze Leidenschaft galt der Vermittlung kritischen Bewußtseins. In den sechziger und siebziger Jahren setzte die Regierungspolitik der FLN jedoch kontinuierlich auf Arabisierung. An den Universitäten wurden auf brutale Weise ganze Fachbereiche arabisiert. Als ich 1974 aus Paris zurückkam und weiter Geschichte unterrichten wollte, bedeutete man mir, daß ich dann in klassischem Arabisch unterrichten müsse. So fand ich mich als Literaturdozentin wieder. Ich hätte natürlich weiter forschen können, dann aber wie die meisten Historiker und Geographen an eine Universität in Frankreich gehen müssen. Aber das wollte ich nicht, zumal der Algerienkrieg einfach zu nah war. Ich steckte in der Zwickmühle.

Und wo ist die Historikerin geblieben?

► Zunächst zog ich klare Trennstriche zwischen meiner Arbeit als Romanschriftstellerin und der der Historikerin. Erst mit der Autobiographie und dem Roman »L'Amour, la Fantasia« erkannte ich, daß die beiden Bereiche miteinander zu verschmelzen begannen.

Ist es für Sie ein großes Problem, daß Sie des klassischen Arabisch nicht ganz mächtig sind?

► Ja. Seit »Fern von Medina« habe ich viel daran gearbeitet, allerdings nicht, um selbst zu schreiben, sondern um mich mit arabischen Quellentexten auseinandersetzen zu können.

Haben Sie das Gefühl, sich in Paris von der arabischen Kultur entfernt zu haben?

► Nein. Wissen Sie, während des Algerienkrieges gehörte es zum guten Ton zu sagen »Ich fühle mich von meinem Land abgeschnitten«, wenn man im Exil interviewt wurde. In mir hingegen lebt eine kulturelle Erbschaft, deren Essenz eine weibliche ist. Meine Großmutter hat viel dazu beigetragen. Die europäischen Mädchen aus meiner Schulklasse begriffen nicht, daß mein wahrer Reichtum in dieser Weiblichkeit bestand. Für sie war meine verschleierte Mutter nicht mehr als eben irgendeine »Fatima«.

Vielleicht habe ich mir aus diesen Gründen nie den Kopf über meine algerische Identität zerbrochen. Ich fühle mich wirklich zutiefst als Algerierin. Auf intellektueller Ebene fühle ich mich überall ein bißchen zu Hause. Was mich im weiteren Sinne mit der europäischen Kultur verbindet, ist die Musik und die Poesie.

Dieses Sich-zu-Hause-fühlen ist aber nur mit einer gewissen vorsichtigen Seite den Franzosen gegenüber möglich. Sehen Sie, wenn ich Leute auf der Straße treffe, die sagen »Ach, wirklich, Sie sind Algerierin, ich hätte Sie für eine Italienerin gehalten«, und die am Ende mit großen Schwierigkeiten akzeptieren, daß ich es bin und hinzufügen »...vielleicht Berberin? Nein, Sie sind keine Araberin!«, dann sagt das doch schon alles.

Fühlen Sie sich in Paris im Exil?

► Der Begriff Exil ist gleichzeitig zu schwach und zu stark. Ich glaube, ich habe kein Heimweh, ich habe ja meine Erinnerungen. Außerdem ist Paris ja nur zwei Stunden von Algier entfernt und die ganzen Leute kommen und



Assia Djebar Foto: Gertrud Vogler

gehen – ich fühle mich nicht in der Emigration. Ich glaube, daß die ganze Gesellschaft des Maghreb eine erste Diaspora-Erfahrung durchmacht. Vielleicht war die arabisch-berberische Kultur nicht auf diese Art der Erfahrung vorbereitet, dennoch muß sie sich damit auseinandersetzen und sie wertschätzen.

Fahren Sie oft nach Algerien zurück?

▶ Bis '92 und vor allem in der Zeit, als meine Tochter dort studierte, verbrachte ich dort eine Woche im Monat. Als Boudiaf ermordet wurde, war mir sofort klar, daß die Kette der Gewalt nicht mehr abbrechen würde. Eigentlich habe ich erst in den achtziger Jahren wirklich begriffen, daß ich ein bißchen auf Abstand gehen muß. Nie zuvor habe ich dann so viel über Algerien gearbeitet wie aus dieser Distanz heraus.

Welche Rolle hat die Schriftstellerin im algerischen Bürgerkrieg?

▶ Sie muß vor allem überleben, widerstehen und überleben. Was jedoch meine Bücher den anderen bringen, da bin ich erst einmal bescheiden. Wenn ich Menschen treffe, die mir sagen, daß meine Bücher sie anregen, selbst zu schreiben, dann finde ich das sehr wichtig.

Sehr früh habe ich auch meine Erfahrungen mit parteitreuen Kritikern gemacht, die entschieden hatten, daß ich eine bourgeoise Autorin sei, weil ich weder das Wort Revolution benutzt noch eine Kämpferinnenpose eingenommen habe. Außerdem bin ich in der Tat die Tochter einer Städterin, die die traditionelle städtische Kultur in sich trägt, die sich in einer gewissen Zurückhaltung gegenüber Männern, einer Art Neutralität, einer Art Schüchternheit ausdrückt. Im Prinzip besteht der Angriff dieser Kritiker darin, daß sie von einem zu sein verlangen, was man nicht ist. »Ach so, sie gehört ja nicht zum Volk, sie ist nicht die Tochter eines Bauern...!« Wenn ich aber Bauerntochter gewesen wäre, wäre ich nicht zur Schule gegangen!

Seit '62 gibt es in Algerien eine Selbstzerstörung auf der Ebene der Kultur, insbesondere bei den Frauen, wenn sie sich bemerkbar machen und sich in der Öffentlichkeit zeigen. Bei jedem Schritt, den ich mache, gebärden sich die Männer, wie wenn sie von mir verlangen wollten, mich dafür zu entschuldigen, sie um Verzeihung zu bitten, als ob ich ihnen etwas nehmen wollte...

Viele Frauen erleben das so, das war auch schon immer so. Ich will nicht nachtragend sein, aber ich vergesse auch nicht! Ich vergesse meinen Weg nicht. Und diesen Frauenhaß ... ich habe lange gebraucht, um zu kapieren, daß es Frauenhaß ist. Da ich aber Historikerin bin, versuche ich, die Gründe dafür in der Vergangenheit zu finden.

▶ **Bernhard Thill** arbeitet als freier Journalist in Freiburg. Er hat das Gespräch geführt und übersetzt.

Assia Djebars »Weißes Algerien«

von **Chérifa Magdi**

Die Schriftsteller
erlöschen wie Kerzen,
nicht selten von
Ehrungen überhäuft.

▶ Assia Djebar hat keinen Roman geschrieben. Sie legt Variationen vor auf die Frage: »Wie ging in Algier, der schwarzen Stadt, die Übergabe zwischen den gestrigen Henkern und denen von heute vonstatten?« Eine Totenprozession entfaltet Djebar – von Albert Camus, gestorben 1960, bis Said Mekbel, dem Journalisten, der am 3. Dezember 1994 in Algier ermordet wurde. In Algier sterben aber nicht nur die Schriftsteller, alle Freunde sterben, auch der Psychiater Boucebsi, der Soziologe Boukhobza und viele andere wie die namenlose Schulleiterin, die 1994 in ihrem Büro in Algier erstochen wird.

Es ist kein pathetisches Buch, schlicht *eine Begegnung mit Freunden,* eine Annäherung an geliebte Menschen, die im Tod in der Erinnerung an gemeinsame Begegnungen in unterschiedlichen Sprachen weiterleben. Denn die algerische Literatur hat sich *unablässig in einem linguistischen Dreieck bewegt* – das Berberische, das Arabische und das Französische. Die *Territorien des Schreibens sind die Territorien Algeriens.* Das Berberische ist die *Sprache des Felsens und des Bodens,* das Arabische, zu Beginn nur die Sprache der schriftkundigen Minderheit, erlebt seine Metamorphose in einem schillernden, lebendigen Dialekt *mit der Kraft des Protests und des Traums.* Aber anstatt diese Diglossie als Reichtum zu begreifen, sie zu pflegen und zu entwickeln, hat ein barbarisches Erziehungssystem sie unter der Fahne der Arabisierung zu vernichten versucht und Generationen von Halbalphabeten geschaffen. Bleibt das Französische, jahrzehntelang Sprache der Kolonialisten, heute Sprache einer kleinen Minderheit im Exil, die versucht, produktiv zu bleiben, *trotz allem oder mangels einer besseren Alternative.*

Während andere über Algerien schreiben, darum trauern, ihm gute Ratschläge geben, andere wiederum verstummen, erträumt sich Assia Djebar »ihr« Algerien, das zur Zeit ein Algerien der *blutigen Schrift ist.* Sie reflektiert über die Unmöglichkeit zu trauern, solange die Frage unbeantwortet bleibt, weshalb nach der Unabhängigkeit diese Beerdigung stattfand, Vorbote aller weiteren Beerdigungen, *bei der die algerische Utopie zu Grabe getragen wurde,* das Weiß Algeriens besudelt wurde. Assia Djebar wühlt *in den Ruinen eines zerfallenden Wissens,* dessen pathetisches Scheitern Vorbote und Warnung hätte sein müssen.

Keinen Roman hat Assia Djebar geschrieben, aber ein Buch über die Sprache, den Tod und das Weibliche. Es reiht sich nahtlos in ihre vorangegangenen Werke ein, vor allem die beiden herausragenden Romane »Fantasia« und »Die Schattenkönigin«. »Weißes Algerien« ist eine Fortschreibung algerischer Geschichte, die Fortsetzung von »Fantasia«, der Chronik der Eroberung Algeriens im 19. Jahrhundert entlang weiblicher Lebensläufe. Hier wie dort unternimmt Assia Djebar eine Rekonstruktion der klaffenden Wunden, die auf verschlungenen Wegen ins Heute gelangt sind, die Figuren deformieren wie in »Die Schattenkönigin«. Vor allem an den Frauen bleiben die Verletzungen haften. Für sie gibt es keine Befreiung, kein Entrinnen aus der geschlossenen Welt des Harems, den sie tief vergraben in ihrem Innern mit sich tragen. Und Assia Djebar? Sie schreibt dagegen an. *Im Leuchten dieser Wüste, in der Zurückgezogenheit des Schreibens, auf der Suche nach einer Sprache außerhalb der Sprachen, in sich die ganze Raserei der kollektiven Selbstvernichtung auslöschen, wieder im Wort heimisch werden, das allein unser gedeihliches Vaterland bleibt.*

▶ Assia Djebar, Weißes Algerien. Aus dem Französischen von Hans Thill. Unionsverlag Zürich, 271 Seiten, DM 36.-

Anmerkung: Die kursiv gesetzten Textstellen sind Originalzitate von Assia Djebar.

Nichts Neues im Tourismus?

▶ Der Band »Ferntourismus und Dritte Welt« des Düsseldorfer Geographieprofessors Karl Vorlaufer war seit zwölf Jahren eines der wichtigsten Standardwerke in der wissenschaftlichen Debatte des Dritte-Welt-Tourismus. Nun erschien die lang erwartete Neubearbeitung unter dem Titel »Tourismus in Entwicklungsländern« in einem neuen Verlag und mit neuer Aufmachung. Wie von Vorlaufer gewohnt, brilliert das neue Lehrbuch mit aktuellen Daten sowie ausgezeichneten Karten, Tabellen und Abbildungen.

Doch so hervorragend die empirischen Analysen Vorlaufers sind, so schwach fällt die theoretische Aufarbeitung des Phänomens Tourismus aus. Auf nur vier Seiten rekapituliert Vorlaufer zwar pflichtschuldig die modernisierungs- und dependenztheoretischen Schlachten vergangener Tage um den Dritte-Welt-Tourismus, nimmt aber die vielzitierte Krise der Entwicklungstheorien zum Anlaß, kaum eigene Theoriebildung zu betreiben. Schlagwörter der 90er Jahre wie Globalisierung oder nachhaltige Entwicklung tauchen auf, werden aber nicht hinterfragt. Auch kommen die ökologischen und soziokulturellen Aspekte des Ferntourismus im Vergleich zur ausführlichen Diskussion der wirtschaftlichen Auswirkungen zu kurz. Insgesamt hat Vorlaufer die Chance vertan, Innovatives zum Thema Ferntourismus beizutragen. Trotzdem: Wer fundiert zur Problematik arbeiten will, kommt am neuen 'Vorlaufer' nicht vorbei.

Christian Stock

▶ *Karl Vorlaufer, Tourismus in Entwicklungsländern, Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen Entwicklung durch Fremdenverkehr, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1996, 257 S., DM 49,80.*

Die Kritik der Kritik

▶ An den großen Entwicklungstheorien, insbesondere der Dependenztheorie, ist in den 90er Jahren kein gutes Haar gelassen worden. Die wissenschaftliche Diskussion kreiste in eitler Selbstbespiegelung um tatsächliche oder vermeintliche Defizite der Theorien. Doch jetzt ist einem, der die Probleme der Unterentwicklung aus langjähriger Praxiserfahrung kennt, der Kragen geplatzt. 'Narzißmus', 'Profilierungsbedürfnisse' und 'Falsifizierungswut' sind die harschen Urteile, die der Berliner Geograph Theo Rauch in seiner jüngst als Buch erschienenen Habilitationsschrift den akademischen Kritikern der Entwicklungstheorien entgegenhält. Ulrich Menzels Forderung beispielsweise nach Nahrungsmittelhilfe für die 'Südländer', die dieser aus dem angeblichen Scheitern aller bisherigen Entwicklungsstrategien ableitet, ist für Rauch die 'Bankrotterklärung' eines Wissenschaftlers, der einst maßgeblich zu Erkenntnissen über die Ursachen von (Unter-) Entwicklung beigetragen hat. Doch Rauchs Kritik der Kritik bleibt nicht bei der Anklage stehen. Er rekapituliert die wichtigsten Erkenntnisse verschiedener entwicklungstheoretischer Ansätze, um zu prüfen, was davon insbesondere im Bereich der ländlichen Regionalentwicklung heute noch bestehen kann. Er kommt dabei unter anderem zu folgendem Ergebnis: *»Die meisten krisenbetroffenen Länder sind (...) genau an dem Punkt stehengeblieben, den dependenztheoretische Analysen prognostiziert hatten: In den Sackgassen begrenzter Exportmärkte und unzureichender Massenkaufkraftentwicklung auf dem Binnenmarkt« (S. 308).*

Dem Argument, der weltmarktorientierte Aufstieg von ehemaligen Entwicklungsländern wie Südkorea würde die zentralen Annahmen der Dependenztheorien widerlegen, widerspricht Rauch. Schließlich lebten in den (süd-) ostasiatischen Newly Industrializing Countries gerade mal 2 bis 4% der gesamten Bevölkerung in der Dritten Welt. Diese wenigen Ausnahmefälle könnten keinesfalls jene Erklärungsansätze widerlegen, die Aussagen über die Ursachen der absoluten Armut von rund 25 bis 30 % der Menschen in der Dritten Welt treffen. Theoretische Verallgemeinerungen bleiben vor diesem Hintergrund für Rauch sinnvoll. Für ihn geht es im übrigen nicht um eine absolute Entscheidung für oder gegen eine Theorie, sondern um die sinnvolle Verknüpfung verschiedener Ansätze.

Rauchs Sympathie für dependenztheoretische Analysen heißt aber nicht, daß er deren meist fundamentale Kritik den Entwicklungshilfe teilt. Er weist zwar darauf hin, daß die bisherige Entwicklungspolitik der BRD gesellschaftliche Interessenskonstellationen in den geförderten Länder vernachlässige und in schöner Pseudo-Neutralität die Position herrschenden Eliten festige. Er glaubt aber, daß auch innerhalb widriger globaler und nationaler Rahmenbedingungen Spielräume für »bessere Entwicklungsprojekte« zugunsten benachteiligter Bevölkerungsgruppen vorhanden sind, die es zu nutzen gilt. Angesichts der Zwangsabkoppelung vieler Staaten vom Weltmarkt können dabei Ansätze, die auf die vielgeschmähte autozentrierte Entwicklung setzen, eine wichtige Rolle spielen.

Gleich ob man diese Einschätzungen von Rauch teilt oder nicht: Sein Buch ist ein anregender und im besten Sinne pragmatischer Beitrag zu einer theoretischen Diskussion, die schon seit geraumer Zeit an unnötigen Selbstblockaden leidet.

Christian Stock

▶ *Theo Rauch, Ländliche Regionalentwicklung im Spannungsfeld zwischen Weltmarkt, Staatsmacht und kleinbäuerlichen Strategien, Verlag für Entwicklungspolitik, Saarbrücken 1996, 331 S., DM 52,-.*

Betr.: Tibet – »Häuptling der Gelbmützen«, iz3w Nr. 215

▶ Eure August/September-Ausgabe entbehrt nicht einer gewissen Kuriosität. Auf der einen Seite habt ihr Euch die Religionen vorgenommen und gleichzeitig selbst den Gang ins politische Sektierertum angetreten.

Mit Jutta Ditfurth als Tibet-Kommentatorin bleibt von der alten, unabhängigen und undogmatischen linken Linie der Blätter leider nichts mehr übrig. Es ist zu weit unter meinem Niveau, inhaltlich auf den Artikel einzugehen. Ich möchte nur drei Punkte herausheben, die dokumentieren, daß es Ditfurth am wenigsten um die Menschen in Tibet geht, wie sie vorgibt.

Es beginnt mit der Überschrift, »Häuptling der Gelbmützen«. Daß »Gelbmützen« eine beleidigende Titulierung der Gelupa-Schule ist, will ich Eurer und Ditfurths Unkenntnis zuschreiben. Eine Zeitschrift, die jedoch mit dem Slogan wirbt »Seit 25 Jahren in Bewegung...« sollte wissen, daß »Häuptling« eine Vokabel des Kolonialismus und Rassismus ist. Schade beinah, daß der Dalai Lama kein Schwarzer ist, dann wäre sogar ein »Neger- Häuptling« fällig gewesen, aber das hätten dann doch einige gemerkt.

Das zweite ist die vermeintliche »völkische Bestimmung«, die Ditfurth als Forderung ausgemacht haben will. Obwohl ich seit vielen Jahren in der Tibet-Solidarität bin, ist mir diese Forderung noch nie untergekommen. Sie dient also dazu, die Exiltibeter und deren Unterstützer in die rechtsradikale Ecke zu stellen. Dummerweise gibt es für die »Unterstützung weltweiter Esoteriker und Rechtsextremer« durch den Dalai Lama außer einem lange zurückliegenden kurzen Zusammentreffen mit Shoko Asahara keinerlei Belege (es sei denn, Ditfurth betrachtet Nelson Mandela oder Aung San Suu Kyi als Rechtsextreme).

Das dritte ist der Absatz »*Was passiert, frage ich einen leitenden Mönch, wenn der junge Mann... kein Leben im Kloster führen will...*«. Um mal zu spekulieren: Ich behaupte, dies Gespräch hat es nie gegeben. Ditfurth hat es sich ausgedacht oder einer Broschüre des Verlags für fremdsprachige Literatur in Peking entnommen. Sollte es dennoch stattgefunden haben, einige Fragen dazu: Spricht Ditfurth tibetisch? Mitnichten. Spricht sie chinesisch? Nicht der Rede wert. Wie also hat sie sich mit einem Mönch unterhalten, der vermutlich kaum englisch gesprochen haben wird? Allenfalls durch einen Übersetzer des chinesischen Fremdenverkehrsbüros. Deren vordringlichste Aufgabe ist es, die Propaganda der Besatzer wiederzugeben, so daß klar ist, was von dem Interview zu halten ist. Ein Musterbeispiel für kritischen Journalismus!

Meine Vermutung, daß es dies Gespräch nie gegeben hat, stütze ich darauf, daß es selbst für die chinesische Propaganda beinahe zu dumm ist. Vor 100 Jahren hätte das beschriebene Schicksal des Jungen evt. zutreffen können. Heute aber würde ein Mönch, der die Robe ablegt, von den chinesischen Besatzern mit Kußhand aufgenommen, und er fände problemlos Arbeit in der Verwaltung oder einer der Fabriken, die immer mehr chinesische Arbeiter ins Land bringen. Statt eines Fußmarsches durch den Himalaya reichte also ein Gang zur nächsten Behörde.

Mit einem Funken Hoffnung, daß es doch noch mal bessere Zeiten bei den *blättern* gibt.

Klemens Ludwig

Betr.: »Netto-Seelen-Wachstum – Missionierte Frauen in Lateinamerika«, iz3w Nr. 215

▶ Als ich vor beinahe sechs Jahren einen Arbeitsvertrag mit dem »christlichen Drogentherapiezentrum« hier in Cali abschloß, wußte ich nicht, wie menschenunwürdig in diesen Zentren gearbeitet wird. Ich war zuerst schockiert, dann wollte ich – erfolglos – etwas ändern, bis ich schließlich nach einem Monat harter Kämpfe dieses Zentrum verlassen habe. Das absolute System läßt keine freie individuelle Entfaltung zu, und aus Mangel an Fachwissen wird vor allem eine »Theotherapie« genannte Gehirnwäsche betrieben, bis der Patient schließlich glücklich ist, daß er endlich Christ wurde. Denn seine Drogensucht wurde von Gott geschickt, damit er seinen Lebensweg ändert und Gott erkennt. Ohne Gott ist er nichts, verloren für immer [...]

Seit wir nun eine etwas andere soziale Organisation haben, die u.a. auch mit Suchtmittelabhängigen arbeitet, kommen immer wieder Opfer zu uns, bei denen die »Theotherapie« nicht funktionierte. Meist sind diese Menschen innerlich so zerstört, daß man kaum noch mit ihnen arbeiten kann. Sie sind rückfällig geworden und glauben sich daher von Gott verdammt.

Gewissenlos wird von vielen christlichen Bewegungen die soziale und seelische Misere der Bevölkerung ausgenutzt [...]

Meine Schwiegermutter ist eine fanatische Anhängerin der »crusados cristianos«, wohl eine der perversesten Sekten hier in Lateinamerika. Es ist für sie christliche Pflicht, missionieren zu gehen. Als ich als Ehemann ihrer Tochter keine finanzielle Verantwortung für sie und ihre unzähligen Kinder übernehmen wollte, wurden ich, meine Frau und unsere Kinder verflucht. Seit Monaten irrt sie durch die Stadt, missioniert (sie muß jeden Tag mindestens einen Menschen überzeugen), während die Kinder zu Hause im Slum herumlungern, kaum zu essen haben, und wenn sie aufmucken, von ihr verprügelt werden.

Mit allen Mitteln und rücksichtslos versuchen diese »Brüder« das Land zu erobern. Vor kurzem hatten wir im Slum, in dem wir arbeiten, eine sehr wichtige Sitzung auf dem Fußballplatz. Es ging nicht lange, da kamen die Missionare mit einer tragbaren Verstärkeranlage und brüllten ihre Losungen mitten in unsere Sitzung. Auf meine Frage, ob sie eigentlich keine Erziehung genossen hätten, und mit welchem Recht sie eine Sitzung unterbrechen würden, wo es um soziale Verbesserungen des Stadtteils gehe, wurde erwidert, daß sie Christen seien und das Recht von Gott hätten; und das Brüllen ging weiter. Vielleicht irre ich mich, doch ich glaube, mein Gott lächelte, als ich nicht verhinderte, daß unsere jugendlichen Gang-Mitglieder diese perversen Heilsbringer aus dem Viertel prügelten.

Des öfteren bemerken auch wir, daß die Menschen durch ihre Orientierung zu einer dieser religiösen Bewegungen einiges in ihrem Leben verändern. Sie trinken weniger Alkohol, suchen vermehrt nach Arbeit, die Gewalt in den Familie geht zurück. Diese Änderungen sind jedoch nicht persönlich gewollt, werden von der Masse ihrer religiösen Gruppe bestimmt. Eine politische Haltung gibt es nicht mehr, der Rest des Viertels ist ihnen egal, sie isolieren sich und akzeptieren die unwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen [...]

Beat Herrmann

EXPO 2000

► Im Jahr 2000 soll Hannover Schauplatz der Weltausstellung EXPO 2000 sein. Die Idee dazu wurde bereits 1987 von der Deutschen Messe AG Hannover ausgebrütet. Das Anliegen des Messe-Managements, auch nach der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes als Messeplatz weltweit die führende Stellung zu halten, war vom ungebrochenen Credo eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums getragen. Als die Pläne 2 Jahre später (!) öffentlich wurden, bildete sich rasch ein regional begrenzter, radikaler Widerstand. Dadurch sahen sich die EXPO-StrategInnen gezwungen, eine ökologisch und sozial drapierte Weltausstellungs-»Philiosophie« zu präsentieren. Griffige Wortmarken wie »EXPO neuen Typs«, »ökosozialer Stadtumbau«, »Bürgerbeteiligung« und nicht zuletzt das Allerweltsmotto »Mensch–Natur–Technik« sollten suggerieren, daß das Großereignis für alle äußerst segensreich sei. Vor einem Jahr schließlich haben die EXPO-BetreiberInnen die Agenda 21 als propagandistischen Aufhänger entdeckt. Im Sinne einer »kritischen, umweltbewußten« Marktwirtschaft ist die Agenda 1992 in Rio auf der UN-Umweltkonferenz beschlossen worden. In dieser Absichtserklärung wird das Prinzip der »Nachhaltigen Entwicklung« zum Stein der Weisen erhoben. Liberalisierung des Handels, »Stärkung der Rolle der Unternehmen«, »Förderung von Wettbewerbsmärkten« und Technologien wie z.B. Biotechnologie oder Atomkraft werden darin als Strategien zur Lösung »drängender Menschheitsfragen« angesehen. Laut EXPO-GmbH bietet die Weltausstellung die Chance, »konkrete Optionen zur Verwirklichung des Leitbildes Nachhaltigkeit zu thematisieren und in Angriff zu nehmen«. Dies blieb nicht ohne Wirkung. Die Nachhaltigkeitsdebatte als Gegenstand der EXPO ermöglichte die Integration »kritischer Stimmen«:

Im Dezember '95 hatte EXPO-Generalkommissarin Breuel die SpitzenvertreterInnen von Naturschutzbund, Klimabündnis, Forum Umwelt & Entwicklung, WWF, German Watch und Misereor zu einem Gespräch geladen und den Verbänden bei der Gestaltung des Themenparkes der EXPO ein »gewisses« Mitspracherecht angeboten. Im Mai '96 diskutierten Deutscher Naturschutzring (DNR), Forum Umwelt & Entwicklung und der Verband Entwicklungspolitik der Nichtregierungsorganisationen (VENRO) über eine »Organisationsstruktur zur Koordinierung der Umfeldaktivitäten von Nichtregierungsorganisationen aus dem umwelt- und entwicklungspolitischen Bereich, wobei die Agenda 21 als EXPO-Thema hervorgehoben wurde.

Während die diversen Gruppen noch diskutierten, war für das Entwicklungshilfeministerium (BMZ) im April '96 schon alles klar: In einem »Austellungskonzept für die Darstellung der Entwicklungszusammenarbeit bei der EXPO 2000« findet sich z.B. ein mit »Konsens« überschriebenes Schaubild, in dem EXPO-GmbH, Generalkommissariat, BMZ und Nichtregierungsorganisationen einträchtig um das EXPO-Logo versammelt sind. Zu »NRO-Aufgaben« heißt es u.a.: »Präsentation eigener Vorschläge«, »Themenschwerpunkte mitbilden«, »Kernbotschaften in die Öffentlichkeit tragen (EXPO-Kampagne!)«. Warum sich kritische Gruppen durch solche Angebote ködern lassen, können wir nur vermuten. Ein Grund mag sein, daß einige in der Modernisierung des Kapitalismus inzwischen tatsächlich Lösungen sehen.

Auf lokaler Ebene war vor allem zu beobachten, daß Gruppen, die die EXPO eigentlich ablehnten, ihren Widerstand aufgaben, wenn ihnen für die Umsetzung einzelner Projekte die entsprechenden Finanzmittel in Aussicht gestellt wurden. Beliebteste Rechtfertigung einer »kritischen« EXPO-Beteiligung war dabei: »Die EXPO ist nicht mehr zu verhindern, also machen wir das Beste draus«.

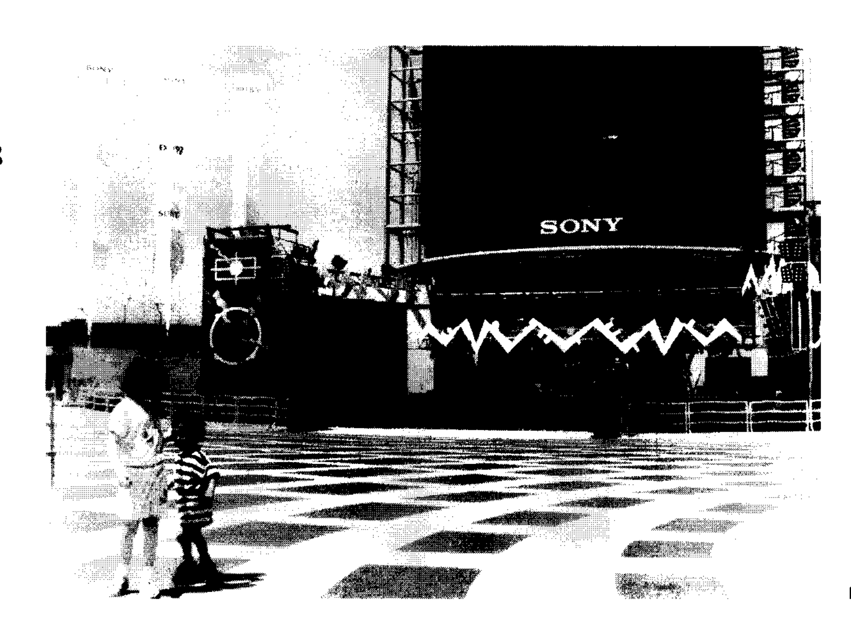
► *Die Anti-EXPO-AG besteht seit 1990 und arbeitet seitdem gegen die geplante Weltausstellung in Hannover. Kontakt: Anti-EXPO-AG, c/o AStA der Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167 Hannover, Tel: 0511/762-5063, Fax: 0511/717441*

Die Mauer des Schweigens durchbrechen...

► In den letzten Jahren hat sich die Zahl der AlgerierInnen, die nach Deutschland kamen und einen Asylantrag stellten, stark verändert. Waren es 1986 nur 22, so stieg die Zahl 1990 bereits auf 1035 und 1993 auf 11622. Im Jahr 1994 jedoch waren es aufgrund der neuen deutschen Asylgesetzgebung und der restriktiven Visapolitik der europäischen Länder nur noch ein Viertel im Vergleich zum Vorjahr.

Obwohl ein Rücknahmeabkommen zwischen Deutschland und Algerien erst paraphiert, jedoch noch nicht unterzeichnet ist, werden abgelehnte Asylbewerber immer schneller abgeschoben. Zudem ist offensichtlich im Vorgriff auf die Regelung des Abkommens die Übernahme algerischer Flüchtlinge sowie die Ausstellung von Paßersatzpapieren von der algerischen Seite beschleunigt worden. Bei der Ankunft auf dem Flugplatz in Algier droht den Abgeschobenen die Inhaftierung. PRO-ASYL-Sprecher Heiko Kaufmann wies darauf hin, daß dies nicht die Ausnahme, sondern die Regel sei.

In Algerien herrscht ein Regime, das alles daran setzt, sich an der Macht zu halten. Es führt einen Krieg, der die Menschen in blutige Auseinandersetzungen hineinzieht und für immer größere Verunsicherung in der Bevölkerung sorgt. Doch dies erregt kein großes



EXPO '92 Sevilla Foto: Uwe Hartwig

Aufsehen, da allgemein die Meinung verbreitet ist, es handele sich um einen legitimen Kampf des Staates gegen den »islamistischen Terrorismus«. Diese Einschätzung führt dazu, daß massive Übergriffe der Sicherheitskräfte, schwerwiegende Eingriffe in Meinungsfreiheit, Verfolgung und alltägliche Folter verschwiegen werden.

Die in diesen Tagen von PRO-ASYL veröffentlichte Studie *Staatliche Gewalt und Repression in Algerien – Algerische Flüchtlinge in Deutschland* will über die politische, bürgerkriegsähnliche Lage in Algerien aufklären, die viele zwingt, ihr Land zu verlassen. Zum einen wird ein Überblick über die Geschichte und die derzeitige politische Lage des Landes gegeben. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den Menschenrechtsverletzungen, die tagtäglich vom Regime begangen werden. Hierzu berichten Betroffene von ihren Erfahrungen aus Konzentrationslagern und Gefängnissen.

Zum anderen beschäftigt sich die Studie mit den Fluchtgründen der Menschen in Algerien und dem Asylverfahren in seinen Einzelheiten in Deutschland. Abschließend wird die Situation der algerischen Flüchtlinge in anderen europäischen Ländern geschildert.

PRO-ASYL möchte mit dieser ausführlichen Studie dazu beitragen, die »Mauer des Schweigens über das, was in Algerien tatsächlich geschieht, zu durchbrechen«.

▶ *Die Broschüre, erarbeitet von der Initiative gegen Abschiebehaft, Berlin, und herausgegeben vom Förderverein PRO-ASYL e.V., kann unter der Fax-Nr.: (069) 23 06 50 bestellt werden.*

Nahrung für alle

▶ Bereits auf der Welternährungskonferenz 1974 hatte man sich das Ziel gesteckt, innerhalb von zehn Jahren den Hunger auf der Welt zu beseitigen. Dies ist nicht gelungen. Nun soll vom 13.–17. November in Rom erneut ein internationaler Konsens über dasselbe Ziel erreicht werden. Doch bereits im Vorfeld des Gipfels kommen vor allem seitens der internationalen NRO Zweifel auf, ob diesmal am Ende der Verhandlungen ein Aktionsplan stehen wird, der den Forderungen nach schnellem Handeln im Sinne der Betroffenen entspricht.

Wie auch bei anderen großen UN-Konferenzen wurden vor dem Gipfel die zu verabschiedenden Dokumente diskutiert. Auf dem letzten der drei Vorbereitungstreffen, zu denen die FAO (Ausschuß zur Welternährungssicherung der Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen) vom 23.-27. September eingeladen hatte, sollte der Aktionsplan für den Gipfel in Rom in seine Endfassung gebracht werden. Das Ergebnis der vier Tage andauernden Verhandlungen zwischen RegierungsvertreterInnen der Welt ist jedoch laut »NRO-Koordination-Welternährungsgipfel« eher ein »Sparpaket gegen die Hungernden«.

So hatte man z.B. ursprünglich geplant, bis 2010 den Hunger und die Unterernährung zu beseitigen. Jetzt ist die Rede von einer »Reduzierung der Zahl der Unterernährten auf die Hälfte« bis zum Jahr 2015. Ein Verhaltenskodex für Transnationale Konzerne wurde innerhalb von zehn Sekunden abgelehnt. Zudem wird voraussichtlich die Verpflichtung der Industrieländer, wenigstens 0,7% des Brutto-Sozialproduktes für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben, nicht mehr bestätigt werden. Nationale Aktionspläne zur Umsetzung der Ziele eines Welternährungsgipfels sind in Zukunft keine Pflicht mehr. Auch dem geforderten Verhaltenskodex zum Recht auf Ernährung widersetzten sich EU und USA. Dabei ist die Einsetzung eines rechtlich verbindlichen Instrumentariums unumgänglich, so Siglinde Weinbrenner von FIAN (Food-First Information and Action Network International), um der Ernährungssicherung überhaupt eine realistische Chance zu geben (siehe auch iz3w Nr. 216 »Progressiver Abwehrkampf. Soziale Menschenrechte – Modethema oder Initiative gegen Verelendung?« von Sabine Jecht).

Allem Anschein nach verläuft dieser Gipfel wie alle anderen. Große Worte der RegierungsvertreterInnen, laute Proteste der NRO und am Ende ein Dokument, das das ursprüngliche Ziel weitestgehend verfehlen wird.

▶ *Forum Umwelt & Entwicklung. NRO-Koordination Welternährungsgipfel Rom '96, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Telefon: 0228/359704, Fax: 0228/359096.*

Sendeanlagen beschlagnahmt

▶ Am Sonntag, dem 1.9.1996, wurden in Montevideo zwei Basisradios geschlossen und die Sendeanlagen beschlagnahmt. Bei einem weiteren Sender gab es eine Hausdurchsuchung, bei der der kleine UKW-Sender jedoch nicht gefunden wurde. Gegen 17 Uhr drangen Beamte der Behörde für Telekommunikation – sie untersteht in Uruguay seit der Militärdiktatur dem Verteidigungsministerium – in das Haus im Stadtteil La Teja ein, wo Radio »El Puente FM« sein Sendestudio installiert hatte. Der 25-Watt-Sender sowie die gesamte Studioeinrichtung und die Antenne wurden mitgenommen. Kurze Zeit später bekam die Wohnungsbaukooperative COVITEA »Besuch« von den Herren der Telekommunikationsbehörde. Auch dieses Radio verlor an diesem Sonntag seine Sendeanlage. Seit etwa einem Jahr kämpfen die kleinen Stadtteilsender und die Radios von sozialen Bewegungen um ihre Anerkennung. Die Regierung nennt sie klandestine, illegale oder gar subversive Sender, weil sie über keine offizielle Sendelizenz verfügen. »Wir haben bereits im Februar unsere Rechtsauffassung im Widerspruch gegen den Schließungsbescheid der Telekommunikationsbehörde dargelegt und nie eine Antwort darauf bekommen«, erklärte Gustavo Gómez von »Radio Puente FM«. Die AlternativfunkerInnen berufen sich auf internationales Rechtsabkommen über Kommunikationsmedien und freie Meinungsäußerung, z.B. das Abkommen von San José /Costa Rica. Sie verlangen die Anerkennung von Nicht-Kommerziellen Medien (Radios und TV) als dritte, gleichberechtigte Eigentumsform neben den privaten und den staatlichen Massenmedien. »Unsere Radios waren und sind keine klandestinen Sender...sie sind auch keine Piratensender, sie sind die Stimme der Nachbarn und der Jugendlichen aus unserem Stadtteil. Die Stimme derjenigen, die sonst in den Medien nur im Polizeibericht erscheinen oder wenn sie Opfer eines schweren Unfalls sind ...«, heißt es in einer Erklärung der Basisradios. Kleine UKW-Stationen von sozialen Bewegungen und Stadtteilsender sind im uruguayischen Mediengesetz nicht vorgesehen. Die AlternativfunkerInnen sehen darin eine Gesetzeslücke und sie fordern die Anerkennung der Community Radios. Unterstützt werden sie dabei von namhaften Juristen der staatlichen Universität, zahlreichen NRO, dem Gewerkschaftsdachverband PIT-CNT, mehreren uruguayischen Basisorganisationen und dem linken Bündnis »Frente Amplio« [...] Auch der Weltverband der Community Radios, AMARC, protestierte inzwischen gegen die repressiven Maßnahmen der uruguayischen Regierung. Er forderte die sofortige Rückgabe der Sendeanlagen und die Anerkennung der Basisradios. [...]

Quelle: Comcosur Nachrichten

Kritische Ökologie 2/96

▶ Die viermal im Jahr erscheinende, vom Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt (VFLU) herausgegebene Zeitschrift befaßt sich schwerpunktmäßig mit Ernährungssicherung und Energiekrise in Bolivien. Die Artikel beschäftigen sich vor allem mit Waldnutzung, entsprechenden zerstörerischen Effekten und den Versuchen, dem in der bolivianischen Provinz entgegenzuwirken. Ergänzt werden die Beiträge durch umfassende Literaturhinweise. Neben einem Bericht über den Kongreß der Nationalen Sahrauischen Frauenvereinigung wird das Verfahren zur Verhinderung von Umweltzerstörung in der Dritten Welt, die sogenannte Umweltverträglichkeitsprüfung, kritisch hinterfragt. Einzelheft 7 DM.

▶ *Bezug: VFLU, Langgasse 24/H, 65183 Wiesbaden*

ZAG 20

▶ Auch die von der Antirassistischen Initiative herausgegeben *Zeitung antirassistischer Gruppen* beschäftigt sich in ihrer neuesten Ausgabe mit dem Thema Ökologie. Thematisiert wird der Zusammenhang zwischen Bioregionalismus, Migration, Bevölkerungspolitik und Rassismus. Desweiteren ein Interview mit zwei Vertretern einer NGO aus Zimbabwe, die sich für nachhaltige Landwirtschaft einsetzt, über die Süd-Nord-Zusammenarbeit und eine internationalistische Kritik an der Wuppertaler Studie »Zukunftfähiges Deutschland. Einzelheft 5 DM.

▶ *Bezug: ZAG/Antirassistische Initiative, Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin*

Wechselwirkung 81

▶ Die jüngste Ausgabe der Zeitschrift für *Naturwissenschaft Technik Gesellschaft Philosophie* befaßt sich mit einem gefährdeten Gleichgewicht: Meere und Menschen. »Das globale Klimageschehen wird durch die Weltmeere dominiert. Ohne die Ozeane als Speichermedium und ihre Fähigkeit, das Treibhausgas Kohlendioxid zu speichern, wären die Klimaveränderungen in den letzten Jahrzehnten wesentlich dramatischer ausgefallen.« Doch wird nicht nur die Bedeutung der Meere für das Klimasystem thematisiert, sondern auch der Einfluß der Meere auf die Kultur. Weitere Themen sind ein Rückblick auf die Weltsiedlungskonferenz HABITAT II, Umweltbewußtsein und Bürgerbeteiligung, Technikfolgenabschätzung zur gentechnisch erzeugten Herbizidresistenz und die Auswirkung von Gruppenarbeit auf die Arbeit von Frauen in der industriellen Produktion. Einzelheft 11,80 DM.

▶ *Bezug: Stichting Vijlen Institute for Physics, Rott 53, NL-6294 NL Vijlen*

links 316/317

▶ Da nach einer ganzen Reihe von Krisen – der Krise der Finanzen, der Parteien, des Sozialstaats, der Linken etc. – nun auch die Krisendiagnose selbst in die Krise gekommen sei, widmet die Redaktion der *Sozialistischen Zeitschrift* in ihrer jüngsten Ausgabe diesem Thema einen Schwerpunkt. Am Beispiel der sozialwissenschaftlichen Suche nach Hebeln gesellschaftlicher Moralisierung und Vergemeinschaftung, an der Diskussion um Rolle und Aufgaben der Führungseliten in der BRD, am Esoterik-Boom und an der Alternativ-Ökonomie soll gezeigt werden, wie das Unbehagen am neoliberalen Umbau der Gesellschaft in »positives Denken« (Stichwort: »fit für den Weltmarkt«) umschlägt – ein Denken, das zugleich Bestandteil und Voraussetzung herrschender Machtverhältnisse ist.

Ein zweites Schwerpunktthema ist Chiapas/Mexiko. Ein Bericht über das »Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus« und ein Redebeitrag der Frankfurter Gruppe »Kein Friede« werden begleitet von einem Artikel über die Texte des Subcomandante Marcos und einer Analyse der politischen Theorie der EZLN. Doppelheft 13 DM (im Osten 10 DM).

▶ *Bezug: Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach*

OFF LIMITS 15

▶ Flucht, Lohnarbeit, Gewerkschaften sind die Schwerpunktthemen der neuesten Ausgabe der *Antirassistischen Zeitschrift*. Zum einen wird die innergewerkschaftliche Kritik an der DGB-Initiative »Bündnis für legale Beschäftigung« dokumentiert, zum anderen das Gerede von der »illegalen Beschäftigung« durch einen differenzierten Blick auf die verschiedenen Formen von prekären Arbeitsverhältnissen relativiert. An den Beispielen Portugal und Italien wird gezeigt, wie Legalisierungskampagnen mit Illegalisierung von arbeitenden Migranten und Migrantinnen einhergehen. Die Immigrationsdebatte in Frankreich und die Deregulierungspolitik, mit der die französische Regierung billige Arbeitsplätze schaffen will, schließen den Schwerpunkt ab. Weitere Themen sind der Brandanschlag in Lübeck, Flüchtlingsschiffe in Hamburg, die Situation von Flüchtlingen in der Türkei u.a. Einzelheft 6 DM.

▶ *Bezug: off limits, c/o Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg*

iz3w-Dokumentation: Internet und der Süden

▶ Das **iz3w**-Archiv hat eine Materialsammlung zum Thema Internet zusammengestellt. Dokumentiert werden, neben einigen grundlegenden Texten zu neuen Medien und zur Informationsgesellschaft, Artikel, die sich mit der Frage »Internet – Chance für den Süden?« auseinandersetzen.

Da wir mittlerweile zwar über eine Mailbox verfügen (auch an uns geht der Fortschritt nicht spurlos vorbei), das Geschehen im Internet jedoch bisher nur vom Strand aus beobachten, kann die Dokumentation zwar elektronisch bestellt werden (Adresse siehe Impressum), erhältlich ist sie jedoch nur auf Papier und Postweg – gegen einen Unkostenbeitrag von ca. 10 DM plus Porto.

Die Beute 3/96

▶ Im Themenschwerpunkt »Dispositive der Macht« der in Buchformat (128 Seiten) erscheinenden *Zeitschrift zu Politik und Verbrechen* beschäftigen sich zwei Beiträge mit Aspekten der Ausbreitung des politischen Islam in Algerien und in der Türkei. Im Algerienartikel werden die Grundlagen der Machtkämpfe zwischen den militanten islamistischen Organisationen AIS (Islamische Armee des Heils), der GIA (Bewaffnete Islamische Gruppe) sowie autonomen islamischen Gruppen dargestellt. Ferner werden die Auswirkungen der ökonomischen Aktivitäten der islamistischen Militanten auf die Wirtschaftsstruktur Algeriens analysiert. Der Artikel über die Türkei untersucht die Bereiche der Öffentlichkeit, in denen islamistisch orientierte Gruppen Fuß fassen konnten und die nun das institutionelle Gerüst für die Wahlerfolge der Refah Partisi (Wohlfahrtspartei) bereitstellen. Ein anderes Machtfeld wird mit dem Artikel »Financial Organism – Internet, Börse, Cyborg« untersucht: das elektronische Börsensystem. Weitere Themen sind Ché Guevara und die Revolution in Afrika, Thesen des EZLN-Beraters Bolívar Echeverría zu den drei Mythen der Moderne: Revolution, Nation, Demokratie und ein Beitrag zum Fitness- und Schönheitswahn. Einzelheft 16 DM.

▶ *Bezug: Verein Die Beute, Postfach 100 624, 60006 Frankfurt/Main*

Bücher

▶ Tobias Debiel, Franz Nuscheler (Hrg.): **Der neue Interventionismus** – Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Dietz, Bonn 1996, 287 S., DM 24,80.

▶ Markus Kampkötter: **Emiliano Zapata – Vom Bauernführer zur Legende.** Biographie. Sehnde 1996, 180 S., 50 Photos, DM 28,-. Bezug: Anares Nord, Postfach 2011, 31315 Sehnde.

▶ Uche Nduka (Hrg.): **...und auf den Straßen eine Pest – Junge nigerianische Lyrik.** Horlemann 1996, 213 S., DM 24,-.

▶ Michael Bruch, Hans-Peter Krebs (Hrsg.): **Unternehmen Globus.** Westfälisches Dampfboot, Münster 1996, 255 S.

▶ Noam Chomsky und Heinz Dieterich: **Globalisierung im Cyberspace.** Horlemann, Bad Honnef 1996, 243 S., DM 24,-.

▶ Reinhart Kößler und Tilman Schiel: **Auf dem Weg zu einer kritischen Theorie der Modernisierung.** IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt/M. 1996, 310 S., DM 44,-.

▶ Peter Grohmann, Veit Hannemann und Dirk Hoffmann (Hrg.): **Andere Städte – Anderes Leben.** Stadtentwicklung, Umweltkrise und Selbsthilfe in Afrika, Asien und Lateinamerika, Verlag für Entwicklungspolitik Saarbrücken 1995, 340 S.

Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe entstand in Kooperation mit dem Internationalen Solidaritätsfonds Bündnis 90/Die Grünen.

Die Literaturseiten entstanden in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. Köln.

Die Rubrik Soziokultur wird vom Fonds Soziokultur e.V. gefördert.

Tagungen

▶ Vom 30.11. – 1.12.96 lädt das DGB-Bildungszentrum Hattingen zum 10. Treffen gewerkschaftlicher Solidaritäts- und Aktionsgruppen mit der Dritten Welt ein. Thema ist: **Herausforderungen der Globalisierung.** Anmeldungen und Information: *DGB-Bildungswerk e.V., Postfach 101026, 40001 Düsseldorf, Tel.: 0211/4301-384, Fax: 0211/4301500.*

▶ Die Grünen im EP in Brüssel laden vom 5. – 7.12.96 zu einer Veranstaltung über die Auswirkungen und Alternativen zum **»Flood and Action Plan« (FAP)** ein. Diskutiert werden soll folgendes Projekt: die Kontrolle des Wasserhaushalt und die Steigerung der landwirtschaftliche Produktion in Bangladesh. *Kontakt: Sabine Meyer, Tel.: 0032/2/284/3353, Fax: 0032/2/284/9143.*

▶ Vom 30.10. – 24.11.96 kann in Marburg im Institut für Europäische Ethnologie und Kulturforschung in der Biegenstr. 9 die Foto-Ausstellung: **Juchitán – Stadt der Frauen** von Cornelia Suhan besichtigt werden. Die Ausstellung ist das Ergebnis eines einjährigen Forschungsprojektes in der gleichnamigen mexikanischen Stadt. *Öffnungszeiten: Mi – Fr, So 14 – 18 Uhr, Tel.: 06421/286516 (vorm.).*

▶ Die Bananen-Kampagne und das DGB Niedersachsen veranstalten am 7.12.96 in Hannover einen Studientag zum Thema: **Umwelt- und Sozialklauseln – entwicklungspolitische Instrumente eines fairen Welthandels?** Anmeldung und Information bei: *Hella Lipper, BanaFair Nord, Tel.: 0511/391224, Fax: 0511/391675.*

▶ Kuck mal, wer da schreit! Wir begrüßen Marlene, beglückwünschen ihre Eltern und fordern Marlene auf, ihre Mama bald wieder zu uns kommen zu lassen...

iz3w Nr. 218
Schwerpunkt: »Globalisierung II«

▶ Was ist neu an der Struktur des Kapitalisus des ausgehenden 20. Jahrhunderts? Taugt ein Begriff wie »Globalisierung«, um eine neue Qualität der ökonomischen, politischen und sozialen Gegebenheiten der Weltgesellschaft(en) zu erfassen? Oder ist das Globalisierungs-Theorem bloß ein Fake? Die in **iz3w** Nr. 216 aufgeworfenen Fragen werden weiterdiskutiert. Außerdem beschäftigt sich die nächste Nummer mit räumlichen Aspekten der Globaliserung, schwerpunktmäßig mit Südostasien.

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstraße 16 (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br.
Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866,
E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.

Redaktion:
▶ Monika Bierwirth, Tina Goethe, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Babette Moser, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Ute Sikora, Christian Stock, Jörg Später, Beate Susset, Sigrid Weber, Udo Wolter, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 07641/43071

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ im Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Abo im Ausland: Europa plus DM 10,– und andere Länder plus DM 30,– Porto/Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4,
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
▶ Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaber Stadtsparkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 217:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 30.9.1996

▶ Dieser Ausgabe liegt eine Beilage von Nepra e.V. bei.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▶ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733